

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



28. Oktober 1988
Jg. 9 Nr. 22

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

US-Präsidentschaftswahlen

Die US-Bourgeoisie
will Bush
und keine
Experimente

Seite 5

Indien

Revolutionäre
Bewegungen
auf dem Lande

Seite 13

Kommunalwahlkampf Hessen

Geplanter
Wahlkampftakt
der NPD fand
nicht statt

Seite 22

Der Papst an die Frauen

Päpstliche
Vorschläge:
Selbstingabe oder
Vermännlichung

Seite 32



4000 Gewerkschafter beteiligten sich am 19.10. an einer Kundgebung des DGB in Bonn gegen die Gesundheitsreform.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt	22/88
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn.....	4
USA: Die Bourgeoisie will Bush und keine Experimente.....	5
AFG-Novelle: Angebotsorientierte Politik fortgesetzt.....	7
Dienstleistungsabend: Aktionen der HBV.....	7
CSU-Regierungsumbildung: Gauweiler weiter dabei.....	7
Evren-Besuch: Ein Putschgeneral bei seinen Herren.....	8
Auszüge aus den Bankettreden.....	9
Auslandsberichterstattung	
Südafrika/Namibia: Weiße Überlegenheit angeschlagen.....	10
SWAPO: Keine großen Hoffnungen.....	11
Belgien: Stimmengewinne der Faschisten.....	11
Schweiz: Maßnahmen gegen Asylsuchende.....	12
Jugoslawien: Serbischer Nationalismus.....	12
USA: Traubenboykotte gegen Pestizide.....	13
Indien: Revolutionäre Bewegungen auf dem Lande.....	13
Internationale Meldungen.....	14
Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
Kapitalistenansprüche an die Kirche.....	16
Rente: 40% vom Nettolohn?.....	16
Bilanz der Ruhrkämpfe: Vergesellschaftung fordern?.....	16
Ausbildung — Kosten senken.....	17
IGM/Gesamtmetall: Die Kapitalisten wollen jetzt gewinn-abhängige Lohntarife.....	17
Volksfront: BRD-Imperialismus macht an allen Fronten mobil!.....	18
Resolution zu den EG-Wahlen 1989.....	20
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten.....	21
Frankfurt: NPD-Wahlkampfaufakt fand nicht statt.....	22
§ 129a StGB: Stimmung gegen Kiefernstraße.....	22
Integration: Ausreichende Bedingungen?.....	23
Dienstleistungsabend: Proteste von DAG und HBV.....	23
FAP-Verbot: Antifaschistischer Kampf stößt auf FdGO-Hindernisse.....	24
Memmingen: Richter erklären sich für nicht befangen.....	25
Medical Park: Förderung der Stadt Hannover.....	25
Tankstellen: Arbeit rund um die Uhr.....	26
Das Tankstellen-„Sterben“.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Rehazentrum Honnef: Dokumentation des Tarifvertrags.....	29
Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge	
Ausstellung: „Also die Ikone hat so etwas Reines!“t.....	30
Bismarck und danach: Sozialisten gegen Antisemitismus.....	31
Papst an Frauen: Selbstingabe oder Vermännlichung.....	32
Spezialberichte	
Arbeitsbedingte Erkrankungen: Ursachen beseitigen!	
Anerkennung als Versicherungsfälle!.....	34
Betriebsuntersuchung zu Schweißarbeit und Gesundheit.....	34
In der Reifenproduktion: Täglich krebserzeugende Stoffe.....	36
Türkische Arbeiter erkranken und sterben zehn Jahre früher an Herzkrankheiten.....	37
IGM-Presse Unzumutbare Arbeiten.....	38

ÖTV gegen Gesundheitsgesetz

Die Gewerkschaft ÖTV hatte für den 19. Oktober zu einer zentralen Kundgebung gegen das geplante Gesundheitsreformgesetz (GRG) aufgerufen. Frau Dr. Wulf-Mathies forderte: „Weil du arm bist, mußt du früher sterben — dieser Makel, der schwer auf früheren Generationen lastete, darf nie wieder Wirklichkeit werden“, unterschlug dabei aber, daß dieser traurige Tatbestand bereits heute Wirklichkeit ist. Die dafür Verantwortlichen, die Kapitalisten, benannte Frau Dr. Wulf-Mathies in ihrer gesamten Rede nicht.

Der schlichte Tatbestand, daß aufgrund des ruinierten Gesundheitszustandes der arbeitenden Bevölkerung die Ausgaben im Gesundheitswesen steigen müssen, wurde von ihr ebensowenig benannt, wie die Tatsache, daß es bereits zu drastischer Unterversorgung kommt.

Frau Dr. Wulf-Mathies prangerte zwar den Pflegenotstand an, forderte aber andererseits das „Anpacken der kostentreibenden Strukturen“ im Gesundheitswesen. Ihre Vorstellungen, wie diese angepackt werden sollen, blieben aber unscharf.

Bekannt ist, daß die Gewerkschaft ÖTV wie der gesamte DGB z.B. gegenüber der vollen Erstattung der Arzneimittelkosten eine Festbetragsregelung befürwortet. Damit würde der kostentreibende Faktor — Profite der Pharmaindustrie — angepackt. Tatsache ist aber, daß durch eine Festbetragsregelung nicht die Profite der Pharmaindustrie eingeschränkt werden, sondern damit eine höhere Selbstbeteiligung der Kranken an den Arzneimittelkosten durchgesetzt werden soll.

Die Ankündigung von Frau Dr. Wulf-Mathies, gegenüber der Bonner Regierungskoalition „gesprächsbereit“ bleiben zu wollen, birgt deshalb die Gefahr in sich, daß sie über die Methode der Kostendämpfung verhandeln will, nicht aber für eine bessere finanzielle Ausstattung der Gesundheitseinrichtungen ein-

treten wird, um schlimmste Unterversorgung abzubauen.

— (kar)

Zeitungsvorleger: Europa-Expansion

Schwerpunkt der Jahrestagung der Zeitungsvorleger waren Auswirkungen des EG-Binnenmarkts auf das Verlagsgeschäft. EG-Kommissar Schmidhuber versprach gute Aussichten. Eine Belebung der EG-Wirtschaft führe zu einem Wachstum der Werbeumsätze von jährlich rund vier Prozent. In der Bundesrepublik sei Nachholbedarf, d.h. überproportionales Wachstum. Innen-Staatssekretär Spranger sah neue Anforderungen an die Presseunternehmen bei der Eroberung des EG-Märkts, der Spielraum eigenständiger „nationaler Medienpolitik“ werde geringer. Eine besondere Aufgabe der BRD: Ausdehnung des westdeutschen Presseabsatzes in die DDR.

Spranger: „Ich halte es für längst überfällig, daß auch in diesem Bereich Fortschritte erzielt werden.“ BDZV-Präsident Terheyden unterstützt: „Wenn es die Führung der DDR ernst meint mit dem freien Austausch zwischen den unterschiedlichen Systemen, dann würde sie auch westliche Zeitungen an die Kioske der DDR lassen.“ Spranger forderte Freiräume (der Verleger) für eine möglichst vielfältige Presse, wozu Verzicht auf „fiskalische Belastungen“, „gewerkschaftliche Eingriffe“ und „gruppenegoistische Regelungen unter dem irreführenden Schlagwort innere Pressefreiheit“ (gegen Rechte von Redakteuren) zu verstehen seien. Deshalb müßten auch die Einschränkungen der Betriebsratsrechte nach dem Tendenzschutzparagraph erhalten bleiben. Die Presse (Verlagskapitalisten) solle den Privatrundfunk nutzen. Der Vorwurf „angeblicher Verödung der Presselandschaft“ durch Doppelmonopole sei ein „Vorwand zur Reglementierung der Presse“. (Weser-Kurier, Handelsblatt und Hannoversche Allgemeine, 11. und 12.10.88 — ard)

Polizei auf Verteidigung und Verfahrensöffentlichkeit gehetzt

Am 21.10. durchsuchten Polizeibeamte und Staatsanwälte Büro und Privaträume der Düsseldorfer Rechtsanwältin Dorothee Frings sowie den GNN-Verlag und die Wohnung der Geschäftsführung des Verlags. Der nachfolgend dokumentierte Antrag der Verteidigerin Frings — sie verteidigt mit anderen Anwälten im Verfahren gegen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Richter und Thomas Thoene in Düsseldorf wegen § 129a — führte das Gericht immerhin dazu, von allen Verfahrensbeteiligten eine Erklärung zu verlangen, ob sie von der Aktion und ihren Ergebnissen wußten. Die Fortsetzung des Verfahrens wurde über die so vom Vorsitzenden Richter gleichzeitig vorgesetzte Brücke möglich. Fast alle Mitglieder des Senates erklärten, zwar von der Aktion zu wissen, nichts aber über die Ergebnisse. Der von der Verteidigung am 24.10. nach der Durchsuchung gestellte Antrag auf Aussetzung des Verfahrens, um so Gelegenheit zu bekommen, zu prüfen, ob Richter oder Staatsanwälte Kenntnis von den Ergebnissen der Durchsuchung erhalten haben oder noch erhalten können, wurde am folgenden Tag abgelehnt. Immerhin mußte aber auch das Gericht die Möglichkeit, daß diese Kenntnisnahme noch geschieht, als theoretische Möglichkeit einräumen. Das Gericht verwies die Verteidigung auf die Möglichkeit, einzelne Richter oder Staatsanwälte auch im weiteren Gang des Verfahrens noch nach § 24 StPO abzulehnen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist insbesondere aus den Äußerungen der Bundesanwaltschaft, die im Verfahren die Anklage vertritt, zu schließen, daß diese Institution die Polizei in Gang gesetzt hat, um eine Schwächung der Verteidigung und der Öffentlichkeit des Verfahrens zugunsten der Anklage zu erreichen. Zum Anlaß wurde eine von Frau Frings redaktionell verantwortete, im GNN-Verlag im Januar erschienene Broschüre genommen, deren Zielsetzung es war, Haftbedingungen zu erreichen, die für eine ausreichende Verteidigung erforderlich sind. Bereits im Mai hatte jemand — wer, ist noch nicht klar — Anzeige erstattet, daß in dieser Broschüre ein Vergehen nach § 353d StGB enthalten sei. Fünf Monate wurde die daraufhin angeordnete Durchsuchung in Reserve gehalten. Offensichtlich aus prozeßtaktischen Gründen griff man jetzt zu. — (rul)

„In der Strafsache gegen Norbert Hofmeier u.a. ... beantrage ich namens und im Auftrag meines Mandanten,

die Hauptverhandlung auszusetzen, bis die Grundlagen, die Verantwortlichkeiten und Konsequenzen der Einsichts- und Kenntnisnahme meiner gesamten Verteidigerakten durch die Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei aufgeklärt sind.

Begründung:

Am 21.10.88 wurden meine Kanzlei- und Privaträume durchsucht. Hierbei wurden die gesamten Handakten zum laufenden Verfahren durchgesehen, inhaltlich zur Kenntnis genommen und einzelne Schriftstücke einem intensiven Studium unterzogen.

Die Durchsuchung gründete sich auf einen Beschuß des Amtsgerichts vom Mai dieses Jahres und enthielt die Beschuldigung, ich hätte amtliche Schriftstücke ganz — oder in wesentlichen Teilen — vor Verhandlung in öffentlicher Sitzung veröffentlicht ... Die Tatsache ..., daß

1. ein solcher Vorwurf, der sich zudem aus einer Dokumentation herleitet, für welche ich öffentlich deutlich erkennbar redaktionell verantwortlich gezeichnet habe, zur Durchsuchung der gesamten Handakten der Verteidigung führt, ohne daß auch nur das geringste Erfordernis dafür bestände, geschweige

denn die Verhältnismäßigkeit gewahrt wäre,

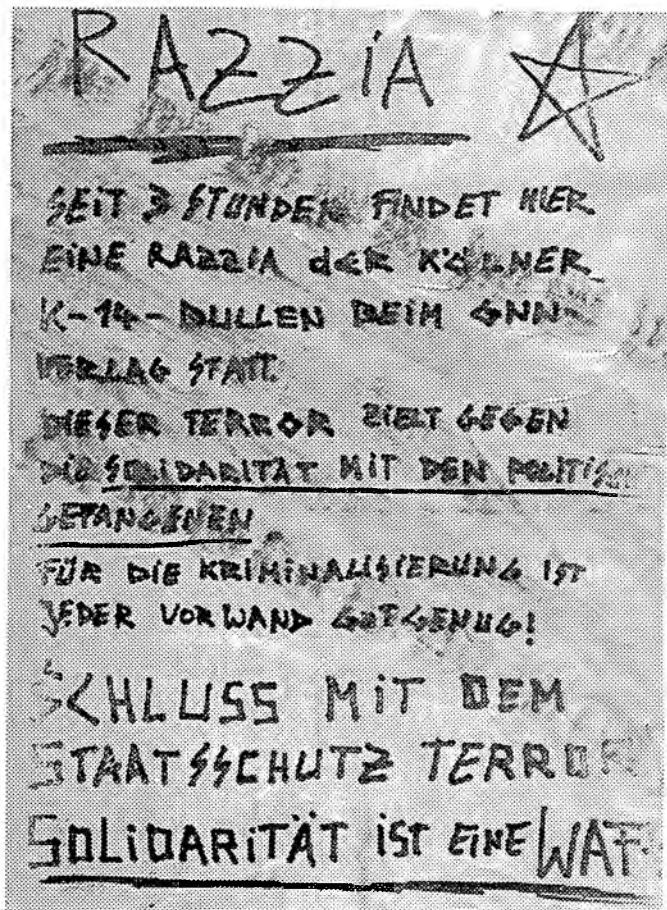
2. offensichtliche Verteidigungsunterlagen nicht nur auf diesen Charakter hin überprüft werden, sondern gezielt und intensiv deren Inhalt studiert wird,

3. ein Beschuß 5 Monate nach seinem Erlaß ausgeführt wird, und zwar exakt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Beweisaufnahme des Gerichts in diesem Verfahren sich dem Ende neigt und damit Verteidigungshandlungen und Anträge unmittelbar bevorstehen,

stellt eine Handlungsweise der Ermittlungsbehörden dar, die zentral in den Bereich des grundrechtlich geschützten Verteidigungsrechts ... eingreift ...

Dieses Verhalten hat ... den Eindruck erweckt, Ermittlungsbehörden versuchten, unter einem Vorwand in die Verteidigung in einem Verfahren einzugreifen, dessen Beweisführung sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht als zweifelhaft herausstellen könnte.

Um diese entstandene Störung und den damit verbundenen Eindruck zumindest einer genauen Überprüfung zu unterziehen und der Verteidigung die Möglichkeit zu geben, zu überprüfen, ob die Weitergabe der durch die Ermittlungsbehörden erlangten Kenntnisse an Verfahrensbeteiligte zuverlässig ausgeschlossen werden kann, ist die Aussetzung bis zum Abschluß dieser Überprüfung erforderlich.“



Das bei der Straßenaktion verteilte Flugblatt

Am Freitag, dem 21. Oktober, stand beim GNN-Verlag in Köln die Polizei vor der Tür, ausgerüstet mit einem Durchsuchungsbefehl, der gebot, nach Unterlagen zu forschen, aus denen bewiesen werden könne, daß der GNN-Verlag die Broschüre „Dokumentation zum Verfahren gegen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau, Thomas Richter und Thomas Thoene aus Duisburg“ tatsächlich verlegt hat. Der GNN-Verlag hat für diese Broschüre x-mal in x-erlei Publikationen geworben, es konnte niemals strittig sein, daß sie zu seinem Verlagsprogramm gehört. Trotzdem war eine Durchsuchung angeordnet worden, die sich auch auf die Privatwohnung der Geschäftsführung erstreckte.

Die Durchsuchung dauerte von vormittags zehn Uhr bis nachmittags 17 Uhr an. Sie lieferte fortwährend weiter aus und mündete schließlich in die Beschlagnahme von Satzgeräten, Computern und ca. 450 Disketten. Die Beschlagnahme von Arbeitsmitteln war so vollständig, daß der GNN-Verlag (Köln) faktisch arbeitsunfähig war. Wir danken an dieser Stelle für die Angebote technischer Hilfeleistung, die uns von verschiedenen Seiten erreichten. Zur Herstellung der Öffentlichkeit hat auch eine spontane Demonstration und Straßenkundgebung noch während der Dauer der Durchsuchung vor dem Verlag geholfen. Schließlich kam noch die lokale Presse, und so war die Polizeiaktion in keiner Phase ganz ohne Beobachtung durch die Öffentlichkeit.

Obwohl es nicht gelang, den Durchsuchern die Beschlagnahme von Geräten und Datenträgern auszureden, war es immerhin möglich, die Versiegelung der Datenträger zu erreichen und die Zusage der Staatsanwaltschaft, eine Beschaltung der elektrischen Anlagen nur in Gegenwart von Vertretern des Verlages vorzunehmen. Am Sonntag stellte sich dann heraus, daß für die Beschlagnahme der Datenträger und der Rechner die Grundlage gefehlt hatte. Sie mußten ohne weiteres ausgehändigt werden.

Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg hat uns mitgeteilt, daß sie wegen der widerrechtlichen Ausweitung dieser Aktion auch auf ihre Räume, Geräte und Datenträger Strafanzeige gestellt hat.

In dem Rechtsstreit, der aus dieser Sache zwischen dem GNN-Verlag und der Staatsanwaltschaft Düsseldorf erwächst, wird sich wahrscheinlich ergeben, daß der Ermittlungsgrund vorgeschoben gewesen ist und eine Aktion zur Einschüchterung der Öffentlichkeit vorliegt, die von wer weiß wem, jedenfalls aber einer hohen staatlichen Stelle mißbräuchlich in Gang gesetzt wurde.

Für den Bundesvorstand des BWK: Verwaltungsausschuß

Aktuell in Bonn

Atomsperrvertrag unterlaufen

Der amerikanische Jura-Professor Gary Milhollin von der Universität Wisconsin erklärte am 13.10. vor dem 2. Untersuchungsausschuß zum Hanauer Atomskandal, die Bundesregierung müsse den Fall der Firmengruppe Alfred Hempel aufklären, die 1983 mit der Lieferung Schweren Wassers aus Norwegen nach Indien den Atomsperrvertrag unterlaufen hat. Mit der betrügerischen Vorlage einer internationalen Exportbescheinigung, aus der hervorging, daß die 15 Tonnen Schweren Wassers für Forschungszwecke in der Bundesrepublik vorgesehen seien, erschlich sich die Hempel-Gruppe die Genehmigung für die Transaktion. Im Ausschuß versuchten Vertreter der Regierung, die Verantwortung für den Vertragbruch von sich zu weisen, da es sich nur um das Verhalten einer privaten Firma handele. Bis heute ist nicht einmal geregelt, wie solche Verstöße rechtlich geahndet werden können.

Kein Werbeverbot

Die drei Anträge der Grünen (Drucksachen 11/1198, 11/1199 und 11/1200) für Werbeverbote bei Tabak und Alkohol sowie für das Verbot von Reklame für Süßigkeiten mit Kindern sind am 12.10. im mitberatenden Wirtschaftsausschuß abgelehnt worden. Die Anträge wurden mit der Gesundheitsschädlichkeit dieser Genußmittel und der Unwirksamkeit der Verhaltensregeln des Deutschen Werberates begründet.

Gegen Bundesdrucker

In den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung (Drucksache 11/3056) vom 11.10. heißt es u.a.: Es seien 1986 rund 150 Millionen Mark zuviel ausgegeben worden. Neben zu üppigem Flugzeugkauf und Wohnungsbau für Diplomaten und Fehlprognosen in Sachen Bildschirmtext (bis Mitte 1988 nur ca. 120000 statt der erwarteten Mio. Private) wird verlangt, die Datenerfasser bei der Bundesdruckerei nach BAT einzugruppieren und nicht „überhöht“ nach den Angestelltentarif der Druckindustrie.

EG-Schnellzugverbund

Der Plan, ein EG-weites Streckennetz für Hochgeschwindigkeitszüge zu schaffen, kommt voran. Mitte Oktober einigten sich die EG-Verkehrsminister über erste Strecken. Diese sollen von Frankfurt und Köln über Brüssel nach Paris und durch den Kanaltunnel nach London führen. Die spanische Regierung will ihre Bahnen auf EG-Spurbreite umstellen und den Anschluß an das Hochgeschwindigkeitsnetz. Ein westdeutsches (Siemens/ASEA-BBC/Thyssen/Krauss-Maffei) und ein französisches Konsortium konkurrieren nun um spanische Großaufträge.

Späth hetzt weiter

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth, seit langem Vorreiter bei der reaktionären Hetze gegen Asylbewerber, hat seine Forderung nach einer Verfassungsänderung zu Lasten

von Asylbewerbern erneuert. Vor dem „Arbeitskreis Polizei“ der CDU-Baden-Württemberg propagierte Späth am 22.10. unter zynischer Berufung auf die von seinesgleichen seit Jahren betriebene unmenschliche Behandlung der in Sammellagern kasernierten Asylbewerber, es wäre „anständiger und humaner“, Asylbewerber schon an der Grenze „abzublocken“. Eine Änderung des Verfassungsartikels zum Asylrecht sei unabdingbar. Der Rechtsanspruch auf Asyl „muß endlich fallen“. Andernfalls werde die Zahl der Asylbewerber unerträglich anwachsen. Späths Vortrag vor Polizeibeamten wird weitere Polizeiexzesse gegen Asylbewerber zur Folge haben.

Vergewaltigung in der Ehe

Der Gesetzentwurf der SPD (Drucksache 11/474) für Strafbarkeit von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellem Mißbrauch in der Ehe ist am 12.10. im Rechtsausschuß abgelehnt worden. CDU- und CSU-Abgeordnete fürchteten die Anwendung der kriminologischen Indikation auf durch Vergewaltigung in der Ehe gezeigte Föten. Aus den Reihen von CDU, CSU und FDP kam auch der Einwand, daß der SPD-Antrag der Familie schade und die Strafbarkeit von Vergewaltigung mit Täuschung die Zerstörung intakter Ehen und ihrer Initimität bewirken könne.

Klein säubert DEG

Am 12. Oktober stand im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit die künftige Geschäftspolitik der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) zur Diskussion. Bundesminister Klein hob in seinem Bericht hervor, die „Veränderung der Strukturen“ der DEG sei in vollem Gang. Die Ersetzung der beiden bisherigen Geschäftsführer und weitere personelle Änderungen stünden dabei im Vordergrund. Fernziel sei, die DEG „zu einem rentablen Unternehmen“ zu machen. Beibehalten werde die Orientierung auf mittelständische Partner ebenso wie auf Projekte mit Großpartnern.

Was kommt demnächst?

Am 27.10. berät der Bundestag u.a. über die Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesregierung und über den Berufsbildungsbericht 1988, den Immissionschutzbericht der Bundesregierung und über einen Gesetzentwurf der Grünen zur Reform der Untersuchungshaft. Am 28.10. folgen Beratungen über die Bundesbahnpolitik, u.a. über die geplanten Schnellbahnverbindungen und das EG-Netz für Hochgeschwindigkeitszüge. Am 19. November wählt die CSU auf einem Parteitag einen neuen Parteivorsitzenden. Vom 2. bis 4.12. führen die Grünen ihren nächsten Parteitag durch. Thema u.a.: Beschuß über das Wahlprogramm zu den EG-Wahlen im nächsten Jahr. Im Dezember will Blüm seinen Gesetzentwurf zur Rentenreform vorlegen.



Die Bundesregierung als einer der Auftraggeber des türkischen Militärputsches von 1980 hatte Mitte Oktober General Evren zu Gast. Bundespräsident von Weizsäcker erläuterte noch einmal, warum der Putsch 1980 unvermeidlich gewesen sei: „Noch stehen uns die späten siebziger Jahre vor Augen, als große wirtschaftliche Probleme und politische Unruhe die Türkei in eine schwere Krise stürzten. Wir müssen erleben, daß die Beschleunigung weltweiter technischer und industrieller Veränderung viele Menschen verunsichert. Die Folgen sind in manchen Ländern der Rückzug in Fanatismus und Sektierertum.“ Also mußten die Batallione der Ordnung putschen, erschießen, foltern, einsperren. Kanzler Kohl sicherte Evren für Anfang 1989 ein neues Militärhilfeabkommen zu.

US-Präsidentschaftswahlen

Die Bourgeoisie will Bush und keine Experimente

Die offizielle Arbeitslosenquote in den USA ist fast auf dem niedrigsten Stand seit 14 Jahren. Die Inflation ist ungefähr auf ein Drittel der Rate zu Beginn der 80er Jahre gedrückt worden. Der Zins- satz ist nur halb so hoch wie vor acht Jahren. Die Wirtschaft der USA hat den Börsenkrach vom Oktober 1987 anschein- nend unbehelligt überstanden, der Dow Jones Index verzeichnete Rekordzuwächse in den letzten Wochen. Sechs Jahre ungebrochenen Wachstums — das hat es in Friedenszeiten noch nie gegeben. Warum dann, angesichts der Tatsache, daß der Geldbeutel letztendlich fast jeden Präsidentschaftswahlkampf be- herrscht, ist Vizepräsident George Bush nicht weit voraus im Wahlkampf?

Mit dieser Frage beginnt ein Artikel im „TIME“-Magazin vom 10.10.88. In der Tat, der Vorsprung Bushs vor dem Kandidaten der Demokratischen Partei, Dukakis, ist gering — Ergebnis einer Meinungsumfrage im Auftrag von „TIME“ Anfang Oktober: 48% würden Bush wählen, 41% Dukakis. Zu gering für den Vizepräsidenten einer Regie- rung, die (wenn man seine Informatio- nen aus den bürgerlichen Medien be- zieht) wirtschaftliche Stabilität und Pro- sperität und Erfolge in der Sicherheits- und Außenpolitik vorweisen kann, wie den Abschluß des Vertrags über die Re- duzierung von Mittelstreckenraketen und Verhandlungslösungen für Krisen- herde wie Afghanistan, Angola und Iran/ Irak.

Seit Anfang September versucht die Presse unaufhörlich, Dukakis als den Verlierer abzustempeln, seine Kam- pagne sei am zusammenbrechen, Mei- nungsumfragen zeigten, daß Bush weit voraus sei. Zahlen werden allerdings nicht genannt. Erstaunlich, daß auch Zeitungen, die eher zur Demokratischen Partei neigen, in den Chor einstimmen. Die Zahlen von „TIME“ geben ein anderes Bild: Seit August hat Bush gerade 1% dazu gewonnen und Dukakis 1% verloren. Irgend etwas stimmt nicht.

Ein Grund zur Beunruhigung seien die riesenhaften Budget- und Handelsdefizite, schreibt „TIME“. „Aber da ist auch das Gefühl, daß irgend etwas nicht stimmt mit dem Boom, daß die allgemeine Prosperität nicht soviel an gutem Leben bringt, wie die rosigen Zahlen weis- machen.“ Die Tatsache ist, daß für die große Mehrheit der US-Bürger mit Boom nichts gewesen ist: Das mittlere Familieneinkommen, 30850 Dollar, ist genauso hoch wie vor 15 Jahren. (Alle Zah- len und Vergleiche inflationsberei- nigt in 1988-Dollar-Jahreseinkommen)

Die Spanne zwischen reich und arm ist allerdings so groß wie nie zuvor in den letzten 40 Jahren — und wächst weiter, einen seit 15 Jahren anhaltenden Trend fortsetzend. Der Reagan-Boom hat den reichsten 1% aller Familien einen Einkommenszuwachs von 74% zwischen 1977 und 1988 beschert. Das Familien- einkommen der ärmsten 10% sank im gleichen Zeitraum um 10%. Alle Haushalte unter der offiziellen Armutsgrenze um 15000 Dollar haben gegenüber 1977

College-Ausbildung für die Mittelklasse unerschwinglich geworden — ca. 13000 Dollar pro Jahr an Privat-Colleges und ca. 6000 Dollar pro Jahr an staatlichen Colleges. Auf der anderen Seite ist eine Collegeausbildung, einst der Schlüssel für Aufstieg, zur Notwendigkeit gewor- den, nur um den Abstieg aus der Mittel- klasse (in die Armut) zu verhindern. An- fang der 70er Jahre verdiente ein 30jäh- riger ohne Collegeausbildung nur um die 15% weniger, 1986 verdient er 50% we-



Die öffentliche Schulausbildung ist schlecht, und Privatschulen sind auch für den unteren Mittelstand kaum erschwinglich.

verloren. Man muß schon zu den ober- sten 10% gehören, 90000 Dollar und aufwärts, um 1988 wesentlich besser da- zustehen als 1977. Genau gesagt 27% und mehr für diese Gruppe.

Die hart umkämpfte „Mittelklasse“, definiert als Haushaltseinkommen zwi- schen 20000 und 60000 Dollar, hat zwi- schen 1% und 8% dazugewonnen.

Aber auch das täuscht, denn ihr Le- bensstandard ist in mehrerer Hinsicht gesunken: Erstens brauchen viele Fami- lien zwei Verdienster, um durchzukom- men, und ihr Anteil ist gestiegen. Letztes Jahr hatten oder suchten 65% aller Müt- ter bzw. 51% aller Mütter mit Kindern unter einem Jahr Arbeit. Zweitens ist eine der stolzesten Errungenschaften der Nachkriegszeit, der ziemlich weitver- breitete Besitz von Eigenheimen, in Ge- fahr. In den letzten acht Jahren ist zum erstenmal seit 1940 der Eigenheimbesitz zurückgegangen. Am schärfsten ist der Rückgang für junge Familien: Für die Altersgruppe von 35-39 Jahren ist der Prozentsatz von Eigenheimbesitzern von 61% auf 53% in den acht Reagan-Jahren gefallen. Drittens sind die Kosten für

niger.

Um es noch einmal klar zu machen: Diese gebeutelte „Mittelklasse“ sind Arbeiter und Angestellte in den unteren und mittleren Lohn-/Gehaltsgruppen. Auf sie ist die Propaganda vom „Ameri- can Dream“ gemünzt, dessen zwei grundlegende Glaubensartikel seien: Er- stens, daß es jeder Generation ein biß- chen besser gehe als ihren Eltern und sie ein besseres Leben für ihre Kinder auf- bause, und zweitens, daß die Nation sich langsam, aber stetig in Richtung größe- rer Gleichheit bewege. Diese zwei Glau- benssäulen, so „TIME“, hätten die poli- tische und soziale Stabilität der USA für mehr als ein Jahrhundert geschaffen.

Reagans Wahlsiege 1980 und 1984 ba- sierten zum guten Teil auf dem Verspre- chen, den „American Dream“ zu retten. Seine Steuersenkungen haben die Spanne zwischen arm und reich nur vergrößert. Nur die obersten 10% erhielten einen erwähnenswerten Steuererlaß, davon die obersten 1% satte 25%. Die untersten 10% zahlten 20% mehr Steuern. Dazu kommt noch, daß die Rentenversiche- rungssteuer sich verdreifachte, die we-



Ein Jahr in einem Altersheim kostet einen herzkranken Rentner etwa 27000 Dollar. Dasselbe muß z.B. ein im Sport verletzter Student für einen Aufenthalt in einem Rehabilitationszentrum zahlen. Die privaten Krankenversicherungen zahlten 1987 nicht mehr als 2 Prozent der für Pflege und Rehabilitation aufgebrachten Gelder.

gen der Bemessungsgrenze besonders die Lohnabhängigen in den unteren und mittleren Bereichen belastet und nicht auf Einkommen aus Besitz erhoben wird.

Wie man sieht, bewegt sich die Bourgeoisie auf dünnem Eis. Anders als dem Hollywood-geschulten Reagan traut sie Bush nicht die gleiche Überzeugungskraft zu, die Leute glauben zu machen, sie könnten über Wasser gehen. Wie unsicher sie sich ist, zeigt, daß auf das bloße Gerücht über einen bevorstehenden Zeitungsbericht über Bushs angebliches außereheliches Liebesleben der Dow Jones Index um 45 Punkte purzelte. Die private Verschuldung der US-Bürger hat Nachkriegs-Rekordhöhen erreicht. 55% der Hauhalte hat mehr Schulden als Besitz. 1985 war die Schuldenhöhe per Haushalt 88% des verfügbaren (Jahres-) Einkommens. Man kann verstehen, warum die Bourgeoisie so heftig bemüht war und ist, jede Debatte um soziale und ökonomische Probleme der Massen abzuwürgen. „Nur nicht dran röhren“, ist die Devise, sonst könnte sich etwas in Bewegung setzen, das nicht aufzuhalten ist.

Das fürchtet die Demokratische Partei ebenso und hat sich redlich bemüht, Jesse Jackson, der genau diese Punkte auf die Tagesordnung gesetzt hatte, so schnell es eben ging in der Versenkung verschwinden zu lassen. Zwar sind diese Themen in die Wahlplattform aufgenommen worden, aber die spielt im Wahlkampf keine Rolle. Dukakis sofortiges Abgehen von der Wahlplattform und Ablenken auf „Persönlichkeit“ hat ihm nichts genutzt. Gegenüber der Republikanischen Partei und Bush, die für „weiter wie bisher“ stehen, steht die Demokratische Partei und Dukakis für „Veränderung“. ob sie es wollen oder nicht. „Veränderung“ aber ist tabu. Am besten, man spricht nicht darüber. In dem

oben erwähnten Trommelfeuer der bürgerlichen Presse gegen Dukakis wird weniger sein Programm als vielmehr sein mangelnder Patriotismus, seine mangelnde präsidiale Statur (z.B. daß er zu klein sei), seine Weichheit gegenüber der Kriminalität und ähnlicher Blödsinn angegriffen.

Dukakis Programm ist durchaus ver einbar mit den globalen und inneren Interessen der US-Imperialisten. Während Bush sich tatsächlich von Reagan nur durch geringeren ideologischen Eifer unterscheidet, steht Dukakis für den Teil der imperialistischen Bourgeoisie, der befürchtet, daß die Fortsetzung der Reaganschen Politik im Innern und nach außen den imperialistischen Zielen der USA schadet. „Auf die Dauer jedoch bringt der Trend zu Ungleichheit das Potential für soziale und politischen Konflikt mit sich“, schreibt „TIME“ in so wohlgesetzten Worten.

Dukakis will die USA groß und stark machen durch Dämpfung der inneren Konflikte, Reduzierung der direkten Weltpolizisten-Rolle und mehr Gewicht auf konventionelle Rüstung. Im Innern sind die wachsende Zahl von Leuten ohne Wohnung und über 40 Millionen ohne Krankenversicherung brennende Probleme. Unter Reagan wurden 25 Mrd. Dollar an Sozialprogrammen gestrichen. Dukakis schlägt ein 500-Mio.-Trostpflaster für sozialen Wohnungsbau vor. Er will die Kapitalisten verpflichten, für ihre Lohnabhängigen eine Mindestkrankenversicherung abzuschließen. Ankurbelung der Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit soll durch öffentlich-private Partnerschaften erreicht werden, während Bush den Markt „so frei wie möglich“ halten will. Bei den Rüstungsausgaben will sich Dukakis (wie Bush) auf Inflationsausgleich beschränken. MX- und Midgetman-Raketen sollen gestrichen werden. Diese Mittel sollen für

mehr konventionelle Rüstung verwendet werden. Die Mittel für SDI sollen reduziert werden.

Außenpolitisch sieht Dukakis die Interessen der USA besser gewahrt durch Verhandlungen und Benutzung von internationalen Organisationen wie Vereinte Nationen oder Organisation Amerikanischer Staaten als durch Aufbau von US-bewaffneten Guerilla-Armeen. Er wirft der Reagan/Bush-Politik gegenüber Mittelamerika vor, ein „absoluter Fehlschlag“ und „illegal“ zu sein. „Ich glaube, daß es keinen demokratisch gewählten Staatschef in Mittel- oder Lateinamerika gibt, der unsere Politik unterstützt.“ Kontra-Hilfe soll eingestellt werden. Druck durch die Nachbarstaaten sei effektiver, um Veränderungen in Nicaragua zu erreichen. Er will die angolanische Regierung anerkennen, US-Hilfe für UNITA streichen und unterstützt ein Handelsembargo gegen Südafrika.

Viele dieser Vorhaben spiegeln Überlegungen wider, die in dem Buch des Historikers Kennedy über den Aufstieg und Verfall der Großmächte verhandelt werden und in den USA vor kurzem heftig diskutiert wurden. Die Großmächte produzierten ihren Verfall mit der Ausdehnung ihrer Macht durch Überdehnung ihrer militärischen Mittel. Die ständige Vergrößerung des Militärapparats zerstörte schließlich die ökonomische Basis und leite den Verfall ein. Es ist nicht verwunderlich, daß Teile der imperialistischen Bourgeoisie Parallelen zur Schulden- und Handelsbilanz-Situation der USA sehen und der letztendlichen Erfolglosigkeit ihrer „Big Stick“-Politik gegenüber dem Unabhängigkeitsstreben der Völker der Welt. Die große Mehrheit der Bourgeoisie aber glaubt, daß sie so wie bisher weiter machen kann. Sie will keine Änderung, sie trommelt für Bush. — (her. ger)

Arbeitsförderungsgesetz Angebotsorientierte Politik fortgesetzt

„Diese Novelle ist auch eine Antwort auf die geänderten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt“, so die Begründung der Regierungskoalition für die geplanten Leistungsreduzierungen durch die 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) bei der 1. Lesung am 29.9. im Bundestag. Dabei zählt die Regierung zu ihren Erfolgen vor allem den Anstieg der Beschäftigtenzahl um eine Million seit 1982, allein 120000 im 1. Halbjahr 1988 unter Erhalt eines Heeres von über zwei Mio. Arbeitslosen.

Für unter 20jährige wird die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf sechs Monate begrenzt, für unter 25jährige auf neun Monate. Thomae, FDP-MdB, wird deutlich: „Die Kürzung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für Jugendliche soll die Mobilität der Jugendlichen fördern.“ Unter den jugendlichen Arbeitslosen sind besonders viele ausländische Arbeiter sowie Menschen, denen die Teilnahme an einer Berufsausbildung verwehrt wurde oder die sie sich nicht leisten konnten und die deshalb durch unsteife Arbeitsverhältnisse oft von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Durch Streichung von Berufsausbildungsbeihilfe für Auszubildende, die im elterlichen Haushalt leben, wird es sicher vielen unmöglich, überhaupt eine Ausbildung zu machen.

Das auslaufende Vorruhestandsgesetz wird durch ein „Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand“, zunächst befristet bis 1992, ersetzt. Von Arbeitsminister Blüm als ein Stück „Humanität“ und „Freiheit“ gepriesen, wird die „Altersteilzeit“ dazu führen, daß viele länger arbeiten müssen. Die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher hätte gern schon jetzt einen „Teilzeitnachruhestand“ über das 65. Lebensjahr hinaus geregelt. Den Kapitalisten werden Kosten, wie Aufstockung des Nettolohnes und Versicherungskosten, ersetzt.

„Modernisierung der Wirtschaft muß auch heißen: Qualifizierung der Arbeitnehmer“, so Blüm. In den letzten Jahren sind die Kapitalisten in erheblichem Umfang durch Versicherungsgelder von Qualifizierungskosten, die durch die Umstrukturierung der Produktion bedingt sind, entlastet worden. Nun sollen diese Kosten verstärkt von den Versicherten selbst aufgebracht werden, die anteilig Lehrgangsgebühren zahlen sollen. Einen besonders hohen Kostenanteil werden dabei diejenigen tragen, die vor einer Qualifizierungsmaßnahme nicht arbeitslos waren oder diese berufsbegleitend besuchten. Es sollen 300 Mio. DM von den derzeit 2,4 Mrd. DM auf die Versicherten abgewälzt werden.

Seit 1982 ist die Zahl der ABM-Be-

schäftigten von 29000 auf 130000 gestiegen. Durch Absenkung der Förderungsbeträge, insbesondere durch Beschränkung des 100%-Zuschusses auf 10% aller AB-Maßnahmen, wird es zu einer erheblichen Abnahme von AB-Maßnahmen kommen. Scheinheilig knüpft Blüm in der Begründung auch an der Kritik der ÖTV an, daß sich die Kommunen, Träger der Hälfte aller ABM, „auf Kosten des Beitragszahlers in ihrem Stellenplan entlasten“. Die Opposition rechnet mit dem Wegfall von mindestens 70000 ABM-Stellen.

Weitere Änderungen betreffen die Verschärfung der Sperrzeitregelung, Anrechnung von Krankheitszeiten auf die Anspruchsdauer u.a. Die Zuschüsse zu den Lohnkosten (Eingliederungsbeihilfe, Einarbeitungszuschuß) für Kapitalisten werden auf höchstens 50% beschränkt. Die AFG-Änderung spart 1,3 Mrd. DM, es bleibt, trotz eines Bundeszuschusses von 3,3 Mrd. DM, noch ein Defizit von 1,3 Mrd. DM. Es muß durch weitere Kürzungen „im laufenden Geschäft“ der BA ausgeglichen werden. — (syb)

Dienstleistungsabend Aktionen der HBV

Im Rahmen der DGB-Aktionstage fanden am 20.10. im ganzen Bundesgebiet Betriebsversammlungen in Kaufhäusern und SB-Märkten sowie Flugblattaktionen gegen die Einführung des Dienstlei-



stungsabends statt. „Fast alle deutschen Kaufhäuser und die großen SB-Warenhäuser haben am Donnerstagmorgen erst mit mehrstündiger Verspätung geöffnet.“ (FAZ, 21.10) In mehr als 300 Kaufhäusern und SB-Märkten beteiligten sich weit über 100000 Beschäftigte an den Betriebsversammlungen. Südfunk 3 berichtete von über 10000 Beschäftigten

in 25 Kaufhäusern in Baden-Württemberg und 23 Häusern in Rheinland-Pfalz. In den Regionalsendungen und Nachrichten um 7.00 und 8.00 Uhr wurden die „Verbraucher“ deshalb vor dem Besuch der Innenstädte gewarnt.

Auf den Versammlungen forderte die Gewerkschaft HBV die Bundesregierung erneut auf, die Änderung des Ladenschlusses, die Einführung des Dienstleistungsabends und die Abend- und Nachtarbeit im Dienstleistungsgewerbe fallen zu lassen. Das HBV-Vorstandsmitglied Dieter Steinborn stellte in München fest, daß es der Bundesregierung mit der Änderung des Ladenschlußgesetzes um eine „grundlegende Weichenstellung in Richtung auf mehr Abend- und Nachtarbeit in allen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen“ geht. (BNN, 21.10) Im verteilten DGB-Flugblatt wurde die Bundesregierung angegriffen, mit dem Dienstleistungsabend erkämpfte Schutzrechte zu beseitigen und die Flexibilisierung der Arbeitszeit durchsetzen zu wollen. Leider verzichteten DGB und HBV darauf, den Zusammenhang mit der ebenfalls geplanten Änderung der Arbeitszeitordnung aufzuzeigen. Die HBV hatte ein extra Flugblatt für den „König“ Kunde: „Mal eine Frage! Sie haben doch am Donnerstagabend auch was Besseres vor?“

Gleichzeitig meldet die FAZ vom 21.10., daß die Handelskapitalisten ein neues Urteil vor dem Landesarbeitsgericht Niedersachsen erreicht haben, womit der HBV in Niedersachsen Arbeitskampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines Tarifvertrages über das Arbeitszeitende bis 31.12.88 untersagt werden. Gleiche Urteile gibt es in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Damit wird die Vorbereitung der Manteltarifverhandlungen Ende dieses Jahres für die HBV immer schwieriger. Hier und in besonderen Haustarifverhandlungen beabsichtigt die HBV, das 18.30 Uhr Arbeitszeitende im Verkauf zu sichern.

Am 20.10. war die zweite Lesung im Bundestag. Bis Redaktionsschluß lag das Ergebnis noch nicht vor. — (rub)

CSU-Regierungsumbildung Gauweiler weiter dabei

Letzte Woche wurde Finanzminister Max Streibl (CSU) vom bayerischen Landtag mit den Stimmen der CSU-Abgeordneten zum neuen bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Streibl seit 1962 Mitglied des Landtags, wurde 1967 CSU-Generalsekretär, 1970 Bezirksvorsitzender der CSU-Oberbayern und war von 1970 bis 1977 bayerischer Umweltminister. Gerold Tandler wird Finanzminister. August Lang Wirtschaftsminister und Edmund Stoiber Innenminister.

Die SPD hat mit der fadenscheinigen Begründung „Mehrheitsverhältnisse“ keinen Kandidaten für den Ministerpräsidenten aufgestellt und signalisierte ihm damit staatstragende Zusammenarbeit. Die Opposition habe die Pflicht, inhaltlich wie personell Alternativen zu bieten, kritisierten die Grünen dieses Anschmiegen an die CSU und stellten mit dem Chemieprofessor Armin Weiß ihren eigenen Kandidaten auf. Die Fraktion der Grünen im Landtag erklärte zur Kandidatur von Weiß, man wolle dem CSU-Bewerber Streibl, dem „Symbol für die Verflechtungen zwischen Politik, Banken und Atomindustrie“, ein „Symbol des demokratischen Widerstands“ entgegensenzen. Von einer Regierung Streibl erwarten sich die Grünen weder eine politische Kurskorrektur noch die Bewältigung der „von Strauß verursachten Altlasten“. Fraktionssprecherin Romberg nannte in diesem Zusammenhang den Bau der WAA in Wackersdorf, die Memminger Abtreibungsprozesse und die Anti-Aids-Maßnahmen.

Die SPD beschränkte ihre Kritik bei

einer Personaldebatte auf die Zusammensetzung der neuen Regierungsmannschaft. So forderte die SPD Streibl auf, Innenstaatssekretär Peter Gauweiler zu entlassen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hiersemann begründete dies mit den Worten: „Jemand, der seine Aufgabe nicht erfüllt hat, sollte aus dem Kabinett entlassen werden. Die Regierung ist keine Ressozialisierungsanstalt, der neue Innenminister Edmund Stoiber ist als Bewährungshelfer schlecht geeignet.“ Gauweiler bleibt im Kabinett, jedoch wurde dem immer häufiger kritisierten Innenstaatssekretär die Kompetenz für die bayerische Polizei und auch für das Gesundheitswesen, inklusive Aids entzogen. Bis weit in die CSU hinein wird Gauweilers Politik als überzogen und unangemessen kritisiert. Dieser Stimmung in der CSU hat der neue Ministerpräsident Streibl nachgegeben. Allerdings verspricht die neue Personalbesetzung im bayerischen Innenministerium mit dem Innenminister Stoiber und dem Innenstaatssekretär Beckstein keine Entspannung. Bei der strengsten Durchset-

zung eigener katholischer Moralvorstellungen — etwa beim § 218 — ist Stoiber als Familienpolitik-Experte und Mitglied der CSU-Grundsatzkommission führend engagiert. Er versucht schon seit geraumer Zeit in der öffentlichen Meinung, die Abtreibung als Straftatbestand Mord zu qualifizieren. Edmund Stoiber reagierte auch auf die SPD-Forderung — der unselige bayerische Maßnahmenkatalog müsse auf den Prüfstand der Vernunft — mit der Erklärung, daß die bayerische Aids-Politik stets die „Politik der Staatsregierung und nicht die eines einzelnen Mitglieds der Staatsregierung“ gewesen sei.

Am 19.11.88 findet unter dem Motto „Dem Erbe verpflichtet — kraftvoll und geschlossen — Für Bayern, Deutschland und Europa“ der nächste CSU-Parteitag statt. Dort wird der neue Parteivorsitzende der CSU Theo Waigel gewählt und programmatische wie politische Zielsetzungen für die Staatsregierung und die Parteiarbeit bestimmt werden.

Quellenhinweis: versch. Ausg. der SZ und Bayernkurier — (dil)

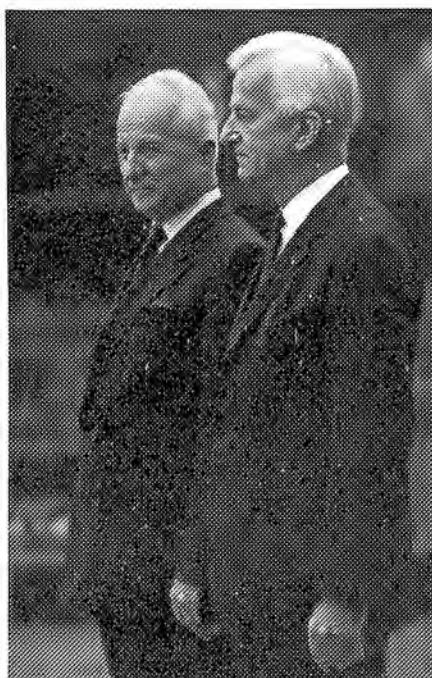
Evren-Besuch

Von Weizsäcker geladen: Ein Putschgeneral bei seinen Herren

Der türkische General Kenan Evren, von den Imperialisten 1980 mit der Abwicklung des Militärputsches beauftragt und auch in diesem Auftrag erprobt und erfolgreich, weswegen er seit einigen Jahren auch als „ziviler“ Staatschef der Türkei auftritt, war Mitte Oktober eine Woche Staatsgast in der BRD. Die Einladung dazu war von Bundespräsident von Weizsäcker ausgegangen. Von Weizsäcker nutzte die Gelegenheit, um den blutigen türkischen Militärputsch von 1980 nicht etwa vorsichtig zu rügen, sondern im Gegenteil dessen Notwendigkeit, Angemessenheit und Richtigkeit zu bekräftigen: Wenn „viele Menschen verunsichert“ und „in ihrem Selbstverständnis und ihrer geistigen Orientierung beirrt“ sind, dann muß und darf das Militär eingreifen, um die Ordnung zu verteidigen. Dann müssen die Batallione der Obrigkeit marschieren, dann darf und muß geschossen, eingesperrt, verboten, gefoltert und hingerichtet werden.

Es ist wirklich besorgniserregend, daß diese Bemerkungen von Weizsäckers, die schließlich schriftlich durch das Bundespresseamt festgehalten und an hunderte von Zeitungsredaktionen verbreitet wurden, in der Presse keinerlei Unruhe hervorgerufen haben. Die Innenminister von Bund und Ländern nutzten derweil den Besuch für ihre Zwecke: In einer offenbar bundesweit gesteuerten Aktion

wurden gegen zahlreiche Türken und Kurden, deren kritische Haltung gegenüber dem Regime polizeibekannt war, Einschränkungen des Aufenthaltsrechts verfügt, um ihnen auf diese Weise jede Teilnahme an öffentlichen Protesten, dort, wo Evren auftauchte, unmöglich zu machen. Von den im Bundestag vertrete-



von Weizsäcker und General Evren

nen Parteien protestierten einzig die Grünen gegen diese drastische Beschniedung von Grundrechten. In einer Presseerklärung griffen sie von Weizsäcker wegen seiner Einladung an den Putschgeneral an und unterstützten die Protestaktionen gegen seinen Besuch.

Welche Ergebnisse hatte der Besuch? Manches wird sicher erst in den nächsten Wochen und Monaten herauskommen. Soviel aber scheint festzustehen: Über die weitere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung sogenannter „Separatisten“ und „Terroristen“ sei man sich einig geworden, behauptet Evren; gleichzeitig soll Kohl auf noch verbliebene gesetzliche Probleme hingewiesen haben. Wahrscheinlich soll das Auslieferungsrecht weiter „gelockert“ werden, um z.B. kurdische Befreiungskämpfer, die in die BRD flüchten, künftig umstandslos zur Hinrichtung in die Türkei zurückgeschafft zu können. Evren selbst hat sich bei dem Besuch, wie es seinem Rang als eher untergeordneter Charge zu Besuch bei wichtigen Herren entspricht, im wesentlichen unterwürfig bedankt. Seine Rede bei von Weizsäcker triefte nur so von Schmeicheleien. Noch im nächsten Jahr schließlich soll ein neues dreijähriges Rüstungshilfeabkommen der BRD mit der türkischen Junta abgeschlossen werden. Türkische Zeitungen berichten, die Generale wünschten u.a. 80 Kampfflugzeuge. (Tercüman, 20.10.) Das Regime benötigt neue Waffen, vor allem gegen die kurdischen Befreiungskämpfer.

Quellenhinweis: Bundespresseamt. Tischreden von Kohl, Evren und von Weizsäcker am 17. und 18.10.: Die Grünen im Bundestag. Pressemitteilung vom 17.10.88 — (rül. wof. rub)

Auszüge aus den Bankettreden

Helmut Kohl

„... Ein Abkommen über die Fortsetzung der Verteidigungshilfe in den Jahren 1989 bis 1991 wird Anfang nächsten Jahres unterzeichnet werden ... Die türkische Regierung kann ... die Gewißheit haben, daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin dafür eintreten wird, die Bindungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei stetig fortzuentwickeln ...“

von Weizsäcker

„Sie wissen, ich bin einer der vielen Deutschen, die sich Ihrem Land und seinen Menschen ... verbunden fühlen ...“

Die deutsch-türkischen Beziehungen haben tiefe Wurzeln. Wen wundert es, daß bereits Goethe in seinem ‚Westöstlichen Diwan‘ der Faszination erlegen ist, die von der osmanischen Kultur und Philosophie in der Nachfolge des alten Byzanz auf Europa ausstrahlte ...

Herr Präsident, heute bietet die Türkei das Bild einer parlamentarischen Demokratie, die entschlossen auf dem von ihr eingeschlagenen Weg nach Europa fortschreitet. Das war keineswegs selbstverständlich. Noch stehen uns die späten siebziger Jahre vor Augen, als große wirtschaftliche Probleme und politische Unruhen die Türkei in eine schwere Krise stürzten. Wir müssen erleben, daß die Beschleunigung weltweiter technischer und industrieller Veränderungen viele Menschen verunsichert, sie in ihrem Selbstverständnis und ihrer geistigen Orientierung beirrt. Die Folgen sind in manchen Ländern der Rückzug in Fanatismus und Sektierertum.

Die Türkei hat heute, inmitten ihres rapiden Modernisierungstempes und einer konsequenten wirtschaftlichen Öffnung, ihre Kraft und innere Stabilität wiedergefunden.

Daran haben Sie, Herr Präsident, wesentlichen Anteil ...“

General Evren

„... Für die durch Ihre vorzügliche Verwaltung unseren Beziehungen verliehenen Beiträge möchten wir unseren Dank zum Ausdruck bringen ... Die Demokratie ist ein Equilibrium (Gleichgewicht, d. Red.) der Rechte und Verpflichtungen; und in diesem Rahmen sollten unseres Erachtens alle von uns respektierten Menschenrechte und Freiheiten ... betrachtet werden. Ich muß jedoch mit Bedauern feststellen, daß unter der Vielzahl der in Ihrem Land lebenden türkischen Staatsbürger bestimmte Kreise in ihren Anti-Türkei-Aktivitäten dieses empfindliche Equilibrium nicht richtig betrachten ... Hinsichtlich der in meiner Rede kurz angedeuteten Angelegenheiten sowie der in den heutigen Besprechungen in allen Einzelheiten erworbenen Fragen haben wir zufriedenstellende Ergebnisse erzielen können ...“



Knapp 2000 Teilnehmer hatte die Demonstration gegen den Evren-Besuch am 15.10. in Bonn, zu der u.a. die türkischen und kurdischen Organisationen Dev Genc, TKP-ML, TDKP-YDÖ, PPKK, TKP (B), TSK/DK, EKIM, KAWA und TKHI aufgerufen hatten. Viele Transparente richteten sich gegen die imperialistische Türkeipolitik der BRD, die Polizei versuchte provokativ, einige zu entfernen. Bild: Bonn, 18.10.



An der Karlsruher Kundgebung gegen den Evren-Besuch am 19.10. beteiligten sich 200 Leute. Arbeitskreis Kurdistan Karlsruhe, DIDF, TKIH, Komitee gegen den Besuch von Evren in der BRD, Kurdistan Komitee Karlsruhe, BWK, Grüne Karlsruhe und Volksfront hatten aufgerufen. U.a. sprach der Grüne-Europaparlaments-Fraktionsvorsitzende Telkämper.



Etwas über 1000 Leute beteiligten sich am 18.10. in Bonn an einer Demonstration gegen den Evren-Besuch, zu der Feyka Kurdistan aufgerufen hatte. Mitglieder der türkischen Organisationen SVP und Dev-Genc, BWK, Volksfront und Antiimperialisten beteiligten sich an der Aktion.

Südafrika/Namibia

Die weiße Überlegenheit ist angeschlagen

Zunehmend zeichnet sich ab, daß Südafrika die seit Mai dieses Jahres stattfindenden Verhandlungen mit Angola und Kuba vor allem deshalb aufgenommen hat, um eine militärische und innenpolitische Atempause zu erreichen und seine Position in der Region zu festigen. Dennoch ist Südafrika, im Unterschied zu den Friedensverhandlungen, die es 1983/84 Mosambik und Angola aufgezwungen hatte, in einer deutlich schwächeren Position. Die südafrikanische Armee hatte Anfang des Jahres die militärische Überlegenheit in Angola eingebüßt. Die angolanische Armee hat mit massiver Unterstützung der kubanischen Truppen den Ausbau von Militärflughäfen im Süden Angolas und die Stationierung von Flugabwehrsystemen betrieben, die südafrikanische Luftwaffe konnte seit Herbst letzten Jahres nicht mehr nach ihrem Belieben über Angola

ter Zurücklassung der schweren Waffen möglich gewesen. Im Juli diesen Jahres, kurz bevor Südafrika das Waffenstillstandsabkommen und den Vertrag von New York unterzeichnete, mußte die südafrikanische Armee erneut den Verlust von 13 Soldaten zugeben. Die Soldaten gehörten zu einer Truppe, die offensichtlich beauftragt war, nach Cuito Cavanale vorzustoßen, aber bereits zwölf Kilometer hinter der namibischen Grenze von angolanischen Soldaten abgefangen und zum Rückzug gezwungen wurde. Damit war offensichtlich, daß die südafrikanische Armee auch den von ihr als Sicherheitszone bezeichneten, etwa 50 km breiten Gürtel in Südangola nicht mehr halten konnte. Diese „Sicherheitszone“ hatte die südafrikanische Armee 1981 in der „Operation Protea“ erobert, Angola hatte die Verfügung über diese Region vollständig verloren. Für die in-

dauerte mehrere Wochen, über 20000 beteiligten sich. Die Arbeiter demonstrierten mit einem zweitägigen Streik, an dem 70000 teilnahmen, eindrucksvoll ihre Unterstützung für die politischen Forderungen der Schüler. Immer wieder finden, auch im Süden Namibias fern von der angolanischen Grenze, Anschläge auf Einrichtungen der südafrikanischen Armee statt. Im Juli gab ein Kommandeur der SWAPO bekannt, daß Südafrika in den vergangenen sechs Monaten 521 Soldaten in Namibia verloren habe und die Befreiungsarmee PLAN die südafrikanischen Besatzungstruppen aus einigen Stützpunkten in Nordnamibia vertreiben konnte. Die von Südafrika durch Zwangsrekrutierung von Namibieren gebildete Namibische Territorialarmee, die unter südafrikanischen Kommando steht, erweist sich als weitgehend handlungsunfähig. Im vergangenen Jahr legten das 101. und das 102. Bataillon die Waffen nieder. Die Soldaten weigerten sich, zur Unterstützung der Unita in Angola zu kämpfen. (2)

Ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen Angola, Kuba und Südafrika ist die Vereinbarung über die künftige Unabhängigkeit Namibias, d.h. die Durchführung der UN-Resolution Nr. 435 aus dem Jahre 1978, in der als Voraussetzung für ein unabhängiges Namibia der Abzug Südafrikas und die Durchführung von freien und geheimen Wahlen unter internationaler Überwachung festgehalten ist.

Angola, Kuba und Südafrika vereinbarten:

„A. Die Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen: Die Parteien sollen sich auf einen Termin für den Beginn der Verwirklichung der Resolution 435 einigen und diesen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vorschlagen.

B. Die Regierung von Angola und Südafrika sollen, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Resolution 435, mit dem Generalsekretär zusammenarbeiten im Hinblick darauf, die Unabhängigkeit Namibias durch freie und faire Wahlen zu garantieren, und auf jegliche Handlung zu verzichten, die die Durchführung der Resolution 435 vereiteln könnte.“ (3)

Trotz dieser, von allen drei Verhandlungsparteien unterzeichneten Vereinbarung ist äußerst zweifelhaft, ob Südafrika tatsächlich schnell aus Namibia abziehen wird und damit eine grundlegende Voraussetzung für die Unabhängigkeit Namibias schaffen wird. Südafrika hat die Teilnahme von Vertretern der von der UNO anerkannten namibischen Befreiungsorganisation SWAPO an den Verhandlungen verweigert. Die SWAPO hat die Verhandlungen zwar im Grundsatz begrüßt, aber für alle Verhandlungen, die Namibia betreffen, erneut ihre Beteiligung gefordert. (4) Ohne die Einbeziehung der Kräfte des Befreiungskampfes in die Vorbereitung der Unab-



Die südafrikanische Armee mußte sich nach Namibia zurückziehen, aber nicht nach Südafrika.

operieren. Damit war auch der Nachschub für die südafrikanischen Soldaten in Angola unmöglich geworden. Im Herbst letzten Jahres eröffneten dann die angolanisch-kubanischen Truppen eine erneute Offensive gegen die von den USA und Südafrika unterstützte Unita. Nur durch die massive Unterstützung von etwa 1000 südafrikanischen Soldaten mit schwerer Artillerie wurde eine Niederlage der Unita verhindert. Im März dieses Jahres stießen erneut etwa 2000 südafrikanische Soldaten ins Innere Angolas vor, um die Unita zu unterstützen. Diese Soldaten sind beim Kampf um den Flughafen in Cuito Cavanale, etwa 300 km entfernt von der namibischen Grenze und über 2000 km entfernt von Südafrika, eingeschlossen worden. Ein Rückzug wäre ihnen nur unter schweren Verlusten an Soldaten und un-

nere Lage der Siedlergesellschaft ist diese militärische Niederlage äußerst bedeutsam. Der Mythos der vollständigen Überlegenheit, der die Siedlergesellschaft zusammenhielt, ist zumindest angeschlagen. Die Siedlergesellschaft muß nicht nur die immensen Kosten des Krieges gegen die Frontstaaten aufbringen, sondern zunehmend auch Menschenleben lassen. (1)

Doch nicht nur die militärische Lage in Angola hat sich geändert. Auch in Namibia hat der Befreiungskampf bedeutende Fortschritte gemacht. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich konsolidiert, die Minenarbeitergewerkschaft die Anerkennung durch die größte Bergwerksgesellschaft in Namibia erzwungen. Der Streik der Schüler gegen die Anwesenheit der südafrikanischen Armee an Schulen und in ganz Namibia

hängigkeit wird jedoch keine tatsächliche Befreiung Namibias stattfinden können. Auf ein Schreiben von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar an die SWAPO hat sich die SWAPO bereit erklärt, ebenfalls den für Ende August vereinbarten Waffenstillstand einzuhalten — aber nur unter der Bedingung, daß auch die südafrikanischen Truppen keine Aggressionen gegen SWAPO-Kämpfer ausüben.

Vertreter der südafrikanischen Regierung, Ende August zuletzt der südafrikanische Militärminister Malan, haben seit Beginn der Verhandlungen mehrfach hervorgehoben, daß Südafrika keine SWAPO-Regierung in Namibia dulden werde. Ministerpräsident P. W. Botha erklärte im südafrikanischen Parlament am 24. August, daß keiner zu hohe Erwartungen in die Verhandlungen über Namibia hegen solle. (5) Südafrika baut

den von ihm beanspruchten Hafen Walvis Bay an der namibischen Küste zu einem Militärstützpunkt aus, in dem 10000 Soldaten Platz haben sollen. Absehbar ist, daß die Imperialisten nun Wege suchen, um die militärische Schlappe Südafrikas auszugleichen. Zeitgleich mit dem Abzug der südafrikanischen Soldaten aus Angola führten die USA gemeinsame Manöver mit Zaire an der Nordgrenze Angolas durch. Sie hinterließen nach Abschluß der Manöver große Waffenlager für die Unita, die jetzt von Norden aus nach Angola einfällt und die angolanischen Erdölförderungsstätten in Cabinda bedroht. Zudem diskutiert die südafrikanische Armeeführung die Anschaffung eines neuen Radar- und Spionagesystems, das sie in die Lage versetzen soll, Truppenbewegungen in Angola zu beobachten. Dieses System stammt aus der BRD und soll über



Unita-Chef Savimbi in Bonn — die Unita kämpft mit westlicher Unterstützung.

SWAPO: Keine großen Hoffnungen

Für die Durchführung von Resolution 435 gibt es eine Reihe von Sachverhalten, die noch äußerst unklar sind, wie z.B. ein südafrikanischer Truppenabzug aus Namibia nicht über den Orange-Fluß nach Südafrika, sondern nach Walvis Bay, was auch die derzeitigen Marinemanöver bzw. den rapiden Aufbau von militärischen Infrastrukturen im Hafen selbst erklären würde. Darüber hinaus hat Südafrika in den vergangenen Jahren durch die Schaffung der Territorialstreitkräfte versucht, den Krieg in Namibia zu namibisieren, eine Bürgerkriegssituation zu schaffen; nicht zuletzt im Hinblick auf eine mögliche Unabhängigkeit Namibias, um eben ein gleiches Destabilisierungswerkzeug in Namibia zu haben, wie es z.B. die Unita in Angola oder die Renamo in Mosambik ist.

Ein weiterer Beweggrund, die Territorialstreitkräfte in Namibia zu gründen, war sicherlich die Tatsache, daß Südafrika zunehmende Verluste von weißen Soldaten in Namibia und in Angola erlitten hat, eine für den südafrikanischen Staat — politisch, intern — untragbare Situation; deshalb wollte man einen Stellvertreterkrieg schaffen. Diese Taktik ist nur sehr bedingt erfolgreich gewesen ...

Man muß sich vor Augen halten, daß die Armee des Apartheidstaates in Namibia und Angola auf der einen Seite zunehmendem militärischen Druck unterworfen wird, auf der anderen Seite dieser Apartheidstaat und seine Armee vor dem Problem steht, daß diese Stellvertreterarmee, die sie sich da geschaffen hat, den Krieg in Namibia nicht mit der gleichen Kompetenz führt wie sie selbst. Mit der Konsequenz, daß weiter weiße südafrikanische Soldaten mit den

Territorialstreitkräften in Angola und in Namibia kämpfen und sterben müssen, was intern in Südafrika ... problematisch ist.

Die SWAPO beurteilt die Situation zu diesem Zeitpunkt vorsichtig optimistisch, ein großes Maß von Skepsis ist sicher angebracht, vor allem wenn man sich überlegt, wie oft Südafrika hinsichtlich Namibias verhandelt hat; das erste Mal war 1978, als sie die Resolution 435 akzeptiert haben. Möglicherweise hätte dieser Unabhängigkeitsplan für Namibia schon durchgeführt werden können — 1978, 79 oder auch 80 — aber dann sind die Demokraten in den USA abgelöst worden, ist Reagan in den USA ins Weiße Haus eingezogen und eine weitere Verzögerungstaktik, die Junktim-Frage der kubanischen Truppen in Angola, wurde geschaffen. Damit hatte man dann ein Argument in der Hand, welches die Unabhängigkeit und die Durchführung von Resolution 435 bis heute verzögert hat.

1981, 1984 haben wiederum Verhandlungen stattgefunden, in Genf, in Lusaka, die eben wegen dieses Junktims zu keinerlei Resultat geführt haben.

Ich glaube, die Situation hat sich heute im Gegensatz zu damals verändert. Weil der ökonomische Druck vorhanden ist, weil der militärische Druck auf das Regime sehr stark zugenommen hat, aber auch weil es die Unsicherheit hinsichtlich der amerikanischen Präsidentschaftswahlen gibt, weil die Südafrikaner sich darüber im klaren sind, daß es niemals wieder eine Regierung in den USA geben wird, die so unterstützend für das Regime sein wird wie die Reagan-Administration.

Auszug aus einem Interview von „informationsdienst südliches Afrika“ Nr. 5/88 mit Hanno Rumpf, Information Officer der SWAPO in der BRD.

Großbritannien an Südafrika geliefert werden. (6)

Quellen: (1) African Confidential v. 15.7.88; (2) issa Nr. 5/88, New African, Oktober 1988, Southscan v. 27.7.88; (3) Europäische Wehrkunde Nr. 9/88; (4) Namibian, 15.7.88; (5) Namibian, 25.8.88, Citizen, 25.8.88; (6) African Confidential v. 15.7.88 — (uld)

Belgien

Stimmengewinne der Faschisten

Wichtigstes Ergebnis der belgischen Kommunalwahlen am 12. Oktober sind die starken Stimmengewinne der faschistischen Partei „Flamischer Block“. In Antwerpen konnte der „Flamische Block“ seinen Stimmenanteil gegenüber den letzten Kommunalwahlen von 5,2% auf 17,7% steigern. Mit zehn Sitzen im Gemeindeparkament von Antwerpen (bisher 2) ist diese faschistische Partei damit drittstärkste Partei nach den Sozialisten (28,8%, 17 Sitze) und den Christdemokraten (20%, 12 Sitze). Die belgischen Grünen (AGALEV/ECOLO) kamen in Antwerpen auf 9,2% (+1,9%) und 5 Sitze.

Auch in anderen Städten gewannen die Faschisten deutlich an Stimmen, so in Gent (5,2%, 2 Sitze) und Mechelen (8,6%, 3 Sitze). Die flamische „Volksunie“, eine flamisch-nationalistische Partei, mußte dagegen starke Verluste hinnehmen, so daß anzunehmen ist, daß viele Wähler dieser Partei nun erstmals für den „Flamischen Block“ stimmten.

Die „Volksunie“ hatte in den Wahlen wie in den vergangenen Jahren für die „Wahrung der flamischen Autonomie und Sprachenrechte“ im belgischen Staat geworben. Der „Flamische Block“ war dagegen offen rassistisch und faschistisch aufgetreten. Eine seiner Hauptfor-

derungen war die Ernennung eines „Reierungsbeauftragten für Einwandererfragen“, der für die Abschiebung aller nicht aus der EG stammenden Ausländer sorgen solle.

Erstmals seit mehreren Jahren mußten auch die regierenden Christdemokraten keine Stimmenverluste hinnehmen. Die Liberalen erlitten zwar im wallonischen Landesteil Verluste, konnten aber im flämischen Teil dazugewinnen. Die Position des christdemokratischen Premierministers Martens sei durch die Wahlen gestärkt, urteilte die westdeutsche „Welt“ am 11.10.

Die belgischen Grünen konnten sich nur leicht verbessern. Sie blieben in fast allen größeren Städten schwächer als die Liberalen, in Antwerpen und Mechelen sogar schwächer als die Faschisten.

Auch die revolutionäre „Partei der Arbeit“ (PvdA) erlitt Verluste. In Antwerpen fiel sie von 8985 Stimmen (2,8%) bei den letzten Gemeinderatswahlen auf 5827 Stimmen (1,9%). Die PvdA hatte schon im Wahlkampf ein Propagandaverbot gegen faschistische Organisationen verlangt (ein entsprechendes Gesetz ist schon in Kraft, nur wenden die Staatsorgane es nicht gegen den „Flamischen Block“ an). Nach dem Ausgang der Gemeindewahlen ruft die PvdA nun zur Bildung einer antirassistischen Einheitsfront auf und will gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften ihre Kampagne für das Wahlrecht für Ausländer verstärken.

Quellenhinweis: Solidair, Zeitung der PvdA, 12. 10.88; De Standaard, 10.10.88; Het laatste Nieuws, 12. und 13.10.88 — (rül)

Schweiz

Maßnahmen gegen Asylsuchende

Der Flüchtlingsdelegierte Peter Arbenz, höchster schweizer Beamter für Asylfragen, hat zusammen mit der für das Innere zuständigen Bundesrätin Elisabeth Kopp das Asylverfahren in der Schweiz verschärfen lassen. Seit dem 15. Oktober werden Asylgesuche sofort vom Amt für Flüchtlingswesen erfasst. Eine bisher der zentralen Prüfung vorgesetzte kantonale Erstbefragung entfällt. Gewollter Effekt: Schnellere Abfertigung und vor allem höhere Ablehnungsraten. Außerdem werden künftig „illegal“ eingereiste Asylbewerber in abgelegene Gegenden verfrachtet: ein Arbeitsverbot durch die Hintertür. So will der Staat Gerichtsentscheidungen umgehen, denen zufolge eine Einreise von Flüchtlingen über die „Grüne Grenze“ nicht strafbar ist. Laut Asylgesetz darf Arbeitsverbot jedoch nur bei Gesetzesverstößen verhängt werden. Schließlich will die schweizer Regierung durchsetzen, daß Italien und Österreich für türkische Staatsangehörige einen Vi-

sumzwang einführen, um Menschen aus der Türkei den Zugangsweg zu den schweizer Grenzen zu verbauen.

Zielstrebig hatten Kopp und Arbenz in den Wochen vor Bekanntgabe der Verschärfungen die Stimmung gegen Asylbewerber angeheizt, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ganze vier Promille beträgt. Um 47% habe die Zahl der Antragsteller 1988 gegenüber dem Vorjahr zugenommen, erklärte der Flüchtlingsdelegierte, die Kantone verfügen über keine Unterkünfte mehr für die Geflohenen. Gezielt wurden Flüchtlinge im Land herumgeschoben. Im September kündigte das Amt für Flüchtlingswesen an, es werde 500 Asylbewerber aus der Türkei in Militärbarracken in der Nähe eines abgelegenen Bergdorfes unterbringen. Dessen 340 Einwohner fühlten sich dann auch nach Plan bedroht und lieferen Arbenz die gewünschten Stichworte, die von den reaktionären Medien genüßlich kolportiert wurden: „Grenze zu!“, „Ausschaffen!“.

Der schweizer Staat bereitet mit diesen Verschärfungen die dritte Revision des seit 1981 gültigen Asylgesetzes vor, die laut Arbenz spätestens 1995 über die Bühne gegangen sein soll. Das Gesetz bietet der Bourgeoisie noch immer zu wenig Handhaben, um Flüchtlinge straflos zu übelsten Bedingungen ausbeuten zu können. So gibt es im Gegensatz zur BRD beispielsweise keine Beschränkungen beim Familiennachzug. Auch daß Arbeitsverbote nicht generell und nur für drei Monate verhängt werden können, ist dem Flüchtlingsdelegierten ein Dorn im Auge. Schließlich will er eine Kontingentierung: eine Höchstzahl jährlicher Einreisen von Arbeitsemigranten und Flüchtlingen soll gesetzlich festgeschrieben werden.

Der Widerstand gegen die staatliche Asylpolitik tut sich gegenwärtig schwer. Die zahlreichen örtlichen Flüchtlingsinitiativen und Asylgruppen reiben sich häufig im Einsatz für einzelne Personen oder Familien auf, ein Gesamtkonzept für den Kampf um die Verteidigung des Asylrechts fehlt bislang. Anfang Oktober haben Vertreter der Asylbewegung auf einer Pressekonferenz einen Vorschlag unterbreitet, der Fortschritte bringen könnte. Sie wollen die Bewegung darauf orientieren, für eine strikte Einhaltung des „Non-Refoulement“-Prinzips (Verbot der Abschiebung in Verfolgerstaaten) einzutreten, wie es Artikel 33 der von der Schweiz ratifizierten internationalen Flüchtlingskonvention vorschreibt. Danach darf kein Flüchtling in Länder ausgewiesen werden, „in denen sein Leben oder seine Freiheit“ wegen staatlicher Verfolgung bedroht sein würde. Die Gewährung von Asyl, so die Überlegung der Initiatoren, ist so etwas wie eine Rechtswohltat, „Non-Refoulement“ wäre staatliche Pflicht.

Quellenhinweis: WoZ Nr. 37, 16.9.88, Nr. 39, 30.9.88, Nr. 40, 7.10.88 — (jüg)

Jugoslawien

Serbischer Nationalismus

Seit Wochen reißen die Meldungen nicht ab über Demonstrationen und Streiks in allen Regionen Jugoslawiens, v.a. aber in der Republik Serbien. Der Vorsitzende des BdKJ Serbiens, Milosevic, spielt eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung serbischen Nationalgefühls in Verbindung mit einer Kritik an der Regierungsmehrheit wie auch an vielen ZK-Mitgliedern. So kritisiert er u.a. die Politik der Schuldenrückzahlung und fordert eine härtere Linie gegenüber dem IWF. Geschickt greifen er und seine Anhänger die berechtigten scharfen Pro-



Demonstration für serbische Vorherrschaft im Oktober in Novi Sad.

teste der Werktätigen und der vielen Arbeitslosen gegen die rapid sinkenden Löhne und die immer schlechter werdende Lebenslage auf und verbinden sie mit großserbischen Forderungen. Gerade im Süden Jugoslawiens, eben auch in der Republik Serbiens, führt die Krise, in der Jugoslawien seit Jahren steckt, zu verheerenden Auswirkungen. Eine Ursache dafür ist eine falschen Entwicklungspolitik schon zur Regierungszeit von Tito. Hochmoderne Werke, für die dann Facharbeiter aus den nördlichen Republiken einwandern mußten, und kaum Initiativen, um die oft noch rückständig betriebene Landwirtschaft schrittweise zu modernisieren, führten zu hoher Arbeitslosigkeit, Landflucht etc., gerade auch in der autonomen Provinz Kosovo in der Republik Serbien (1,4 Mio. Albaner, 200000 Serben).

Im Kosovo herrscht seit 1981 Kriegsrecht, zeitweise etwas gemildert. Aber ständig sind Miliz- und Polizeitruppen aus anderen Regionen Jugoslawiens dort

stationiert. Das Kriegsrecht wurde 1981 nach großen Demonstrationen und Streiks verhängt, in denen die albanische Bevölkerung forderte, die nach der Verfassung von 1974 autonome Provinz Kosovo solle noch größere autonome Rechte bekommen. Natürlich entlud sich der Haß der albanischen Bevölkerung über die v.a. serbische Bevormundung auch gegen die Serben, die in Kosovo lebten oder leben. Viele von ihnen haben Kosovo schon verlassen. Diese, wie auch Serben in der Provinz Vojvodina, in der eine große ungarische Minderheit siedelt, mobilisiert nun Milosevic für großserbische Forderungen: Die Verfassung von 1974 soll geändert werden und die autonomen Rechte in diesen Republiken sollen abgeschafft werden. Die Serben aus Kosovo stellen sich als verfolgte Minderheit dar, und großserbisches historisches Erbe soll dann als Legitimation zur Unterdrückung der albanischen oder ungarischen Bevölkerung herhalten. So schlugen die christlichen Serben auf dem im Kosovo gelegenen Amsfeld die Türken, und offensichtlich soll ähnlich europäischer Chauvinismus heute gegen die überwiegend islamische albanische Bevölkerung mobilisiert werden.

Milosevic greift viel Kritik und Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf. Als Beispiel sei hier ein junger Mann in Belgrad zitiert, ein Anhänger Milosevics: „Tito meinte, nur ein schwaches Serbien sei gut für Jugoslawien. Milosevic kämpft für ein starkes, einiges Serbien. Und wenn Serbien stark ist, ist das auch gut für Jugoslawien!“ (1) Das habe mit Nationalismus nichts zu tun: „Wir wollen Arbeitsplätze, gerechten Lohn. Ich will so leben wie andere Jugendliche auch in Paris, in Frankfurt.“ (1)

Bedenklich sind nicht nur die nationalen Ziele, sondern die Methoden, wie Milosevic dies in Serbien umsetzt: Verbot kritischer Presse in Belgrad und eine steigende Anzahl von Verhaftungen von Kritikern seiner Politik

Quellen: (1) Stern 43/88, SZ, Danas im Oktober 88. — (lsc)

USA

Traubenboykott gegen Pestizide

Am 15. September wurde Dolores Huerta, Vizepräsident der United Farm Workers (Gewerkschaft der Landarbeiter), in San Francisco von der Polizei zusammengeschlagen. Sie befand sich unter etwa 1000 Demonstranten gegen Vizepräsident Bush's Wahlauftritt in San Francisco. Bush hatte am Tag zuvor erklärt, er sei nie ein Freund des Traubenboykotts der Gewerkschaft gegen giftige Pestizide gewesen. Seine Wahlkampfmanager stellen ihn allerdings gern als Umweltschützer dar.

Von den Großen in der Politik hat hauptsächlich Jesse Jackson den Gewerkschaftsprotest gegen Vergiftung unterstützt. Vom 16. Juli bis 21. August hat Cesar Chavez, berühmt für den kalifornischen Traubenboykott in den 60er Jahren, der u.a. zum Verbot von DDT führte, mit einem Hungerstreik die Aufmerksamkeit auf einen neuerlichen Traubenboykott der Gewerkschaft gelenkt. Verbot von fünf besonders giftigen Pestiziden fordert die Gewerkschaft. Diese Stoffe sind nicht nur immens gesundheitsschädlich für die Landarbeiter, sondern auch für die Konsumenten, da Spuren der Gifte in den Tafelfrüchten landen. Der Boykott von Tafeltrauben hat landesweite Unterstützung bei anderen Gewerkschaften, Kirchen- und Gemeindegruppen gefunden. 6000 Landarbeiter und andere waren da, als Chavez, Präsident der Gewerkschaft, am 21. August aus gesundheitlichen Gründen seinen Hungerstreik abbrach. Unter anderen haben Jesse Jackson und verschiedene Schauspieler von Film und Fernsehen sich bereit erklärt, den Protest durch jeweils dreitägige Hungerstreiks aufrechtzuerhalten.

Seit 1940 ist die Anwendung von Pestiziden um mehr als das Zehnfache an-

gestiegen. Etwa 50% aller gemeldeten Vergiftungen unter Landarbeitern werden durch Pestizide verursacht, die in der Traubenproduktion angewendet werden. Die Mehrzahl aller Pestizide kam auf den Markt, bevor die US-Bundesregierung Untersuchungen dieser Produkte auf ihre Gesundheitsschädlichkeit verlangte. Erst seit 1972 gibt es ein entsprechendes Gesetz. Die beauftragte Agentur hat immer noch mehr als 600 Produkte, die auf dem Markt sind, zu untersuchen. Für durchschnittlich 25 Produkte pro Jahr legt die Agentur Untersuchungsergebnisse vor. Es wird also noch 25 Jahre dauern, bis die 600 Gifte auf der derzeitigen Liste untersucht sind. Mit Verboten ist sie noch vorsichtiger, sieht das Gesetz doch vor, daß bei einem Verbot einer Substanz die Kapitalisten entschädigt werden müssen. Auch der Kongreß, dem ein Änderungsgesetz für schärfere Kontrolle vorliegt, läßt sich Zeit. Der Änderungsentwurf enthält noch nicht einmal Bestimmungen zum Schutz der Landarbeiter. In welchem Ausmaß Konsumenten den Aufruf der Landarbeitergewerkschaft zu einem landesweiten Boykott von Tafeltrauben befolgt haben, ist derzeit noch nicht abzusehen. — (her)

Indien

Revolutionäre Bewegungen auf dem Lande

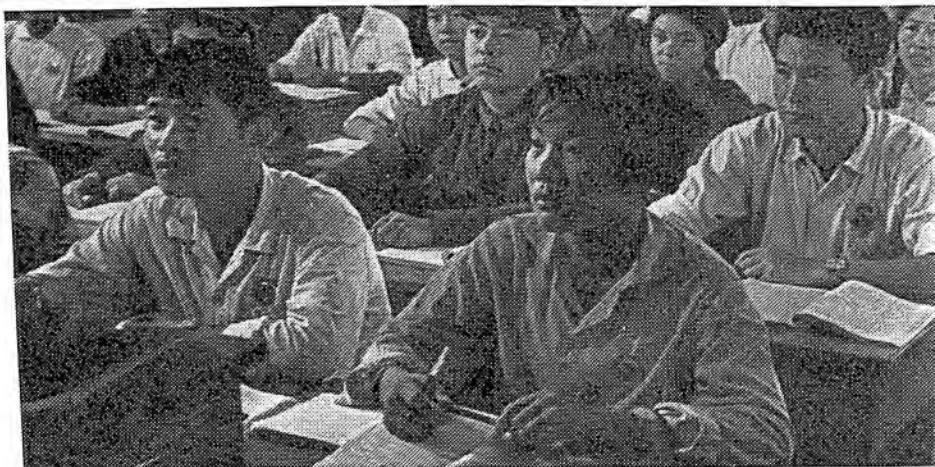
In Indien gibt es über ein Dutzend Organisationen, die auf einer revolutionären Grundlage unter der Landbevölkerung arbeiten. Die meisten haben ihre Basis bei den Adivasis, den indischen Ureinwohnern, und arbeiten in unzugänglichen Gebieten. Grundlegend ist vor allem die militante Bekämpfung der Abhängigkeit der armen Bevölkerung von

Kreditgebern und Großgrundbesitzern sowie der staatlichen Eingriffe.

Die geographische Isolation und die politischen Differenzen unter den einzelnen Organisationen führen zu einer uneinheitlichen Entwicklung. Der Kampf für Land und Minimalrechte hat aber in bestimmten Teilen des Landes zu einer bewußten Bewegung unter den Adivasis



Frauen beim Straßenbau. Adivasi-Organisationen wenden sich gegen die Kinderarbeit und mehrfache Ausbeutung der Frauen.



Mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung trägt die chinesische Regierung der wachsenden Arbeitslosigkeit in der VR China Rechnung. Die Zahl der Menschen mit Arbeit ist von 1982 auf 1986 um fast neun Millionen gesunken. Die Gründe für die steigenden Arbeitslosenzahlen sind zahlreich: Seit ein paar Jahren sind Millionen aufs Land verschickte Jugendliche wieder zurückgekehrt; Betriebe können „überzählige“ Arbeiter entlassen bzw. Konkurs machen; die Landwirtschaftspolitik vertreibt arme Bauern vom Land. Ein weiterer Grund ist die Verbreitung des Zeitarbeitssystems: Nach Ablauf der Zeitverträge sind die Arbeiter ohne Arbeit und Brot. In die Versicherung sollen die Betriebe 1% ihrer Lohnsumme einzahlen. — (scc)

Österreich propagiert EG-Beitritt — in Prawda!

Die in deutscher Sprache erscheinende Prawda bot am 13.10. der EG-Beitritts-Propaganda des österreichischen Wirtschaftsforums der Führungskräfte eine Plattform: „Von Österreichs Beitritt werden ... auch Drittländer wie beispielsweise die Staaten des RGW profitieren ... Die immerwährende Neutralität wird ... nicht betroffen, im Gegen teil, die Mitwirkung schafft größere Unabhängigkeit, da Österreich wirtschaftlich stärker wird.“ Dabei richtet sich der Beitritt gegen die UdSSR, er verletzt den Friedensvertrag der Anti-Hitler-Koalition mit Österreich, der Österreich Neutralität aufzwingt und jegliche Form des Anschlusses an Deutschland verbietet.

Ist die Veröffentlichung ein Signal, daß die UdSSR auf dem Vertrag nicht beharrt, ist Besorgnis angebracht. — (scc)

Zaire muß Kolonialmacht entschädigen

Die Regierung Zaires soll die nach Erringung der Unabhängigkeit teilweise enteigneten belgischen Kolonialisten entschädigen. Die belgische Zeitung „Gazet van Antwerpen“ meldete dies am 15.10. als Ergebnis der diesjährigen Tagung der „Großen gemeinsamen Belgisch-Zairischen Kommission“. 170 Millionen bfr., das entspricht über 8 Mio. DM, sollen noch in diesem Jahr an ehemalige Kolonialgesellschaften und Siedler von der Regierung Zaires gezahlt werden. — (rül)

Gorbatschow „reformiert“ Kollektivwirtschaft

Auf einer vom ZK der KPdSU am 12. Oktober durchgeführten Konferenz über „Reformen in der Landwirtschaft“ machte sich Generalsekretär Gorbatschow für die zumindest teilweise Reprivatisierung der Landwirtschaft stark. Die Förderung der Privatproduktion sollte „Effizienz“ in der Landwirtschaft sicherstellen und die Versorgungskrise lösen. Dazu kündigte Gorbatschow ein Pachtgesetz an, das die Verpachtung von Land an interessierte Bauern für einen Zeitraum bis zu 50 Jahren regeln und Garantien für die zur privaten Nutzung überlassenen Produktionsmittel geben soll. Schon auf dem ZK-Plenum im Juli hatte Gorbatschow von der „immensen Befriedigung“ geschwärmt, die die Privatproduktion dem Pächter verschaffe, indem sie ihm die Möglichkeit gebe, „seine Fähigkeiten in der Praxis zur Geltung zu bringen“ und seine „Talente als Landwirt“ zu entfalten. (Sowjetunion heute, 8/88) Noch sind viele Fragen offen. Doch scheint, daß Gorbatschow die Kollektivwirtschaft stark einschränken und Formen von Privateigentum fördern will. So sprach er im Juli davon, daß es gelte, „die Pachtformen der Agrarwirtschaft im Lande weitgehend zu verbreiten“, und auf der jetzigen Konferenz kündigte er der Neuen Zürcher Zeitung vom 16./17.10. zufolge an, die Bauern von „bloßen Tagelöhnen“ wieder zum Besitzer ihres Bodens machen zu wollen. Sicher ist, daß Reformen dieser Art die soziale Differenzierung auf dem Land vorantreiben und Landflucht verstärken werden. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Gorbatschow Widerstände zugeben mußte, die lokale Parteidächer bisher der Ausweitung der Pachtbeziehungen in den Weg legten. — (scc)

geführt mit der Folge, daß die indische Regierung und lokale Regierungen den Stämmen Zugeständnisse machen. Aus einem Bericht eines britischen Anthropologen (zit. nach NZZ, 18.5.88) geht hervor: „... in Srikakulam, dem vom Naxaliten-Aufstand am stärksten betroffenen Distrikt (Andhra Pradesh), ist sich die Stammesbevölkerung ihrer Rechte bewußt geworden. Dort sind die Regierungsbeamten sehr vorsichtig, damit sie sich nicht die Abneigung der Stämme wegen illegaler Abgaben zuziehen; denn die Adivasis sind nun selbstsicher genug, dieser Art der Repression zu widerstehen.“

Über eine dort arbeitende kommunistische Organisation wollen wir im folgenden berichten auf der Grundlage eines Gespräches mit einem führenden Vertreter von Kashtakari Sanghatna (Organisation der werktätigen Massen) und entsprechenden Dokumenten dieser Organisation

K.S. arbeitet in Maharashtra, nordwestlich von Bombay; das Gebiet wird vor allem vom Stamm der Warli bewohnt. Die Organisation hat sich offiziell 1978 dort gegründet. Über Lebensbedingungen der Adivasis bei Gründung der Organisation, z.B. in einem Dorf des Thane-Distrikts: „Die Einwohner von Gangangaeon sind größtenteils Warli. Es finden sich auch einige verstreute Kattkaris und einige Kokonas. In der Isolation des Dorfes führen die Adivasis ein Randgruppensein, abgeschnitten von den Hauptschlagadern, eingeschlossen mit ihren niedrigen Lebensbedingungen. Bedingungslos und furchtvolle, wie ihre Vorfahren vorher, haben sie ihr Land durch Gewalt und Betrug verloren. Sie waren Opfer der kleinlichen Tyrannie der Regierungsbeamten, der Erpressung und Ausbeutung durch die Landlords und Geschäftsleute, Pfänder in der Hand der politischen Parteien. Gedrückt in Schuldnechtschaft und Alkoholismus,

ein Volk zum Gehorsam gezwungen, eine Gemeinschaft, die mundtot gemacht und ihrer Stimme beraubt ist.“ (aus einem Bulletin von K.S.)

Aus dieser Lage heraus entwickeln die Organisationen ihre Forderungen und Kämpfe: Kampf gegen das Herrschaftssystem; Erklärung ihrer Rechte als Menschen; Kampf gegen die Abholzung und mißbräuchliche Nutzung der Wälder; Kampf für das Land und gegen den Schuldendienst; Kampf um Minimallöhne, Beschäftigungsgarantien, gegen Korruption; Kampf gegen Alkoholismus und Analphabetentum.

K.S. ist Mitglied in einem losen Zusammenschluß anderer Dalit-Organisationen (Organisationen der untersten indischen Bevölkerungsschichten) und beteiligt an entsprechenden Aktionseinheiten. Gleichwohl ist der Vertreter von K.S. der Meinung, daß K.S. keine Parteiorganisation darstelle und derartige Ansprüche nicht erhebe.

Peru: Generalstreik gegen brutales Sanierungsprogramm

Mehr als 600 Verhaftete und ein Toter lautet die Bilanz der Polizeieinsätze gegen den jüngsten Generalstreik, zu dem der Gewerkschaftsbund CGTP und linke Organisationen aufgerufen hatten. Nach Angaben des CGTP wurden 95% der Geschäfte und Betriebe bestreikt, um Forderungen nach Lohnerhöhungen, insbesondere die Verdoppelung des gesetzlichen Mindestlohnes von umgerechnet derzeit ca. 50 DM/Monat und die Wiedereinführung von Lebensmittelsubventionen durchzusetzen. — (sie)

Frankreich: Lohnkämpfe im Öffentlichen Dienst

Die heftigen Lohnauseinandersetzungen vor allem im öffentlichen Dienst Frankreichs dauert an. Nach den Polizisten, den Fluglotsen und den Gefängniswärtern Frankreichs, die nach zahlreichen Streiks und Demonstrationen Gehalts erhöhungen, zusätzliche Prämien oder neue Stellen durchsetzen, streiken jetzt die französischen Postbeschäftigte und das Pflegepersonal in den öffentlichen Krankenhäusern. Unter der vorangegangenen konservativen Regierung waren in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Dienstes drastisch Stellen abgebaut, allein 16000 bei der Post seit 1985, und die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehrfach gesenkt worden. Ein Lohnangebot der sozialistischen Regierung, das für die meisten Lohnabhängigen in den öffentlichen Krankenhäusern nominale Lohnerhöhungen zwischen umgerechnet 180 bis 235 DM bedeutet hätte, wies der Koordinierungsausschuß der Krankenschwestern als ungenügend zurück und beschloß stattdessen, den Streik unvermindert fort-

zusetzen. In den Verkehrs- und Versorgungsbereichen stehen der französischen Regierung ebenfalls in der nächsten Zeit Streikkämpfe und andere Protestaktionen der dort beschäftigten Lohnabhängigen gegen Lohnsenkung, Stellenabbau und Rationalisierung bevor. — (sie)

Zimbabwe: Fortschritte in der Landwirtschaft

OAU und FAO vergeben seit zwei Jahren einen Preis an afrikanische Regierungen für erfolgreiche Landwirtschaft. In diesem Jahr ist dieser Preis auf Drängen der OAU an Zimbabwes Minister-

präsident Mugabe vergeben worden. Die 100000 US-Dollar sollen für das Siedlungsprogramm verwendet werden. Zimbabwe erhält den Preis, weil das Land „die größten Erfolge in der Landwirtschaft des Kontinents“ aufweise. Der Sieg über das Siedlerregime hat große Fortschritte in der Landwirtschaft ermöglicht. Die afrikanischen Bauern haben ihren Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion seit 1980 von zehn auf 64% gesteigert, die Bedeutung der von Siedlern betriebenen Großfarmen geht zurück. Die Ernten der Kleinbauern und Gemeindefarmen stiegen seit der Befreiung 1980 um das Zehnfache. — (uld)



Am 14. Oktober erklärte Bernard Ominayak, Häuptling der Lubicon Cree in Alberta, Kanada, die Verhandlungen mit dem Premierminister von Alberta, Don Getty, für gescheitert. Einen Tag später haben die 477 Lubicon Cree die vier Zufahrtsstraßen zu einem 10000 km großen Waldgebiet besetzt und sich für unabhängig von Kanada erklärt. Sie fordern von den Ölgesellschaften und Trophäenjägern Gebühren für Zutritt und Nutzung ihres Landes. Den Lubicon Cree wird von der Regierung der Anspruch auf ein Reservat verweigert. Seit zehn Jahren haben die Ölgesellschaften das Land verwüstet und die Lebensgrundlagen der Lubicon Cree vernichtet. Trotz der Aufmerksamkeit, die die Lubicon Cree im letzten Winter mit der Forderung nach Olympiaboykott erzielten, sind die kanadischen Behörden nicht konzessionsbereit. — (mfr)

In diesem Zusammenhang beantwortet er die Frage nach dem Verhältnis zu den anderen kommunistischen und linken Organisationen und Parteien in Indien: „Wenn Ihr über linke Parteien spricht, da gibt es zuerst die nationalen Parteien. Die nationalen Parteien wären die CPI und die CPI/M. Als politische Kraft ist die CPI/M entscheidend. Dann gibt es die linken Parteien, die in einigen Bundesstaaten arbeiten . . . Unser Verhältnis zur lokalen kommunistischen Partei hier (in Maharashtra) ist eng, es ist eine Zusammenarbeit, um gemeinsam die Massenkämpfe zu entwickeln und zu unterstützen. Zu unserer politischen Linie bezüglich der ganzen Nation: Die revolutionäre Führung in den ländlichen Gebieten haben die Landarbeiter. Diese Position hat auch die Kommunistische Partei (in Maharashtra). Es gibt eine andere Partei, die allerdings nicht in Maharashtra arbeitet (Revolutionäre Sozialistische Partei), die wir in der Linie unterstützen.“

Die CPI ist heute eine sehr schwache revolutionäre Kraft in Indien . . .“ Es habe vor einigen Jahren bewaffnete Überfälle von Mitgliedern der CPI/M auf Mitglieder der K.S. gegeben, berichtet der Vertreter; inzwischen habe sich aber punktuell eine Zusammenarbeit entwickeln können. Die direkten bewaffneten Angriffe des Staatsapparates über Polizeistationen haben auch abgenommen. Es komme aber immer wieder zu Übergriffen, und die Adivasis müßten ihre Positionen weiter verteidigen.

Die Bernühungen und spontanen Aktionen hatten zum Ergebnis, daß Rechte anerkannt werden mußten und daß die Armen Wiedergutmachungen von den Landlords und Geldverleihern einfordern konnten. Diese Kämpfe ergaben: Rückerstattung von illegal genommenen Geldern der Armen; drastische Reduzierung von Krediten; größere Vorsicht auf Seiten der Geschäftsbesitzer.

Der Vertreter von K.S. ist der An-

sicht, daß bei allen Unterschieden zwischen den indischen Organisationen, die nicht den parlamentarischen Weg gehen, der marxistisch-leninistischen Organisationen insgesamt, immer mehr Menschen erreicht werden. Auch die Parteien wie die CPI/M verdankten ihre in den letzten Wahlen vergrößerte Basis der Bewußtseinsentwicklung der Armen.

Als Voraussetzung für eine weitere positive Entwicklung auf Seiten der revolutionären Linken sieht der Vertreter von K.S. aber die relative Unabhängigkeit der Massenbewegung. Es bestehen dort große Ängste, von althergebrachten Parteien vereinnahmt zu werden. Die Organisationen unter den Adivasis sind nach Ansicht von K.S. die einzige Garantie, daß die Projekte, die über Kredite der Weltbank finanziert werden (Abholzung der Urwälder, Staudamprojekte), auch wirksam bekämpft werden können, da die Ärmsten unter der Schuldenlast am meisten zu leiden hätten. — (cog)

Veröffentlichungen

Kapitalistenansprüche an die Kirche

Der zum BDI gehörende Deutsche Instituts Verlag hat es für nötig befunden, erstmals seit langen Jahren die Vorträge und Referate von Kapitalisten und führendem Unternehmenspersonal auf einem evangelischen Kirchentag zu veröffentlichen, obgleich bis jetzt auf jedem Kirchentag Vertreter der Kapitalisten gesprochen haben. Der Band enthält die

denn die Kapitalisten sind sowohl große Kirchensteuerzahler als auch in nicht geringem Umfang Spender. Gleichzeitig enthält der Band auch Beiträge über die Debatte um die Sonntagsarbeit und den Standpunkt der Kirchen dazu. Interessant ist, daß der Vertreter von Gesamtmetall den christlichen Anspruch auf Sonntagsruhe nicht zurückweisen kann und will, aber dem christlichen Publikum gleichsam die Pistole auf die Brust setzt: Wer nicht Sonntags arbeiten will — und dafür gebe es christlich begründet gute Gründe —, müsse aber doch bereit sein, den Anforderungen der Produktion zu anderen Tageszeiten und am Samstag



In der Zeitungsproduktion existiert schon jetzt anstrengende Dauernachtarbeit — auch für Frauen.

Reden von sechs Kapitalistenvertretern, die auf dem 22. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt gesprochen haben. Schwerpunkt ist die Debatte um Sanktionen gegen Südafrika. Er liefert insofern einige interessante Dokumente, weshalb westdeutsche Kapitalisten gegen vollständige und verbindliche Sanktionen gegen Südafrika sind. Der Vertreter der Deutschen Bank, gegen die sich die Aktionen des Kirchentags-Publikums u.a. richtete, vertrat die Auffassung, auch das Kreditgeschäft trage zur „friedlichen Überwindung der Apartheid“ bei. Die Beiträge enthalten deutliche Drohungen an die evangelische Kirche, daß die Kapitalisten die Geldschraube anziehen werden, wenn die Kirche in der Unterstützung der Befreiungsbewegung in Südafrika zu weit geht und etwa „revolutionäre“ Umtriebe unterstützte. Die Drohung ist durchaus wirksam.

nachzukommen. Er trägt vor, wie familienfreundlich flexible Arbeitszeiten in der Woche sind, weil sie die Teilzeitarbeit der Frau und entsprechende Absprachen zwischen den Eltern zur Versorgung der Kinder ermöglichen. Er fordert die Evangelische Kirche direkt auf, Druck auf die Kirchenmitglieder auszuüben, die Mitglieder in Gewerkschaften sind, damit der Widerstand gegen die Durchsetzung flexibler Arbeitszeiten gebrochen werden kann, indem die Arbeitszeitdebatte zum Thema der „Diskussion in der Gemeinde“ gemacht werden soll.

Birner, Em., Fischbach, Kraeter, Pathe (Hrsg.), Wirtschaft auf dem Kirchentag, Deutscher Instituts-Verlag, 19,80 DM. Bezug über: Librex-Buchvertrieb der deutschen Wirtschaft GmbH, Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 5000 Köln 51 — (uld)

Rente: 40% vom Nettolohn?

Mit „Vorschlägen zur Rettung des Systems der sozialen Sicherheit“ erörtert das Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V. und dessen Beirat — der „Kronsberger Kreis“ — den Abbau der Sozialleistungen. Die reaktionäre Denkanstalt will „... zu einem System kommen, in dem Eigeninteresse und Gemeinwohl wieder zur Deckung gebracht werden ...“ Gemeint ist die Senkung der Versicherungsleistungen; im wesentlichen für Lohnabhängige mit niedrigen Einkommen. Bei der Rentenversicherung z.B. schlagen sie zynisch eine extrem niedrige Mindestrente vor: „Um Vorsorge in Form von Kapitalbildung zu ermöglichen und das Rentensystem vom Arbeitsvertrag zu lösen, sollte das heutige System der beitrags- und lohnunabhängigen ... Rente in eine beitragsbezogene, lohnunabhängige ... Existenzsicherungsrente mit einem Nettorenten-Niveau von 40% des Durchschnittseinkommens nach 45 Versicherungsjahren überführt werden.“ Innerhalb von 40 Jahren soll durch Rentenerhöhungen, die 1,5% unter den Nettolohnerhöhungen liegen, die Rente auf 40% des Nettolohnes gesenkt werden! Für die Kapitalisten bedeutet die Senkung der Renten eine enorme Entlastung bei den Sozialabgaben.

„Das soziale Netz reißt“, Frankfurter Institut, Bad Homburg 1988. — (mal)

Bilanz der Ruhrkämpfe — Vergesellschaftung fordern?

Im isp-Verlag ist ein Taschenbuch erschienen, das die „Krise im Revier“ anhand einzelner, unterschiedlicher Beiträge behandelt. Zunächst der Kampf um die Krupp-Hütte in Rheinhausen. Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Stahlbetrieben des Reviers berichten über ihre Erfahrungen mit der SPD, den Gewerkschaften, der Solidaritätsbewegung. Es folgen zwei Beiträge zur Kommunalpolitik, einmal ein Interview mit zwei Mitgliedern des Arbeitskreises „Gelsenkirchen muß leben!“, dann eine Untersuchung, wie den Kommunen durch Bundes- und Landesgesetze immer mehr Lasten aufgebürdet werden. Mehrere Beiträge befassen sich mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet, wie die Lebens- und Arbeitsbedingungen an Konzerninteressen ausgeliefert werden und welche Positionen SPD, die GRÜNEN, die DKP und die Gewerkschaften zur Krise des Ruhrgebiets beziehen. Abschließend wird die Forderung nach „Vergesellschaftung“ diskutiert, wobei entscheidend für die Durchsetzbarkeit die „große Mobilmachung der Kräfte der IG Metall“ sei. Es gehe darum, die Vergesellschaftungsdiskussion in den Vordergrund der politischen Auseinan-

dersetzung zu rücken. Zu diesem Zweck sind die einzelnen Beiträge auch herausgegeben worden. Nun wird die Forderung nach Vergesellschaftung von verschiedenen politischen Kräften erörtert. Da aber im Buch eine annähernd systematische Auseinandersetzung mit „Vergesellschaftung“ erst am Schluß stattfindet, wird dem Leser das Verständnis des Buches recht schwer gemacht. — (ros)

Ausbildung — Kosten senken

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) veröffentlichte im Mai dieses Jahres — basierend auf seinen Erfahrungen mit neuen Ausbildungsordnungen — Forderungen an die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Industriebetriebe stellen oft nur noch Abiturienten zur Facharbeiterausbildung ein, Hauptschüler sind in der Regel für ungelernte Arbeiten vorgesehen: „Neue Formen der dualen Ausbildung ... gewinnen zunehmend an Bedeutung ... Ende 1982 hatten noch fast 50 Prozent der Auszubildenden Hauptschulabschluß, jetzt liegt die Zahl bei 37 Prozent. Dies bedeutet ..., daß die ... Leistungsfähigkeit der Bewerber gestiegen ist.“

Der DIHT klagt über Ausbildungsdefizite bei Facharbeitern v.a. in hochtechnisierten Fertigungsstätten. Die Kapitalisten verlangen Sofortmaßnahmen, um Ausbildungskosten zu senken: Konzerne und andere Firmen sind häufig genötigt, zur Steuerung komplizierter Maschinen und Anlagen entsprechend hochbezahlte Techniker und Ingenieure einzusetzen. Die Anforderungen des DIHT zielen erstens auf eine Ausbildung, die wieder „stärker an betriebliche Anforderungen orientiert“ wird: „Soviel Ausbildungswerkstatt wie nötig, soviel Betrieb wie möglich ... Auf die neuen Anforderungen hat auch die Berufsschule zu antworten ... durch ... Teilnahme von Ausbildern an Lehrerkonferenzen und Lehrern an Ausbilder-Arbeitskreisen ...“, und zweitens auf eine Ausbildung, die Ingenieure und Diplomingenieure in der Produktion überflüssig macht. Das erfordert qualifizierte Facharbeiter mit ständig neuen Kenntnisständen. Flexible Ausbildung ist das Schlagwort für die sogenannte permanente Weiterbildung, wobei Berufsschulen und betriebliche Ausbilder die Grundkenntnisse vermitteln und die „Lernbereitschaft fördern“ sollen. Von spezialisierten Facharbeitern erwarten die Kapitalisten, daß sie sich auf eigene Kosten in Abendkursen oder am Samstag weiterbilden. Kostensenkung ist das Leitmotiv des DIHT. Erhöhte Mobilität der Fachkräfte verspricht er sich außerdem von neuen Ausbildungsinhalten und -richtlinien.

DIHT: „Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik 1987/88“, Bonn 1988. — (mal)

Spitzengespräch IGM/Gesamtmetall

Die Kapitalisten wollen jetzt gewinnabhängige Lohntarife

Über Ergebnisse des Spitzengesprächs, das am 17. Oktober zwischen Gesamtmetall und dem Vorstand der IG Metall stattfand, ist von Gewerkschaftsseite bislang nichts in Erfahrung zu bringen. Unmittelbarer Anlaß ist der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, der zentral abgeschlossen ist und zum Jahresende ausläuft. Die IG Metall will einen neuen Vertrag mit siebenjähriger Laufzeit, wobei die bisher möglichen Anlagearten beibehalten werden sollen. Mit dem 5. Vermögensbildungsgesetz, das ab 1. Januar 1990 in Kraft tritt, wird die staatliche Arbeitnehmersparzulage nur noch für Beteiligung am Produktivkapital in voller Höhe gezahlt. Für Bau-sparen wird die Zulage auf zehn Prozent gesenkt und für Konten- und Versicherungssparen in Zukunft ganz gestrichen. Die IG Metall fürchtet nun, daß die Kapitalisten sich am Gesetz orientieren und die vermögenswirksamen Leistungen, die sie bisher in Höhe von 52 DM monatlich für alle Anlagearten zahlen, auf Produktivkapitalbeteiligungen einschränken oder zumindest das Kontensparen ausschließen.

Aus der bürgerlichen Presse war nur zu erfahren, daß Gesamtmetall eine weitere Forderung der IG Metall, die Anhebung der Leistungen für Auszubildende von 26 auf 52 DM, ablehnt. Ärgerlich ist, daß die IGM nicht verlangt, daß die diskriminierende Klausel gestrichen wird, nach der ein Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen erst ab dem 7. Monat einer ununterbrochenen Betriebszugehörigkeit entsteht. Die IGM könnte auch verlangen, daß Teilzeitbeschäftigte

nicht einen anteiligen, sondern einen vollen Anspruch haben. Solche Schritte, die geeignet wären, Komponenten eines Normalarbeitsverhältnisses zu verteidigen, will die IGM wohl nicht unternehmen.

Die IGM verzichtet von sich aus auch auf eine Aufstockung der Leistungen auf 936 DM jährlich. Als Alternative dafür will sich der IGM-Vorstand den allgemeinen Einstieg in Weiterbildungstarifverträge einhandeln — wie Steinkühler dem Handelsblatt schon vorab verriet. Er denke zwar nicht an Segel- oder Töpferkurse, aber: „Die Halbwertzeit eines Ingenieurs beträgt vielleicht noch fünf Jahre. Dann ist sein Wissen nämlich schon zur Hälfte veraltet.“

Die Kapitalisten ließen wissen, daß sie nicht grundsätzlich gegen eine Intensivierung der betrieblichen Fortbildung seien. Zur Finanzierung seien sie jedoch nur insoweit bereit, „als die bessere Qualifikation unmittelbar der Produktivitätsverbesserung des spezifischen Arbeitsplatzes dient“. Leicht belustigt referiert das Handelsblatt die weitergehen den Vorstellungen der IG Metall: „Der Arbeitnehmer sollte z.B. nicht für einen bestimmten, im Betrieb verwendeten Computer geschult werden, er sollte nach der Fortbildung jeden Computer bedienen können. Und nicht nur die Angestellte in der Außenhandelsabteilung, sondern auch die Kollegin in der Personalabteilung sollte auf Kosten des Arbeitgebers einen Fremdspachenkurs besuchen.“ (1)

Solange Steinkühler solche Überle gungen lediglich dem Handelsblatt mit



teilt, und ansonsten die Hoffnung ausstreut, durch Verzicht auf 312 Mark jährlich könnte man Gesamtmetall in einem „Gespräch“ etwas derartiges abluchsen, braucht man sich nicht über das Ergebnis wundern: Die Kapitalisten zeigten kein Interesse, die Verhandlungen wurden auf den 5. Dezember vertragt.

Der IGM-Vorstand wollte noch über Südafrika reden, die Kapitalisten über Europa und die Standortbedingungen der BRD. Die markigen Worte Steinkühlers seinerzeit, er werde jedes westdeutsche Unternehmen der Branche, das in Südafrika tätig ist und sich nicht an den Kodex der IGM hält, notfalls brandmarken und boykottieren lassen, waren wohl in den Tag gesprochen. Der IGM-Kodex war sowieso hauptsächlich dazu gedacht, die westdeutschen Konzerne aus der Schußlinie von Desinvestment-Forderungen zu bringen. Nun erlauben sich diese Konzerne aber auch noch — mit Hilfe des Kodex —, sich als welche hinzustellen, die Apartheid nicht ausnützen. Das darf

die IG Metall nicht decken.

Bezüglich Europa hat Steinkühler bereits Anfang Oktober eine Europäische Sozialcharta gefordert: „In einer verbindlichen Sozialcharta für den europäischen Binnenmarkt sollen Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen, soziale Rechte, Kündigungsschutz und Sozialversicherung festgeschrieben werden.“ (2) Nun fordert Steinkühler zwar „verbindliche“ Standards, bleibt selbst aber höchst unverbindlich, was die Höhe dieser Standards angeht. Die Andeutungen, die die IGM zu diesem Thema macht, lassen nichts Gutes ahnen. Auf einem kürzlich durchgeführten Presseseminar meinte die IG Metall, der größte Wettbewerbsvorteil der schwächeren EG-Mitglieder, die billige Arbeitskraft, dürfe von den stärkeren nicht untergraben werden. Die IG Metall forderte bei dieser Gelegenheit zwar gesetzliche Regelung sozialer Mindeststandards, sah allerdings die Gefahr, daß diese zu Höchstbegrenzungen werden könnten. (3)

Wenn die IGM eine Gefahr darin sieht, daß der Mindestlohn zum Standard

ber mit der Forderung, in Zukunft Einkommenserhöhungen in einen festen Grundbetrag und einen beweglichen Restbetrag aufzuteilen. Letzterer sollte nach Abschluß des Geschäftsjahres festgelegt werden. Er könnte sich dann nach dem tatsächlichen Geschäftsverlauf richten und müsse sich nicht mehr auf Konjunkturprognosen stützen.“ (1) Stumpfe bezeichnete diese Forderung als „offizielle“ Haltung der Metall-Arbeitgeber.

Wie der IGM-Vorstand auf diese Vorschläge reagiert hat, weiß man noch nicht. Jedenfalls bekräftigte Stumpfe auf dem von der Metall- und Elektroindustrie am 19.10. in Frankfurt erstmals bundesweit durchgeführten „Metallforum 88“ diesen Punkt: „Die Bundesrepublik habe im Binnenmarkt mit Spitzenlöhnen durchaus eine Chance, die Arbeitsplätze langfristig zu sichern, wenn die Lohnentwicklung besser mit dem wirtschaftlichen Erfolg des einzelnen Unternehmens verknüpft werde. Gesamtmetall werde Reformvorschläge machen, wie das Ziel flexibler Löhne im Rahmen des Tarifsystems verwirklicht werden könne, kündigte Stumpfe an.“ (5) Der Vorstandsvorsitzende des größten Konzerns der Metallbranche, Reuter von Daimler-Benz, unterstützte diesen Punkt in seinem Vortrag ausdrücklich.

Da aller guten Dinge drei sind, äußerte sich der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Schlecht, einen Tag später: „Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich 1989 auf etwa 2,5% nach 1% in diesem Jahr beschleunigen. Bei voller Überwälzung entfielen davon rein rechnerisch 0,75 Prozentpunkte auf die Verbrauchsteuererhöhungen. Nominal sei 1989 ein Wachstum von „an die 5%“ zu erwarten ... Schlecht hofft, daß es wegen der besseren Konjunktur „nicht zu Nachschlag-Aktionen“ der Gewerkschaften kommt. Nicht ausschließen möchte er freilich, „daß betrieblich etwas getan wird“. Das hätte den Vorteil, daß nach Produktivität und Gewinnentwicklung differenziert werden könnte.“ (6)

Es scheint also abgemacht. Der Boom wird sich nächstes Jahr noch fortsetzen, die Inflation anziehen, die 3-jährigen Tarifverträge sollen jedoch nicht kippen, Nachschlagsforderungen will man mit ertragsabhängigen Lohnbestandteilen begegnen. So soll die Lage genutzt werden, um eine neue Sorte flexibler, reversibler Lohnbestandteile einzuführen und den wirklich gesicherten Bestandteil des Tariflohns mittelfristig auf ein unerträgliches Minimum zu drücken. Strategisch geht es nicht nur um Geldverlust. Tarifliche Lohnregelungen würden zunehmend bedeutungslos, die Arbeiterbewegung wäre zerlegt in einzelne Belegschaften. Spätestens jetzt müßte die IG Metall das Liebäugeln mit einer „betriebsnahen Tarifpolitik“ sein lassen und sich besinnen.

Quellen: (1) HB 17.10., (2) metall 21/88., (3) HB 3.10., (4) FAZ 18.10., (5) HB 20.10., (6) HB 21.10. — (poj)



Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Reuter auf einem bundesweiten Treffen der Metall- und Elektrokapitalisten am 19.10.88: „Arbeitnehmer und Unternehmer haben zu entscheiden, ob sie hohe Arbeitsplatzsicherheit bei flexiblen Löhnen oder schwankende Beschäftigung bei starren Löhnen wollen.“

wird, dann muß er erbärmlich niedrig liegen. Es droht also die Gefahr eines EG-weiten gesetzlichen Mindeststandards auf Elendsniveau, der eine ähnliche Funktion erfüllt wie der EG-Kodex für Südafrika. Dieses schmutzige, von den Kapitalistenverbänden und der EG-Kommission inszenierte Spiel mit lebensnotwendigen Interessen gedrückter Schichten sollte die IG Metall auf keinen Fall mitspielen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung weiß vom Spitzengespräch zu berichten: „Die Metallarbeiter wollten vor allem wissen, wo die Mindest-Standards der vom IG Metall-Chef Franz Steinkühler geforderten europäischen „Sozial-Charta“ angesiedelt werden sollen und wie sich dieses Ziel verwirklichen lasse.“ (4) So fragt der Wolf im Schafspelz, solange er davon

ausgehen kann, daß die IGM es vermeidet, sich auf konkrete, lebenswerte europäische Mindeststandards festzulegen, bzw. solche mit den anderen europäischen Metallgewerkschaften zu vereinbaren. Genau dies aber ist dringend nötig!

Gesamtmetall meinte zum Thema, man brauche „auf jeden Fall mehr Flexibilität in der Tarif- und Sozialpolitik“. (4) Daß hinter dieser allgemeinen Wendung auch für die Tarifpolitik eine ganz konkrete, üble Absicht steckt, läßt sich eher durch die Ereignisse vor und nach dem Spitzengespräch erkennen. Kurz zuvor fand der „Bergische Unternehmertag“ in Wuppertal statt, auf dem neben Rappe auch der Präsident von Gesamtmetall, Stumpfe, auftauchte: „Stumpfe überraschte selbst die Gastge-

Arbeitstagung der Volksfront

Der BRD-Imperialismus macht an allen Fronten mobil!

An die 50 Leute nahmen an der Tagung teil, die die Volksfront unter diesem Titel am 22./23.10. in Köln durchführte. In Arbeitsgruppen wurden die folgenden Themen behandelt:

1. Hauptaggressionsrichtung des BRD-Imperialismus sind die Sowjetunion und die Staaten der Warschauer Vertragsorganisation.

- Jahrestage zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs
- aktuelle Subversionsmaßnahmen im Rahmen von Genschers Außenpolitik
- aktuelle deutschlandpolitische Diskussion

2. Mittelmeer- und Nahostpolitik von NATO und BRD.

Türkei als Aggressionsbasis gegen die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und die UdSSR und militärische Unterwerfung des kurdischen Befreiungskampfes zu diesem Zweck.

3. Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes in Azania,

Aufgaben in der Unterstützung des PAC-Aufrufs hier im Kampf gegen die wirtschaftliche und militärische Unterstützung des Rassistenregimes durch die BRD.

4. Verstärkung des Angriffspotentials gegen die WVO-Staaten im europäischen Zentralabschnitt

- WEU — Kriegsachse Bonn-Paris, imperialistische Arbeitsteilung, EG-Südweiterung

5. Kritik der Rüstungsproduktion und der Versuche der Monopole, eine europäische Rüstungsschmiede aufzubauen;

Kritik der Militarisierung ganzer Konzernbelegschaften.

6. EG-weite Anstrengungen zur Schaffung eines supranationalen Unterdrückungsapparates zur Aufstands- und Inneren-Feind-Bekämpfung

7. Ausbau und Erhöhung der Kriegsfähigkeit der Bundeswehr durch verschärzte Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens:

Einbeziehung von Frauen, Ausbau des Reservistenkonzepts. Welches Kriegsführungskonzept lässt sich anhand der „Reform der 90er Jahre“ nachweisen?

Die für die Tagung zusammengestellten Materialien, die Referate und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden baldmöglichst von der Volksfront als Heft veröffentlicht.

Die abschließende Plenarsitzung der Tagung verabschiedete drei Resolutionen, die im folgenden dokumentiert werden.

304.- DM erbrachte die Spendensammlung unter den Tagungsteilnehmern für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Azania.

- (heb, zentrale Arbeitsgruppe Antimilitarismus/Antiimperialismus der Volksfront)

Freilassung der kurdischen Genossinnen und Genossen aus bundesdeutschen Gefängnissen!

Seit Februar 1988 sitzen 13 Genossinnen und Genossen von Feyka Kurdistan wegen Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD in Isolationshaft. Ihnen wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung nach § 129a im Umfeld der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) gebildet zu haben. Diese soll zwei ehemalige Mitglieder gefangen gehalten und zum Tode verurteilt haben. Die dürftigen Beweismittel stützen sich im wesentlichen auf die Aussagen der beiden angeblich zum Tode Verurteilten.

Die Anwendung des § 129a auf Emigrantenorganisationen wie Feyka Kurdistan ist eine neue Qualität der Unterdrückung. Die von Generalbundesanwalt Rebmann praktizierte Beweisführung ist ein weiteres Indiz für die seit Jahren ver-

folgte Absicht, Feyka Kurdistan zu kriminalisieren und zu zerschlagen.

Zu befürchten ist, daß aufgrund dieser für die Bundesanwaltschaft schlechten Beweislage direkte Auslieferungen an die Türkei bevorstehen: unter anderem ist Yasemin Gedik mit Auslieferung bedroht. Yasemin Gedik war drei Jahre im Militärgefängnis von Diyarbakir wegen Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes gegen die türkische Kolonialmacht inhaftiert. Sie war bei ihrer Verhaftung erst seit sechs Wochen in der BRD. Sie hat einen Antrag auf Anerkennung als politischer Flüchtling gestellt. Am 11.8. sollte dazu eine Anhörung stattfinden. Sie konnte nicht stattfinden, weil auch LKA-Beamte ihre Teilnahme angekündigt hatten, was für Yasemin Gedik bedeutet hätte, daß Aussagen, die für ihre Anerkennung wichtig gewesen wären, dem BKA für seine Ermittlungen dienen könnten. Damit soll ihr eine Anerkennung unmöglich gemacht werden.

Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen Feyka Kurdistan sind Teil einer Politik des „Westeuropäischen Rechtsraumes“, mit der die Innen- und Sicherheitspolitik der imperialistischen Staaten vereinheitlicht und antiimperialistische und nationale Befreiungsbewegungen als „terroristisch“ denunziert und kriminalisiert werden sollen.

Wir fordern:

Schluß mit der Verfolgung von Anhängerinnen und Anhängern der kurdischen Befreiungskampfes!

Sofortige Freilassung der 13 inhaftierten Kurdinnen und Kurden und Einstellung aller Vermittlungsverfahren!

Anerkennung als politische Flüchtlinge!

Keine Auslieferungen!

Keine Beteiligung von LKA und BKA bei Anhörungen!

Aufhebung der Isolationshaft!

Weg mit dem § 129a!

Einstellung der Ermittlungsverfahren und sofortige Freilassung von Gerard Thomas Hanratty und Terence Gerars McGeough

Am 31.8.88 wurden Gerard Thomas Hanratty und Terence Gerars McGeough an der Grenze der BRD zu den Niederlanden verhaftet. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt sie, als Mitglieder der IRA am 13.7. in Duisburg und am 5.8. in Düsseldorf Anschläge auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee verübt zu haben, des weiteren der Erschießung von vier britischen Soldaten in den Niederlanden und in Belgien.

Obwohl die britische Regierung keine Mühe scheut, weltweit IRA-Soldaten zu verfolgen und zu liquidieren, hat sie in diesem Fall bisher keinen Auslieferungsantrag gestellt.

Mit dem Ermittlungsverfahren gegen die Genossen der IRA wollen BAW und BKA ihr Ziel, die Strafverfolgung auf nationale und antiimperialistische Befreiungsbewegungen in Westeuropa auf Dauer auszubauen, durchsetzen.

Damit setzt sich der BRD-Staat offen über geltendes Völkerrecht — Artikel 51 der UN-Charta, Artikel 1, Absatz 1 des 1. Zusatzprotokolls der Genfer Konvention — und dessen Bestimmungen über antikoloniale und antiimperialistische Konflikte hinweg.

Bei der Auseinandersetzung zwischen der IRA und Großbritannien handelt es sich um einen Konflikt zwischen einer Befreiungsbewegung und einer Kolonialmacht. Die BRD ist in diesem Konflikt Kriegspartei.

Wir fordern:

Keine Kriminalisierung antikolonialer und antiimperialistischer Befreiungsbewegungen!

Abzug der britischen Besatzungstruppen aus Irland!

Resolution für eine Propagandakampagne in den EG-Wahlen 1989

„Europa siegt!“ war schon die Parole des deutschen Faschismus:

Gegen den dritten Anlauf zur „Neuordnung Europas“ unter BRD-Vorherrschaft!

Ziel einer solchen antimilitaristischen und antiimperialistischen Propagandakampagne soll die öffentliche Kritik der folgenden Inhalte westdeutscher Expansionspolitik sein, die sich die BRD in den EG-Wahlen absegnen lassen will:

1) Die Festigung und den Ausbau der imperialistischen Großraumwirtschaft EG, bei der die westdeutschen Monopole maßgeblich die wirtschaftliche und staatliche Integration Westeuropas betreiben. Der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, Reuter, antwortete in einem Interview der Stuttgarter Zeitung vom 10.9.88 auf die Frage, ob das Fusionieren mit MTU, Dornier, AEG und demnächst MBB die Konzernstrategie für Europa sei: „Ja, das ist ein wesentlicher Teil unserer Strategie für Europa. Der Technologie-Konzern mit dem Kerngebiet Automobil ist ein europäisches Projekt. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist sogar über Europa hinaus nur auf dem Weltmarkt erfolgreich zu betreiben. Aber das setzt voraus, daß man eine Heimatbasis hat. Diese Heimatbasis kann auf keinen Fall ein so kleines Land wie die Bundesrepublik sein, sie muß mindestens aus Europa bestehen.“

2) Die Schaffung des EG-Binnenmarktes 1992 wird der entscheidende nächste Schritt zur Vollendung der „Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitsunion“ werden: die Ausbeutungsbedingungen und -standards sollen EG-weit vereinheitlicht, die europaweiten Entfaltungsmöglichkeiten des Kapital- und Warenverkehrs buchstäblich „grenzenlos“, die entsprechende Mobilisierung von Arbeitskraft weiter ausgebaut und der dazu dienende Rassismus und die völkische Mobilisierung gefördert werden.

3) Die Kollaboration in der Innen-, Außen- und Militärpolitik ist zur Absicherung dieser Ausbauprogramme des „europäischen Großwirtschaftsraumes“ entscheidend. Hierbei spielt die Wiederbelegung der WEU und der Ausbau der Militärrachse BRD/Frankreich sowie die Schaffung weiterer gesetzlicher, politischer und organisatorischer Strukturen eines supranationalen Unterdrückungsapparats zur EG-weiten „Inneren-Feind-Bekämpfung“ eine entscheidende Rolle.

4) Bei der Festsetzung der Expansionsziele und bei ihrer Umsetzung erweist sich der BRD-Imperialismus immer wieder als treibende Kraft. Schon bei Eintritt in die EG (wie auch NATO und WEU) hatte sich die BRD ihr imperialistisches Wiedervereinigungsprogramm „im europäischen Rahmen“ als Bündnisziel bescheinigen lassen. Die Expansionsrichtung der EG entspricht also den traditionellen Expansionszielen des deutschen Imperialismus, in der Vereinheitlichung und aktiven Mobilisierung der EG-Meute für diese Ziele hat die BRD allerdings in jüngster Zeit erhebliche Fortschritte gemacht:

* durch direkte Einbindung Frankreichs in die Vorneverteidigung gegen den Warschauer Pakt: CDU-Dregger zur „Schlüsselrolle Frankreichs“ in einer „europäischen Sicherheitsunion“: „Es geht vor allem um drei Ziele: ... Anstreben einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die die Teilung Deutschlands und Europas überwindet, auf der Grundlage militärischen Gleichgewichts und der zu schaffenden politischen Union Westeuropas. Eine europäische Friedensordnung verdient ihren Namen nur dann, wenn sie auf dem kulturellen Erbe Europas gründet ...“. (Europ. Wehrkunde 12/87).

* durch das Wirtschaftsabkommen zwischen der EG und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), das die ökonomische Infiltration erleichtert und in dem gleichzeitig faktisch die Anerkennung der Einverleibung Westberlins durch die BRD gegenüber dem RGW erstmals durchgesetzt wurde (Bulletin der Bundesregierung: 12/87).

Die zwischen Außenminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister am 28.9.88 getroffenen zwei deutsch-sowjetischen Abkommen beinhalten ebenfalls die „praktische Einbezie-

hung Berlins“ (Bad. Zeitung 29.9.88). Auch die bilaterale Infiltrationsebene kommt galoppierend voran: vor wenigen Tagen hat die EG mit Ungarn ein „umfangreiches Kooperationsabkommen“ „in den Bereichen Energie, Verkehrswesen und Umweltschutz“ abgeschlossen, welches „ein günstiges Klima für Investitionen und die Zusammenarbeit von Unternehmen“ schaffen solle (Bad. Zeitung 28.9.88).

* durch die Förderung jeglicher Anschlußbestrebungen bzw. Erhöhung des Anschlußdrucks gegenüber Österreich, welches 1989 seinen Antrag auf EG-Beitritt stellen will, was eindeutig dem Österreichischen Staatsvertrag widerspricht, das dort völkerrechtliche verankerte Anschlußverbot mit Deutschland weitgehend außer Kraft setzt und vor allem auch die militärische Neutralität Österreichs aufhebt! Gelingt diese Aushebelung des Österreichischen Staatsvertrages, dann wird das gesamte Verbundsystem der nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossenen Friedensverträge gegen den deutschen Imperialismus und zwecks Absicherung der Zerschlagung des Deutschen Reiches aufgerollt werden.

* durch die mit der genannten EG-Expansion nach Osteuropa beabsichtigte Einkreisung und Isolierung der DDR, die inzwischen auch die Mobilisierung von politischen Kräften im Lager der Nicht-EG-Staaten einschließt: so der Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie auf einer internationalen Konferenz über kernwaffenfreie Zonen in Berlin/DDR mit seinem Ruf nach „Abriß der Mauer“ (Neue Osnabrücker Zeitung 22.6.88).

* durch die Mobilisierung des EG-Parlaments wie der gesamten internationalen Öffentlichkeit für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Warschauer-Pakt-Staaten mittels des „Hebels“ „Selbstbestimmungs-“, „Volksgruppen-“ und „Menschenrechte“.

Für alle diese Methoden der „friedlichen“ Europaexpansion lassen sich in der Tradition des deutschen Kapitals und seiner politischen Vertreter in den Etappen der Entfesselung beider Weltkriege Vorläufer und Vorbilder finden. Die westdeutsche Reaktion wird die Jahrestage dieser Entfesselungstradition, insbesondere den 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen am 1.9.89 zum Anlaß nehmen, diese historischen Erfahrungen zu unterdrücken und in ihr Gegen teil zu verkehren, wovon die Umdeutungsarbeiten eines Stürmer, Nolte, Hillgruber & Co. ja bereits seit längerem zeugen. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß in den nächsten Monaten die „Kriegsschuld Stalins“ und der „Verteidigungskrieg gegen den Bolschewismus“ Hochkonjunktur haben werden.

Daß es damals wie heute bei der „Neuordnung Europas“ zwecks „Lösung der deutschen Frage im europäischen Rahmen“ immer auch um die Schaffung einer Ausgangsbasis für weltweite Operationsmöglichkeiten ging, ist eindeutig. Die BRD beweist nicht zuletzt mit ihrem Marineeinsatz im Mittelmeer und mit ihrer fieberhaften Vorbereitung von Bundeswehrbeteiligungen selbst außerhalb des NATO-Operationsgebietes, daß sie für weltweite Absicherung imperialistischer Ausbeutung zunehmend nicht nur als Hauptgläubiger und Kapitalexporteur sondern auch militärisch zur Verfügung steht.

Welche gefährliche Bedeutung aber dem Expansionsprogramm der BRD an der europäischen Zentralfront in den imperialistischen Bündnissen EG/WEU/NATO zukommt, sollten wir — angesichts in der öffentlichen Meinung verbreiteter Abrüstungs- und Entspannungillusionen — verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Kritik machen.

Als Mittel und Anlässe bieten sich an:

a) die Etappen der Entfesselung des 2. Weltkrieges jähren sich zum 50. Mal: „Anschluß“ Österreichs am 12.3.1938, die Annexion des „Sudetengebietes/Münchner Abkommen“ am 29.9.1938, die restlose Zerschlagung der CSR am 15.3.1939, die Einverleibung des sog. „Memellandes am 23.3.1939 und der Überfall auf Polen am 1.9.1939. Zu den drei letztgenannten Terminen wären sicher örtliche Veranstaltungen und Propagandaaktionen nützlich.

b) Öffentliche Kritik und Propagandaaktionen gegen diese imperialistischen Europakonzepte anläßlich von EG-Wahlkampfauftritten ihrer Vertreter. Dabei müssen wir uns auch mit Kritikern dieser Konzepte auseinandersetzen, wenn ihre Auffassungen offene Flanken für europäische Expansion und Kriegsvorbereitung bieten.

Eine Flugblattserie gegen die beschriebenen Expansionsziele und ihre Umsetzung wäre hierfür von großem Nutzen.

Aktionen gegen Sachleistungen und Erlaß

Kiel/Stohl. Seit dem 1.10. zahlt das Sozialamt der Stadt Kiel Bargeld in voller Höhe an die Kieler Flüchtlinge aus. 15 km weiter, im benachbarten Kreis Rendsburg im Lager Stohl, verweigert der Kreis die Bargeldauszahlung u.a. mit der Begründung, der Kreis sei an langfristige Lieferverträge mit der Firma Holstein Menü gebunden. Beides ist nach dem Erlaß des Sozialministeriums in Schleswig-Holstein möglich. Da das Land die Kreise und Städte per Erlaß nicht dazu verpflichtet hat, sondern Wenn und Aber und Lücken für Gemeinschaftsunterkünfte und Sachleistungen offengelassen hat, wird die Bargeldauszahlung eher die Ausnahme bleiben. Vor zwei Wochen traten alle Flüchtlinge des Lagers Stohl in einen befristeten Hungerstreik, der nach einer Woche beendet wurde. Am Freitag, den 21.10., führten sie eine Demonstration mit PKWs über die Kreisgrenze hinweg nach Kiel durch und forderten Bargeldauszahlung und gleichzeitig die volle Freizügigkeit in Schleswig-Holstein vom Innenministerium des Landes. — (dam)

Protest gegen Arisierungs-Jubiläum

Bielefeld. Gegen den zynischen Jubiläums-Pomp der westfälischen Kaufhauskette Opitz zu deren 50jährigem Bestehen protestierten Studenten der Fachschaft Geschichte und Mitglieder der Antifaschistischen Koordination am verkaufsoffenen Samstag, den 8.10., vor der Bielefelder Niederlassung. Opitz bezieht sich mit seinem Jubiläum nämlich auf die Firmengründung durch die arischen Besitzer nach erfolgter Enteignung des vormals jüdischen Kaufhauses Alsb erg im Zuge der Arisierung jüdischer Betriebe durch die Nazis. — Die Aktion, bei der Flugblätter verteilt wurden und Transparente „50 Jahre Opitz — kein Grund zum Feiern“ aufgespannt waren, stieß auf reges Interesse bei den Passanten. Die Jubel-Berichterstattung der Neuen Westfälischen für einen ihrer größten Anzeigenkunden stieß ebenfalls auf Protest. So protestierte die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche in einem Leserbrief: „Das Jubiläum ... darf nicht unwidersprochen bleiben. Wer immer die Geschichte der Nazizeit in Erinnerung ruft — und das tut die Firma Opitz — der kann sich nicht einfach aus dieser Geschichte davonstehlen und den makabren Jubiläumsanlaß mit umsatzförderndem Jubiläumsglanz übertünchen.“ Sie forderte die Geschäftsleitung Opitz auf, statt mit 10%-Rabatten Umsatz zu jagen, besser 10% des Umsatzes an Wiedergutmachungsinstitute, z.B. die Aktion Sühnezeichen, zu spenden. — (ads)



Wackersdorf 15.10.88. Abschlußdemonstration der Herbstaktionstage gegen die WAA. Teilnehmer: 20000 bis 50000. Bereitgestellte Polizisten: 2600. Die Polizei lobt die „uneingeschränkte Kooperationsbereitschaft“ der Demo-Veranstalter und macht bei Auto- und Personenkontrollen 111 Anzeigen und 118 Verwarnungen. Viele Demonstranten und Redner erwarten nach dem Tod von Strauß bessere Chancen, die WAA zu verhindern. — (uth)

Grüne für Anwendung von Art. 139 GG

Elmshorn/Rendsburg. Die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen hat am 2. 10.88 mit deutlicher Mehrheit folgenden Antrag verabschiedet: „Die Delegierten ... mögen sich für die Forderung nach Auflösung von faschistischen Parteien und Organisationen, wie es Art. 139 GG vorschreibt, aussprechen. Die Forderung nach der Anwendung von Art. 139 GG soll auch als zentrale Grundlage in der antifaschistischen Politik während des kommenden Europa-Wahlkampfes, im Sinne der Forderungen nach Auflösung und damit Nichtzulassung von faschistischen Parteien ..., Konsens im Landesverband der Grünen ... sein. Die LDK beauftragt den Landesvorstand dazu, eine entsprechende Formulierung für das Europa-Wahlprogramm zu erstellen und diese auf der nächsten BDK einzubringen.“ Die Begründung bezieht sich u.a. auf die Kontrollratsgesetze Nr. 2 und 8 sowie auf die UNO-Resolution vom 26.11.68 — (lus)

Ausgangssperre für Kurden und Türken

München. Weil der türkische General und Ministerpräsident Evren die bayerische Staatsregierung und die BMW AG in München besuchte, hat das Innenministerium mindestens zwölf Leuten verboten, vom 19. bis zum 22. Oktober München zu betreten. Die Polizeimaßnahme hat türkische Staatsangehörige getroffen, die in den Bescheiden der Ausländerbehörden von staatswegen als Unruhestifter bezeichnet werden, gegen die allerdings konkret nichts vorzuwerfen ist. Dagegen protestierten am 20. Oktober mit einer Mahnwache die Grü-

nen. Der Arbeitskreis Kurdistan München verteilte ein Flugblatt. Nach dem Spruch des Münchener Verwaltungsgerichts, das von einem Betroffenen angefordert wurde, haben die Ausländerbehörden zweimal die Verfassung verletzt und damit war die verfügte Ausgangssperre rechtswidrig. — (dil)

Veranstaltung gegen die staatliche Zensur

München. Unter dem Titel „Wenn die Staatsgewalt liest ... Zensur im Buchhandel“ fand am 18. Oktober in München eine Veranstaltung statt, die u.a. von der ArGe Zensur und verschiedenen linken und alternativen Buchläden organisiert wurde. Anlaß für die Gründung der ArGe Zensur waren die sich häufenden Durchsuchungen linker Buchläden und auch zunehmende Verurteilungen von Buchhändlern im Zusammenhang mit der angeblichen Verbreitung von Zeitungen und Broschüren des autonomen, antiimperialistischen und anarchistischen Spektrums der revolutionären Szene, z.B. die Zeitungen Freiraum und Radikal.

Mit ca. 200 Besuchern war der Veranstaltungsraum mehr als gefüllt. Ein relativ großer Teil der Zuhörerschaft schien vom Fach, d.h. von verschiedenen Münchener Buchläden. Franz W. Peter vom Börsenverein des dt. Buchhandels betonte, daß sich der Passus im Grundgesetz, „Eine Zensur findet nicht statt“, lediglich auf eine eventuelle Vorzensur beziehe, eine Nachzensur in Form von Strafgesetzen gebe es allerdings, z.B. mit dem Paragrafen 86. Weitere Referate und Beiträge wurden zur geschichtlichen Entwicklung, zur rechtlichen Situation und von einem Vertreter der HBV zu den Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten gehalten. — (wob)

Kommunalwahlkampf

Geplanter Wahlkampfauftakt der NPD fand nicht statt

Frankfurt. Verschiedene faschistische Organisationen wollen zu den hessischen Kommunalwahlen im Frühjahr 89 kandidieren. Nach der Entlassung Michael Kühnens aus dem Gefängnis, verkündet die FAP, einen Durchbruch bei den Wahlen erzielen zu wollen. Die NPD hatte für den 15. Oktober zwei Großkundgebungen und eine Demonstration durch Frankfurt zur „Eröffnung des Kommunalwahlkampfes“ angekündigt. NPD/Liste D-Flugblätter mit der Forderung „Nationale Demokraten in den Römer!“ enthalten Parolen wie: „Arbeitsplätze und Wohnungen erst für Deutsche“. Damit knüpfen die Faschisten u.a. an der katastrophalen Wohnungsnot in Frankfurt an und wollen dafür die Ausländer verantwortlich machen. Das paßt gut in das Konzept des

Deutsche: Zwar gäbe es dreimal soviel ausländische jugendliche und heranwachsende Straftäter, das entspräche jedoch ihrem überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteil; zudem gingen in die Statistiken auch Touristen, Durchreisende, Angehörige der Stationierungsstreitkräfte und illegal sich aufhaltende Ausländer ein. (FR, 20.10.88)

Die Vorbereitungen gegen die NPD-Aktionen liefen zunächst getrennt voneinander. Ein schon seit Jahren bestehendes „Römerbergbündnis“ (DGB, Kirchen, jüdische Gemeinde und Stadtjugendring) plante eine ausdrücklich friedliche Kundgebung räumlich entfernt von der NPD. Die Autonomen und die VVN hatten jeweils eine eigene Demonstration angemeldet. Im Verlauf der Vorbereitungen gelang es aber, einen

feindliche Politik kann man Brück nicht nachsagen, zumindest nicht, wenn es um ausländische Kapitalbesitzer geht. Im übrigen erhielt die NPD die Genehmigung vom Verwaltungsgericht, und Brück war aus dem Schneider.

Offensichtlich war der NPD der Boden dann doch zu heiß. In einem Blatt des Kreisverbandes der hessischen NPD-JN-Kreisverbände wird Hilfe „gegen einen übermächtigen Gegner“ angefordert. Tags zuvor sagten sie dann alles ab. Etwa 2500 Menschen nahmen an der dann doch genehmigten antifaschistischen Demonstration teil, begleitet von einem ca. 5000 Mann starken Polizeiaufgebot: Vierer-Reihen von Polizisten und Bundesgrenzschützern an den Seiten der Demonstration und zeitweise auch eine Hundertschaft an der Spitze des Zuges.

Trotz dieser Provokation konnte die Demonstration am Merianplatz — dem ursprünglich von der NPD vorgesehenen Kundgebungsplatz — erfolgreich abgeschlossen werden.

Auf Initiative der VVN gibt es in Frankfurt seit einigen Monaten ein antifaschistisches Bündnis, den „Frankfurter Ratschlag“, dessen Hauptziel die Verhinderung faschistischer Kandidaturen zu den Kommunalwahlen ist. — (rst, udi)



CDU-Magistrats, der mit seinem Stadtentwicklungsprogramm in den Stadtteilen zunehmend in Argumentations Schwierigkeiten gerät. Billige und gute Wohnungen sollen Büro-Hochhäusern und gehobenem Wohnraum weichen.

Die NPD fordert zügige Ausweisung „krimineller“ Ausländer mit der Behauptung, in Frankfurt seien rund 2/3 aller Untersuchungshäftlinge Ausländer. Ähnliche Ansichten enthält auch der Entwurf des CDU-Kommunalwahlprogramms. Dem stehen Statistiken entgegen, die zeigen, daß 1984 in Frankfurt von 12619 ausländischen Jugendlichen nur 5,54% von den 42975 deutschen Jugendlichen 5,63% als straffällig registriert worden waren. Auf einer Tagung des Bundeskriminalamtes am 19.10.88 wies der Leiter des Kriminalistischen Instituts beim BKA, Prof. Edwin Kube, Ansichten des Bundesinnenministeriums zurück. Ausländer seien krimineller als

gemeinsamen Aufruf zu verabschieden, den die GRÜNEN im Römer, VVN, DKP, VSP, KB, BWK, Volksfront und die Autonomen sowie einige Initiativen trugen. Die verschiedenen Aktionen wurden koordiniert. Auseinandersetzungen gab es darum, ob man vom Magistrat ein Verbot des Auftretens der NPD verlangen solle. Einige DKP-Betriebsräte und ein Ortsbeiratsgremium sowie die Landesversammlung der evangelischen Jugend hatten den Magistrat dazu aufgefordert.

Oberbürgermeister Brück (CDU) sprach eine solches Verbot auch aus, allerdings auch gegen die Demonstration der Autonomen. Die Forderung der NPD nach einer „ausländerfreien“ Stadt fand er provokativ und gegen die guten Beziehungen der „Europametropole“ Frankfurt zu den angesiedelten und anzusiedelnden ausländischen Geschäftsniederlassungen gerichtet. Ausländer-

in der BRD gelte. So schrieb die Rheinische Post am 13.10.88: „Den Informationen zufolge gibt es kaum einen Terror-Anschlag in den letzten zwei bis drei Jahren, an dem nicht Bewohner der Düsseldorfer Kiefernstraße unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren.“ Die Kiefernstraße sei „die Anlaufstelle für die ge-

§ 129a StGB

Stimmung gegen Kiefernstraße

Düsseldorf. Am 13.10.88 fand im NRW-Landtag eine Debatte über die Kiefernstraße statt. Am selben Tag fand eine Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmern statt, die sich u.a. gegen die Verhaftung eines Bewohners wegen angeblicher RAF-Mitgliedschaft Anfang Oktober richtete. Als Anlaß der Verhaftung diente die Kopie eines Bekennerschreibens zum versuchten Anschlag auf Tietmeyer.

1981 wurden die ersten von mittlerweile 19 städtischen Häusern besetzt. In der Straße wohnen rund 800 Menschen, 70 Prozent der Bewohner sind Ausländer, über 100 ältere Menschen sowie rund 250 Kinder und Jugendliche leben Tür an Tür mit den Besetzern.

Von der CDU wurde im Vorfeld der Debatte über mehrere konservative Zeitungen Stimmung gemacht, indem ein angebliches Papier der Sicherheitsbehörden abgedruckt wurde, wonach die Kiefernstraße als „Hort des Terrorismus“ in der BRD gelte. So schrieb die Rheinische Post am 13.10.88: „Den Informationen zufolge gibt es kaum einen Terror-Anschlag in den letzten zwei bis drei Jahren, an dem nicht Bewohner der Düsseldorfer Kiefernstraße unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren.“ Die Kiefernstraße sei „die Anlaufstelle für die ge-

samte Gewalt- und RAF-Szene Nordrhein-Westfalens. Darüber hinaus wird die Kiefernstraße als zentrale Informationsstelle für das gesamte Umfeld der RAF in der Bundesrepublik bezeichnet.“ BKA und Bundesanwaltschaft dementierten das Papier, was die CDU aber nicht davon abhielt, sich weiterhin darauf zu beziehen.

Innenminister Schnorr, von der Opposition zur Räumung aufgefordert, vertrat das Konzept, „in Fragen der inneren Sicherheit differenziert zu argumentieren“, „Soziale Integration“ und „Befriedung“ zu betreiben. Der auf die Bewohner über Jahre ausgeübte Druck (z.B. dauernde Observierung an beiden Straßenenden, Anwerbungsversuche durch den Verfassungsschutz, Observieren durch das BKA vor zwei Jahren durch Anmietung einer Wohnung, Umstellen und Durchsuchen der Häuser, Verhaftung lt. BKA von sieben Bewohnern wegen RAF-Mitgliedschaft) haben jetzt dazu geführt, daß die Bewohner Mietverträge mit der Stadt abgeschlossen haben. Hierin ist u.a. den Besetzern ein Mitspracherecht bei der Belegung und eine verlängerbare Vertragsdauer von 10 Jahren eingeräumt. Die CDU fordert eine Räumung der besetzten Häuser für den Fall, daß keine Mietverträge ohne Sondervereinbarungen abgeschlossen werden. In den Verträgen müßten Kündigungs-Bestimmungen eingebaut werden, „die gegebenenfalls auch einen Abriß ermöglichen“. — (scm)

Integration

Ausreichende Bedingungen?

Hamburg. Zum 1.8.1988 sollte in Hamburgs staatlichen Kindertagesheimen (Träger ist die halbstaatliche „Vereinigung“) die Integration behinderter Kinder in den Regelgruppen beginnen. Der Termin ist verstrichen, nichts ist passiert. Schuld daran ist laut Rosemarie Raab, Senatorin für Jugend und Schule, die Gewerkschaft ÖTV und der Betriebsrat der „Vereinigung“. In einem Interview im „Hamburger Abendblatt“ vom 15.8.88 verurteilt sie das Vorgehen der ÖTV, die nach dem Bekanntwerden des Senatskonzeptes zur Integration, Tarifverhandlungen für die zukünftig in Integrationsgruppen arbeitenden Erzieherinnen gefordert und auch geführt hat. Diese Tarifverhandlungen zogen sich bis Ende August hin und haben bislang nur ein vorläufiges Ergebnis. Wichtig war dieses, weil die Arbeitsform Integrationsgruppe nirgendwo im Tarifvertrag zu finden ist, und die betroffenen Kolleginnen sonst der Willkür des Vorstandes der „Vereinigung“ ausgeliefert wären. Das betrifft z.B. Eingruppierung, Bewährungsaufstieg, zu betreuende Kinderzahl etc.

Schuld am Scheitern sei selbstverständlich auch der Betriebsrat durch sein uneinsichtiges Verhalten. Frau Raab gab sich erschüttert, ihrer Meinung nach trage der Betriebsrat seine Bestrebungen für anständige Arbeitsbedingungen und für somit vernünftige Bedingungen für die Kinder in den Integrationsgruppen, einzige und allein auf dem Rücken der behinderten Kinder aus. Der Betriebsrat sieht das anders. Anfang 1988 stimmte der Betriebsrat grundsätzlich der Einführung der Integration zu. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe vom Betriebsrat und Vorstand gebildet, die eine Vorlage einer Betriebsvereinbarungen erstellen sollte. Hier wurde bald deutlich, wo erhebliche Differenzen bestehen. 1. Die Definition des behinderten Kindes. Laut Vorstand zählt ein behindertes Kind nur als behindert, wenn es aufgrund des § 39 des Bundessozialhilfegesetzes (Gewährung von Eingliederungshilfen) in das KTH eingewiesen würde. Alle anderen behinderten Kinder zählen nicht. Für den Betriebsrat entspricht das nicht dem Konzept, Behinderte und nicht Behindernte gemeinsam zu erziehen, außerdem würden bei dieser Zählweise erhebliche Verschlechterungen für Kinder und Erzieher entstehen. Der Vorstand hat dazu mehrfach betont, daß die Frage der Qualität der Erziehung, die in den KTH's geleistet wird, laut Arbeitsgesetzgebung von ihm allein bestimmt werden kann. 2. Die Ausführbarkeit der Arbeit konnte vom Vorstand nur mit einem „wie bisher“ beantwortet werden. Das mit der Einführung der Integration durch völlig neue Inhalte und Aufgaben neue und weitergehende Anforderungen gestellt werden, und dem auch Rechnung getragen werden muß, stößt auf völliges Unverständnis auf seiten des Vorstandes. Er hätte gern die Integration weitgehend zum Nulltarif und rief im Juli 1988 die Einigungsstelle an. Die Einigungsstelle hat bislang kein Ergebnis, doch es zeichnet sich ab, daß die bisherige Verhandlungsführung des Betriebsrates die Frage der Arbeitsbedingungen zu einem Hauptteil der Auseinandersetzungen machen kann. — (pee)

Dienstleistungsabend Protestaktionen von DAG und HBV

München. Am 20.10.1988 fanden bundesweit Aktionen gegen den Dienstleistungsabend statt, rund 300 Kaufhäuser führten Betriebsversammlungen ab der Ladenöffnungszeit durch. In München hatten sich auch Kaufhäuser mit DAG-Betriebsräten beteiligt.

Zur Vorbereitung der Aktionen führten DAG- und HBV-Betriebsräte im September eine Veranstaltung mit Mandatsträgern durch, bei der die Grünen ankündigten, in den Münchner Stadtrat einen

Antrag an den Deutschen Städetag einzubringen, den Dienstleistungsabend abzulehnen. Leider war dieser Antrag so gestellt, daß FDP und CSU es leicht hatten, dagegen zu stimmen: Bei einer Ablehnung des Dienstleistungsabends nahmen sie die kleinen Einzelhändler aus, die unter fünf Beschäftigte haben — die sollen ausdrücklich länger öffnen dürfen.

Am Abend des 20. Oktober führte die HBV im Rahmen der DGB-Aktionswoche eine Kundgebung gegen die Spätöffnung auf dem Marienplatz durch, die IG Metall und die Postgewerkschaft beteiligten sich ebenfalls. In einem Demonstrationszug zogen etwa 1000 Menschen vom Hertie-Bahnhof zum Marien-



HBV-Aktion in Nürnberg

platz, wo sich dann nach Angaben der HBV etwa 3000 Menschen versammelten.

Der IG Metall-Redner H. Fläßbeck kritisierte in seiner Rede neben der Ausdehnung von Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit auch das bayerische Innenministerium, daß über 20 türkischen Staatsangehörigen ein Ausgehverbot wegen des Staatsbesuchs von Präsident Evren verhängt hatte. Der stellvertretende Vorsitzende der HBV, Dieter Steinborn, warf der Bundesregierung vor, daß sie mit dem Dienstleistungsabend die „Weichen für Abend- und Nachtarbeit in allen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen stelle“. Er sprach von „amerikanischer“ im Gegensatz zu „deutscher“ Arbeitszeit, die die Gewerkschaften nicht mitmachen werde. Leider erwähnte er in diesem Zusammenhang nicht die Pläne zur Arbeitszeitordnung. Viel Beifall erhielt er bei seiner Kritik an den Arbeitsbedingungen und Einkommensverhältnissen von den Verkäuferinnen.

Die HBV hat zur Unterstützung ihres Protests gegen den Dienstleistungsabend eine Zeitung „Feierabend“ mit einer Auflage von 10000 herausgebracht, in der auch gegen Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit wegen den gesundheitlichen Folgen Stellung bezogen wird. — (dar)

FAP-Verbot

Antifaschistischer Kampf stößt auf FdGO-Hindernisse

Hildesheim. Im Januar stellte die SPD in Niedersachsen einen Verbotsantrag gegen die FAP, der an das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21/2 (Verfassungsfeindlichkeit) — und nicht nach Artikel 139 des Grundgesetzes (Verbot faschistischer Betätigung) — gerichtet war. Damit wurde den antifaschistischen Bestrebungen eine Hemmschwelle aufgebürdet, mit der schwer umzugehen ist.

Der niedersächsische Landtag beschloß am 2. Juni 1988 einstimmig, daß die FAP aufgrund „rechtsradikaler und neofaschistischer Aktivitäten“ verboten werden müsse. Wie schon erwähnt, nach Artikel 21/2 des Grundgesetzes, der „Verfassungsfeindlichkeit“ als Maßstab nimmt. Hier wurde die Grundlage dafür

daß Asylanten allein durch ihre bloße Anwesenheit den ganzen Zorn unseres Volkes zu spüren bekommen?! . . .“

Nachdem am 1. Mai eine Reihe von Unterstützungsunterschriften gegen die FAP gesammelt wurden, erstattete die Kreisvereinigung der VVN-BdA Hildesheim am 18. Mai Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft aufgrund der Artikel § 130 StGB (Volksverhetzung), § 131 StGB (Aufstachelung zum Rassenhass) und §§ 185 ff StGB (Beleidigungsdelikte). Am 29. Juni teilte die Staatsanwaltschaft der VVN-BdA in einem Schreiben mit, daß in dem Flugblatt der FAP keine Strafbestände zu erkennen seien: „. . . Angesichts dieser Unklarheiten fehlt es an einer klaren Aussage, welcher Teil

gierung, die noch nicht beantwortet wurde. Stoll konnte schon durch verschiedene Disziplinarverfahren schlüpfen, bzw. schonten ihn seine Vorgesetzten über alle Maßen. Die VVN-BdA erklärte am 15. August gegenüber der Presse: „Richter Stoll aus dem Amt! . . . Stoll setzt seine hetzerischen, nationalen und revanchistischen Aktivitäten unbeeindruckt von der öffentlichen Reaktion auf seine früheren Äußerungen fort. Es ist vielmehr anzunehmen, daß er sich durch die untätige bis wohlwollende Haltung seiner Vorgesetzten . . . bis zum Justizministerium zu diesen skandalösen Äußerungen ermuntert gesehen hat.“

Am 9. September fragten die Grünen im Niedersächsischen Landtag zu ihrer Großen Anfrage — „Verwicklung niedersächsischer Sicherheitsorgane in Straftaten der neonazistischen Szene“ — nach. Innenminister Hasselmann bestritt sämtliche Anschuldigungen. Parallel dazu pusht die bürgerliche Presse in Hannover Übergriffe faschistischer Banden aus der Skinhead-Szene auf ausländische Jugendliche und orakelt: „Straßenschlachten — Wenn es so weiter geht, gibt's Tote“ (Neue Presse-Schlagzeile vom 26. September).

Oder: Faschist Michael Kühnen („Nationale Sammlung“) kann mit etwa 30 anderen Gesinnungsfreunden im September am Rande einer SPD-Veranstaltung unbehelligt Flugblätter verteilen.

Demgegenüber beratschlagen antifaschistische Kräfte, wie den faschistischen Angriffen und der faschistisch-rassistischen Propaganda wirksam begegnet werden kann. Der Verbotsantrag ist umstritten, ebenso die Formen der Auseinandersetzung. Gerd Bornemann, der Vater des von Faschisten im Februar 1987 in Hannover ermordeten Skinheads Roger Bornemann, referierte am 8. Oktober auf einer Veranstaltung des Antifaschistischen Bündnisses Hildesheim vor etwa 100 Teilnehmern. Er stellte die Verbindungen der FAP zu Verfassungsschutz und niedersächsischen Behörden dar, griff „Hintermänner“ (z.B. Richter Stoll) und Förderer des faschistischen Szenariums an und beschrieb die „Aufgabenverteilung“ verschiedener faschistischer Organisationen wie der NPD, der FAP, der NS („Nationale Sammlung“, Kühnen u.A.), der DVU — Liste D und anderer Gruppierungen, die regierungsmäßig zumindest geduldet werden. Die Diskussionsrunde sprach sich für weitere Veranstaltungen zum Thema Faschismus aus. Das Antifaschistische Bündnis, in dem Autonome Antifaschisten, der Asyl e.V., die Grünen, die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, die VVN/BdA und Einzelpersonen mitarbeiten, wird Ende dieses Jahres ein/e Seminar/Veranstaltung unter dem Motto „Strategiediskussion im Antifaschistischen Kampf“ durchführen.

Quellenhinweis: Niedersächsischer Landtag. Protokoll vom 9.9.88: „Antifaschist“. Oktober 1988: div. Ausgaben der HAZ. — (mal)



Kommunalwahlen 1986: Städtische Wahltafeln werden massiv von der FAP überklebt. Bild aus: „Die FAP in Hannover“, Broschüre der VVN-Hannover.

geschaffen, die politische Opposition — die antifaschistischen Kräfte — in die Defensive zu drücken. Fazit des SPD-Antrags innerhalb der zuständigen Innenministerkonferenz am 4. Oktober: Bundesinnenminister Zimmermann erklärt die Aussagen von Niedersachsens Innenminister Hasselmann als richtig, daß die FAP nicht zu verbieten sei, weil sie sonst „aufgewertet würde“. Soviel zur aktuellen Situation.

Im Februar dieses Jahres gründete die FAP einen Kreisverband Hildesheim, der sogleich aktiv wurde. Im April erschien von ihr ein „Anti-Asyl-Woche“-Flugblatt. Die rassistische-hetzerische Schrift hatte u.a. folgende Inhalte: „Stimmt es etwa nicht . . . — daß die Asylanten durch ihre rassische Fremdheit eine Gefahr für den weiteren Bestand unseres Volkes darstellen?! . . . —

der Bevölkerung‘ angegriffen wird . . . Vielmehr muß es sich (bei § 130 StGB, d. Red.) um Angriffe handeln, die gegen das Menschsein des anderen als solches gerichtet sind und ihm den Wert schlichthin absprechen. Auch das dürfte hier — noch — nicht der Fall sein.“

Der berühmt-berüchtigte Amtsrichter Dr. Stoll gibt den Rahmen ab für solche Nichtverfolgung rassistischer und faschistischer Propaganda. Auf einer Veranstaltung am 14. August glänzte der „Vertriebenen-Funktionär“ (Mitglied der CDU in Hildesheim) erneut mit einer revanchistischen Tirade: Öffnung der DDR-Grenze forderte sein Vorredner Bürgermeister Klemke, worauf Stoll die „Rückgewinnung urdeutscher Gebiete“ einforderte.

Die Grünen richteten erneut eine Anfrage an die Niedersächsische Landesre-

Memminger-§ 218-Prozeß Richter erklären sich für nicht befangen

Augsburg. In dem inzwischen wohl bundesweit bekannten Prozeß gegen den Memminger Arzt Theissen wurde bekannt, daß der jetzige Besitzer Ott 1980 als Staatsanwalt gegen Theissen wegen des Verdachts des illegalen Schwangerschaftsabbruches ermittelt hatte; das Verfahren war damals eingestellt worden. Dem Vorsitzenden Richter Barner entfuhr gegenüber Theissen daraufhin der Satz: „Das hätte Ihnen doch ein Warnschuß sein müssen.“ Die Verteidigung stellt daraufhin sofort einen Befangenheitsantrag gegen beide Richter, gegen Ott wegen seiner früheren Funktion und gegen den Vorsitzenden, weil die Bemerkung zum Ausdruck brachte, daß der Richter schon jetzt von der Illegalität der Abtreibungen ausgeht, obwohl dies erst im jetzigen Verfahren erklärt werden soll. Es gibt ausreichend Argumente dafür, daß bei allen Abtreibungen, die der Frauenarzt durchgeführt hat, eine Notlagenindikation vorlag, wenn auch nicht immer schriftlich festgehalten. Auch dieser Befangenheitsantrag wurde wie schon vorherige abgelehnt.

Die Justizbehörden und ihre Ausführungsorgane führen weiterhin ihre Verfolgungs- und Einschüchterungsmaßnahmen fort. Es wurde schon einmal auf den Fragebogen hingewiesen, den der Vorsitzende Richter an bereits verurteilte Frauen verschickt hat. Die Frauen sollten intimste Angaben über ihr Privatleben machen: „Größe der Wohnung, Verhältnis zu den Eltern, Zustand der Ehe/Partnerschaft“, als ob solche Angaben irgendwelche Rückschlüsse auf die Notlage der Frauen zum Zeitpunkt des Abbruches zulassen, der oft schon mehrere Jahre zurücklag. Die Richter hatten behauptet, die Fragebögen seien mit den Verteidigern abgesprochen. Die Frauen würden dann unter Umständen im Verfahren gegen Theissen nicht mehr als Zeugen vernommen werden. Beides ist nicht wahr. Auch werden weiterhin Frauen und deren Partner wegen illegalen Abbruches bzw. Beihilfe dazu verurteilt. Eine Frau, Mutter eines einjährigen Kindes, wurde in einem kleinen Dorf im Allgäu von einer Polizeieskorte zuhause überfallen und sollte abgeholt werden, um sofort ihre Ersatzfreiheitsstrafe abzusitzen, da sie den Strafbefehl nicht bezahlt hatte. Erst durch massives Eingreifen der Rechtsanwälte wurde diese bloßstellende und entwürdigende Maßnahme unterbunden, durch die die Frau öffentlich als Schwerverbrecherin hingestellt wurde.

Abgeordnete von SPD und Grünen haben im Bundestag Ende September und Mitte Oktober die Memminger Verfahren angegriffen. Trotzdem sieht sich



Befangenheitsanträge gegen Vorsitzenden Barner (rechts) und Richter Ott

die Reaktion in ihrer Staatsschutzaktion „Schutz des ungeborenen Lebens“ nicht allzusehr geschwächt. Auch die Justizbehörden stecken bisher nicht zurück. Schließlich wurde die bayerische Justizministerin Mathilde Berghofer-Weichner, die die Memminger Verfahren zu verantworten hat, inzwischen zur stellvertretenden Ministerpräsidentin gewählt. In Neuwied bei Koblenz wurde inzwischen die Kartei eines Frauenarztes beschlagnahmt. Auch ihm wird Abrechnungsbetrug vorgeworfen, mutmaßlich im Zusammenhang mit Abtreibungen.

Im Memminger Verfahren ist nun eine längere Verhandlungspause, nächster Prozeßtermin wird voraussichtlich der 10.11.88 sein. — (elf)

Medical Park

Förderung der Stadt Hannover

Hannover. In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 1989 sieht Oberstadtdirektor Lehmann-Grube u.a. in der Erschließung des Medical Park einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, „um die Attraktivität Hannovers für die Ansiedlungsinteressen durch ein hochwertiges Flächenangebot zu steigern“. Für Neuansiedlungen von Kapitalisten ist kein Geschenk zu teuer. Für die notwendigsten Bedürfnisse der Volksmassen, öffentliche Kindergärten, Schulen sowie das öffentliche Gesundheitswesen ist jede Ausgabe zu viel!

1985 zahlte die Stadt 1824 Mio. DM für einen Beratervertrag an die Norcon Immobilien Consulting GmbH zur Feststellung des Bedarfs an Labors, Kleinkliniken und Produktionseinrichtungen im Medical Park. Norcon kassierte und ging pleite.

Die amerikanische Firma Invitron, die im Medical Park ein biotechnologisches Großlabor zur Herstellung von Arzneimitteln aus Säugetierzellen errichten will, hat von der Stadt Hannover Sub-

ventionen von 28 Millionen zu erwarten. Außerdem ist Invitron eine Landesbürgschaft von 65 Millionen zugesagt worden.

Gegen die Errichtung des Labors hat es Protest gegeben. Die GABL hat eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet, ob diese nicht auch Risiken bei der Herstellung von Arzneimitteln aus gentechnisch manipulierten Tierzellen sieht. Die Anfrage wurde negativ beantwortet, woraufhin die GABL in einem Gutachten die Möglichkeit der Freisetzung von Retroviren aus Zellkulturen und deren Gefährlichkeit nachgewiesen hat. Dennoch lehnte die Stadt nicht ab. Das Großlabor kann jetzt gebaut werden. Zu Hilfe kam ihr dabei, daß die Genehmigung des Großlabors noch kurz vor Toresschluß über die Bühne ging. Am 1. September trat die Neufassung der Störfallverordnung in Kraft, wonach für die Ansiedlung von Invitron ein öffentliches Genehmigungsverfahren notwendig gewesen wäre. Einen Tag vorher, am 31. August, hatte das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt die Ansiedlung von Invitron im Medical Park genehmigt. Die GABL will bis Ende Oktober gegen den Bau des Großlabors Widerspruch erheben, da sie das Genehmigungsverfahren anzweifelt. Die Grünen haben inzwischen die Bundesregierung zur Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren für das Großlabor aufgefordert.

In den 90er Jahren soll gebaut werden, wenn überhaupt. Nach Verlautbarungen des Invitron-Vizepräsidenten hängt die Verwirklichung des Projekts von der Auftragslage des Unternehmens und von der Auslastung des amerikanischen Werks ab, das im Augenblick eher Verluste macht.

Vom Gewerbeaufsichtsamt wurde im Medical Park ein zweites gentechnologisches Labor genehmigt, die Pharma-Biotechnologie GmbH. Die GABL hat Kritik an dem Zulassungsverfahren geübt, da die Genehmigung nach dem bis Ende August gültigen, vereinfachten, nicht öffentlichen Genehmigungsverfahren durchgeführt wurde. — (anr)



Geplantes Invitron Millionenprojekt

Nacharbeit an der Tankstelle

Mineralölkonzerne erzwingen Öffnungszeiten rund um die Uhr

Karlsruhe. Bis 1983 hatte in Karlsruhe nur eine Tankstelle die Nacht über geöffnet. Es war das Aral-„Service-Center“ mit „Minimarkt“ direkt in der Innenstadt. Die anderen Tankstellen im Stadtgebiet schlossen gegen 19 oder 20 Uhr. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert.

Rund um die Uhr haben heute außer der Aral-Tankstelle offen: BP am Bahnhof, Texaco in der Oststadt und Esso Berghausen. An jeder dieser Tankstellen ist ein SB-Markt angeschlossen. Die Texaco-Tankstelle gleicht eher einem großen Getränkemarkt. Die anderen Tankstellen der Mineralölkonzerne, also die Markentankstellen, schließen seit letztem Jahr erst um Mitternacht. Die letzten freien Tankstellen stellen auf Bargeld-Computer für die Nachtstunden um.

Angefangen hat es mit den Aral-„Mi-

suchen.“

Vorbei ist auch die Zeit, daß an den Tankstellen generell Reparaturen an Fahrzeugen ausgeführt werden. Die wenigsten haben heute noch Hebebühnen oder das oft notwendige Spezialwerkzeug. Ausbildungsstellen zum Tankwart mit Ausbildung in KfZ-Kunde und kaufmännischem Wissen verschwindet zunehmend. Das ist verkümmert zur Selbstbedienung beim Tanken, Ölnechfüllen, bei der Waschanlage, Staubsauger, Reifendruckmessen usw. Die Esso AG verlangt von ihren Pächtern eine kaufmännische Ausbildung und will keine Reparaturwerkstätten. Der Chef hinter der Kasse soll „saubere Fingernägel“ haben. Überlebt hat diese Entwicklung kaum einer der kleinen Betriebe.

Die Mineralölkonzerne kassieren au-

nung der Öffnungszeiten.

Ein Kollege, der ein Jahr die Nachschicht bei der Karlsruher BP-Tankstelle machte, beschreibt den Druck, den der BP-Konzern auf die Pächter ausübt, und die Arbeitsbedingungen:

Die BP-Tankstelle beim Karlsruher Bahnhof hat seit Sommer 1983 auch nachts geöffnet. Der Pächter hatte sich lange gegen die Forderung von dem BP-Konzern, rund um die Uhr offen zu halten, gewehrt. Die Tankstelle liegt in einem Wohngebiet an einer Durchgangsstraße. Zur Tankstelle gehört noch eine KfZ-Werkstatt und eine moderne Waschanlage. BP baute in die Tankstelle einen kleinen Markt und Panzerglas für die Nachtbedienung ein. Mit den Umsatzzahlen, die BP den Pächtern vorschreibt, wurde die Nachöffnung erzwungen. Als die Umsatzzahlen auch durch das Tagesgeschäft erzielt wurden und der Pächter nachts schließen wollte, verfügte BP: Die Tankstelle bleibt geöffnet. Die Pläne für den Ausbau der Tankstelle zu einem großen SB-Markt liegen beim Konzern schon in der Schublade. Auch sonst ist der BP-Konzern recht rührig. Von Zeit zu Zeit taucht die Kontrolle auf. Für den internen „Wettbewerb“ wird überprüft die „Sauberkeit“, die „Freundlichkeit“, das Namensschild an dem BP-Kittel. Das Ergebnis ist dann in der Hit-Liste der BP-Tankstellen zu finden.

Auf der Tankstelle arbeiten zwei Mechaniker, ein weiterer Kollege nur in der Nachschicht, am Wochenende abwechselnd vier Schüler und Studenten als Aushilfskräfte, der Pächter und seine Frau. Von 6.30 bis 14.30 arbeitet der erste Mechaniker. Der Pächter ist von 7.00 bis 19.00, seine Frau von 8.30 bis 17.00 Uhr da. Die Schicht des zweiten Mechanikers geht von 14.30 bis 21.30 Uhr. Die Mechaniker arbeiten in einer Fünf-Tage-Wechselschicht. Derjenige, der die Spätschicht am Freitag hat, macht dann noch die Frühschicht am Samstag. Sie verdienen rund 1700 DM netto. Der Mechaniker mit Spätschicht arbeitet, bis der Pächter geht, in der Werkstatt, danach macht er ausschließlich die Tankstelle.

Der Kollege, der heute die Nachschicht macht, hat eine Zulage von 30% und kommt so auf 2200 DM netto. Er arbeitet sechsmal die Woche neun Stunden nachts. Nur die Nacht von Samstag auf Sonntag braucht er nicht anzutreten. Er sagt, daß das nur geht, weil seine Freundin in einer anderen Firma ebenfalls immer nachts arbeitet.

Die Aushilfen arbeiten samstags von 14.00 bis 21.30, 21.30 bis 6.30 (Sonn-



nimärkten“ Mitte der 70er Jahre. Das war die Zeit, als die Mineralölkonzerne die freien Tankstellen aus dem Geschäft drängten und „neue Märkte“ erschlossen: den Kunden, der nicht tankt oder überhaupt kein Auto hat. Nach Ladenschluß um 18.30 Uhr, samstags und sonntags konnte ähnlich wie an Bahnhöfen die „vergessenen Waren“ eingekauft werden. So finden sich dann auch die entsprechenden Warengruppen in den Regalen: Milch, Kaffee, Tee, Erfrischungs- und Alkoholgetränke, Brot, Eis und andere Tiefkühlwaren, Spielzeug, Tabakwaren, Zeitungen, Süßigkeiten, Snacks, Radios, Batterien, Kassetten und vieles mehr. Nach Öl, Sicherungen, Scheibenwischern usw. muß man eher

über an Benzin und Öl bis zum letzten Kaugummi mit. Für die SB-Märkte sind den Pächtern die Lieferanten vorgeschrieben. Die Regale in den Supermärkten werden bei Shell und BP von Lekkerland gefüllt. Das Sortiment ist je nach Jahreszeit fest vorgegeben. BP hat seine Tankstellen an BTX angeschlossen. Darüber werden täglich die Umsatzzahlen reingeholt und überwacht. Jetzt wird auch auf bargeldlose Bezahlung mit Kreditkarten umgestellt: BP mit American Express, Shell mit Visa usw. Bis 200 Mark kann nun ohne Bargeld eingekauft werden. American Express kassiert immer 15% bei Kartenbezahlung mit. Für die Pächter bedeutet das, mehr Umsatz machen und direkter Zwang zur Ausdeh-

tag), sonntags 6.30 bis 14.00 und 14.00 bis 21.30 Uhr. Für diese Arbeitszeiten wechselt sich ein fester Stamm von Schülern und Studenten ab. Samstags gibt es zehn DM pro Stunde, in der Nacht von Samstag auf Sonntag elf DM und am Sonntag zwölf DM.

Ein Kollege hat KfZ-Mechaniker gelernt und besucht jetzt eine weiterführende Schule. Ein Jahr hat er neben der Schule jede Nacht auf der Tankstelle sein Geld verdient. Jetzt arbeitet er nur noch nachts am Wochende und in den Ferien. Urlaubsansprüche oder Geld bei Krankheit gibt es jetzt nicht mehr. Das Geld für die Nachschicht wird bar ausgezahlt.

Die neun Stunden in der Nacht ist man allein auf der Tankstelle. Die Spätschicht und manchmal auch noch die Nachschicht muß abends die Verkaufsstände wegräumen, die Waschstraße schließen usw. Spätestens um 23 Uhr wird die Tür zum Verkaufsraum abgeschlossen. Das verlangt die Versicherung. Dann erfolgt das Kassieren durch den Kassenschieber. Der Verkauf von Getränken, Tabakwaren, Süßigkeiten oder Knabberzeug durch den Fensterschieber geht munter

weiter. Wenn die Kinos schließen und die letzten Kneipen, dann kommt noch mal ordentlich Betrieb auf. Das geht so bis 1.30 Uhr. Dann wird gerannt von der Fensterdurchreiche zum Getränkeschrank, zum Süßigkeitenstand, die Sechser-Pack's und Weinflaschen geholt. An Spitzentagen im Sommer kommen an die 200 bis 250 Kunden. Aber nur jeder zweite tankt. Der Umsatz beträgt dann nachts rund 800 DM an Getränken, 600 DM an Zigaretten, 300 DM an Süßwaren. Normal ist, daß rund 50% des Nachtumsatz mit diesen Waren erzielt wird. Nur zweimal gab es eine Anzeige wegen des Nachtverkaufs. Aber nicht wegen Verstoß gegen den Ladenschluß, sondern weil Alkohol an Obdachlose verkauft wurde. Mit der Polizei wurde vereinbart, daß sie nichts mehr kriegen.

Spät in der Nacht sind eigentlich nur Polizei, Taxi- und Funkwagenfahrer, Werksschutz oder mal der nebenliegende Interrent-Autoverleih die Kunden. Nach 1.30 Uhr werden die Regale aufgefüllt. Das dauert etwa eine Stunde, denn das Geschäft läuft gut und Lekkerland bringt dreimal die Woche den Nachschub für

die Regale und Getränke. Um 3.00 Uhr muß dann die Abrechnung für Interrent gemacht werden. Danach kommt die Zeitungsabrechnung, am Wochende mit Retouren- und Umsatzabrechnung für die letzte Woche. Gegen morgen müssen als letztes die neuen Zeitungen eingesortiert werden, die alten rausgeschmissen. Dann beginnt die öde Zeit des Wartens. Abwechslung kommt nur manchmal auf. Dann kommen Freunde nachts vorbei, die etwas länger bleiben. Ab 5.00 Uhr wird der Verkaufsraum wieder geöffnet. Dann werden die Verkaufsstände rausgestellt, die Waschanlage wird geöffnet. Wasser und Papier müssen aufgefüllt, die Abfalleimer geleert und herumliegender Abfall aufgesammelt werden. Zuletzt wird noch die Kasse abgerechnet.

Die Kollegen an der Tankstelle sagen, sie haben es noch „gut“, denn z.B. die fehlenden Beträge von Kunden, die nachts abbauen ohne zu zahlen, trägt ihr Chef. Das ist nicht überall so. Als zeitweiliger Job für Studenten und Schüler wäre es ja auch gut. Aber nachts offen halten — das wäre nicht nötig. — (rub, thk)

Das Tankstellen- „Sterben“

Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe veröffentlichte in ihren Mitteilungen vom Juli 1988 einen Bericht der Esso AG. Demnach versorgte 1955 jede Tankstelle in der Bundesrepublik durchschnittlich 70 PKW im Jahr und verkaufte rund 150000 Liter Motorenbenzin. 1987 wurden pro Tankstelle 1250 PKW versorgt und 1,6 Mio. Liter verkauft. 1955 gab es 22400 Tankstellen und rund 2 Mio. PKW in der Bundesrepublik. Bis 1968 stieg die Zahl der Tankstellen auf 47000. 1987 gab es nur noch 19500 Tankstellen. Die Zahl der PKWs lag 1987 bei rund 28 Mio.

Tankstellen gegen Ladenschluß

„Aus Protest gegen das Ladenschlußgesetz von 1956 bleiben alle Freiburger Tankstellen am 5.9.1988 ab 18.30 Uhr bis 6.00 Uhr geschlossen! Wir fordern eine Gesetzesänderung! Freier Verkauf aller Waren während der gesamten Öffnungszeit!“

Das hing am 5.9. als Plakat an den Freiburger Tankstellen. Aus Protest gegen das geltende Ladenschlußgesetz „streikten“ 50 der 51 Freiburger Tankstellen von Montag abend bis Dienstag früh. Sie schlossen — wie es für Verkaufsstellen üblich ist — um 18.30 Uhr.

Auslöser für diese Aktion waren Bußgeldbescheide der Gewerbeaufsicht wegen des Verkaufs von Getränken, Tabakwaren und anderer Verbrauchsgüter nach der gesetzlichen Laden-

schlußzeit. Die Anzeigen stammten vom Einzelhandelsverband.

Die Tankstellenpächter wollen durchsetzen, daß die SB-Märkte der Tankstellen rund um die Uhr geöffnet haben dürfen. Sie verlangen eine generelle Ausnahmeregelung für den Vertrieb von Waren aller Art für die Tankstellen. Nach 18.30 Uhr und nachts macht dieser Vertrieb bis zu 60% des Umsatzes aus. So vergleichen sie sich mit Bahnhöfen und „Verkehrsknotenpunkten“.

Pächter gegen Mineralölkonzern

„Eine engere Kooperation haben Vertreter nationaler Tankstellenorganisationen aus acht europäischen Ländern bei einer Tagung in Frankfurt beschlossen. Auf Initiative des deutschen Zentralverbandes des Tankstellen- und Garagengewerbes wollen sie ihre Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den internationalen Mineralölkonzernen verstärken. Die gemeinsamen Interessen sollen den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft sowie den jeweiligen Regierungen verdeutlicht werden.

Wie der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Wolfgang Penka, erklärte, ließen die Tankstellenverträge keinerlei

echte Partnerschaft mit den Mineralölkonzernen erkennen ... Die Konzerne formulierten die Kontrakte für die etwa 170000 Pächter in den acht Ländern sehr einseitig zu ihrem eigenen Vorteil.

Das europäische Tankstellengewerbe forderte insbesondere eine Einflußnahme bei der Festlegung der Konditionen, längere Kündigungsfristen ... Ein weiterer Punkt richtete sich gegen die Vertragsklausel, mit denen die Tankstellenhalter an bestimmte Lieferanten auch für die Artikel gebunden werden, die mit dem eigentlichen Kraftstoff- und Ölgeschäft nichts zu tun hätten. Das reiche vom Keilriemen bis zum Kaugummi ...“ (Badische Neueste Nachrichten, 19.10.) Die Pächter kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich und der Schweiz.

Kredite aufnehmen und verheiraten

Der Mineralölkonzern Esso verlangt für eine kleinere Tankstelle ohne Waschanlage eine Kaution von rund 100000 DM, für eine größere mit Waschanlage 150000 DM. Nachgewiesen werden müssen weitere 30000 bis 40000 DM für die Warenausstattung. Dafür gibt es spezielle Bankkredite. Weitere Voraussetzung ist eine kaufmännische Ausbildung und der Trauschein. Die Ehefrau ist dann die „zweite Vertrauensperson“, sie soll mitarbeiten. Shell und BP schreiben als Lieferanten für die SB-Märkte Lekkerland vor, die dann die Auswahl des Sortiments vornimmt.



Hoesch: 1000 DM „Nachschlag“ gefordert

Dortmund. Die IG Metall-Vertrauensleute der Hoesch-Werke fordern eine Lohnzulage von 1000 DM. Die Begründung: Die niedrigen Lohnerhöhungen in dem Anfang 1988 mit drei-jähriger Laufzeit vereinbarten Tarifvertrag und der gegenwärtige Stahl-Boom. Die Forderung entspricht einem Volumen von 15 Mio. DM, der von Hoesch für dieses Jahr erwartete Gewinn beträgt 200 Mio. DM. Hoesch-Chef Rohwedder hat inzwischen seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, über eine „Gewinnbeteiligung“ zu verhandeln. — (wof)

Protest gegen neue Kindergartenrichtlinien

Mannheim. Über 800 Eltern und Beschäftigte in Kindergärten versammelten sich am 14.10. in der Aula der Universität, um gegen vom Ministerrat inzwischen beschlossene Änderungen der Kindergartenrichtlinien und -finanzierung zu protestieren. Die Richtlinien wurden nach CDU-Art „entbürokratisiert“: Bisherige Mindest-, Regel- und Empfehlungsstandards in der Kindergartenausstattung wurden weitgehend

Osnabrück. Parallel zur Kultusministerkonferenz hielt die GEW eine Fachtagung zur Lehrerarbeitslosigkeit ab. Der Gewerkschaftsvorsitzende forderte die Kultusminister auf, im nächsten Jahr 20000 neue Planstellen für Lehrer einzurichten. Derzeit sind 85000 Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos. Während der Kultusministerkonferenz hatten rund 120 arbeitslose Lehrer am 13.10. bei zwei symbolischen Schulbesetzungen den Unterricht übernommen und mit den Schülern über die Massenarbeitslosigkeit diskutiert. — (gba)



gestrichen (z.B. die Pflicht zur Errichtung eines Spielplatzes im Freien). Dies diene dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung. Die 220 Mio. DM Personalkostenzuschüsse an freie Träger, die die Regierung ursprünglich streichen wollte, werden nun der kommunalen Finanzausgleichsmasse entnommen. Die Protestversammlung ging auf die Initiative eines Geschäftsmanns zurück, der in einem kirchlichen Kindergarten Elternvertreter ist. Kirchliche Kindergärten unterstützen die Mobilisierung. Mit der ÖTV will der Initiator nicht zusammenarbeiten. — (tht)



Der 14tägige Streik von ca. 250 Renault-Arbeitern endete mit einem Teilerfolg, die Geschäftsleitung gestand zwei geforderte Prämien zu. Der Streik im Atelier 81 (Hinterachsauflängung) in Le Mans brachte die Produktion in fünf weiteren Werken fast zum Erliegen, statt der üblichen 5200 Fahrzeuge am Tag konnten nur 1000 produziert werden. Unterstützt von der kommunistischen Gewerkschaft CGT und der sozialistischen CFDT wandten sich die Arbeiter gegen eine individuelle Lohnprämie an „20 Auserwählte“ für besondere Leistungen und gegen die Abschaffung einer allgemeinen Prämie. Eine gleichfalls geforderte Lohnerhöhung konnte nicht durchgesetzt werden. — (sie)

Laurien für Kürzung der Unterrichtszeit

Westberlin. Die Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde wöchentlich für Lehrer will Schulsenatorin Laurien aus Geldmangel nicht durch Neueinstellungen, sondern Verkürzung der Unterrichtszeit der Schüler ausgleichen. Die GEW lehnt dies ab. Sie fordert einen pädagogisch begründeten Schulentwicklungsplan und kritisiert insbesondere den Wegfall von Förder- und Teilungsstunden, da hierdurch die Chancen vieler Schüler beeinträchtigt werden. Sonderschulen und die Oberstufe der Gymnasien sind von der Kürzung ausgenommen. — (chk)

Opel Bochum: Sonderschichten

Bochum. Am 10.10. hat der Betriebsrat von Opel-Bochum weiteren 22 Sonderschichten bis Juni 1989 zugestimmt. Sie gelten für die Endfertigung im Werk Bochum-Laer, gleichzeitig will die Geschäftsleitung 200 Arbeiter mit Zeitverträgen zusätzlich einstellen. Zwar liegen die Sonderschichten ausschließlich am Samstag vormittag und nicht in der Nacht oder am Sonntag, wie kürzlich im Getriebebau. Eine Minderheit im Betriebsrat lehnte sie dennoch zu Recht als weiteren Schritt zur Flexibilisierung, zu regelmäßiger Samstagsarbeit ab. Gleichzeitig kritisierte sie die Fortführung der geplanten Rationalisierungsmaßnahmen: Die Geschäftsleitung will die Polsterei auslagern und auf Grundlage ei-

ner McKinsey-Studie 850 Beschäftigte abbauen. Selbst die Auszubildenden, deren Lehre Anfang 1989 endet, will sie trotz Sonderschichten nur befristet übernehmen. — (wof)

Rettet den Sonntag als Feiertag

Westberlin. Unter diesem Motto hatten am 19.10.88 IG Metall und evangelische Kirche zur Podiumsdiskussion mit Bischof Kruse, Horst Wagner (IGM) und Dr. Wolff (Krone AG) eingeladen. Wolff forderte Sonntagsarbeit, wegen der EG-Binnenmarkterweiterung könne in der BRD nicht verboten bleiben, was anderswo längst praktiziert wird. Bischof Kruse hielt entgegen, daß soziale Errungenschaften, die zum intakten „Soziotop“ des Menschen gehören, nicht der Profitmaximierung unterworfen werden dürfen. Er warnte davor, Wochenendarbeit gegen vorübergehende finanzielle oder Freizeitvorteile einzutauschen. — (maw)

Kein langer Donnerstag beim Rewe-Konzern

Elmshorn. Der Kampf der Beschäftigten im Einzelhandel gegen längere und flexiblere Arbeitszeiten trägt auch Früchte. Der Geschäftsführer der HBV-Südholstein meldete, daß zwischen HBV und Geschäftsführung der Rewe-Leibbrand-Gruppe ein Abkommen geschlossen wurde, das den Verzicht auf den Dienstleistungs-Donnerstag mit verlängerter Geschäftszeit bis in den Abend feststellt. — (sip)

Dokumentation Rehazentrum Honnef

Tarifvertrag nach 72 Tagen Streik

Nach 72 Tagen Streik setzten die Beschäftigten des Rehabilitationszentrums Bad Honnef den Abschluß von Tarifverträgen durch. Es war der längste Streik im Krankenhaus- und Heimbereich seit Jahrzehnten.

Zwischen der ÖTV und der Reha-Zentrum GmbH wurden rückwirkend zum 15. September 1988 ein Manteltarifvertrag und ein Tarifvertrag über Rationalisierungsschutz abgeschlossen. Das Vertragswerk orientiert sich am BAT für kommunale Beschäftigte, enthält teilweise bessere Vergütungsregelungen und Schutzrechte und es gilt das Betriebsverfassungsgesetz. Der ÖTV-Sprecher faßte auf der Pressekonferenz die wesentlichen Vorteile zusammen: — die Verträge gelten für Arbeiter und Angestellte gleichermaßen; — für alle Lohnabhängigen am Reha-Zentrum sind künftig Zulagen und Zusatzurlaub gleich; — der Beginn der täglichen Arbeitszeit ist in den Verträgen festgeschrieben, dadurch verringert sich die wöchentliche Arbeitszeit der Behinderten den Reha-Zentrums um eine halbe Stunde täglich bzw. 2,5 Stunden wöchentlich; — die Wochenendarbeit ist von bisher 10 auf künftig 8 Stunden reduziert; — die Vergütung erfolgt künftig nach BAT für kommunale Beschäftigte, vorher wurde im wesentlichen nach dem BAT Bund/Länder bezahlt; — der Rationalisierungsschutzvertrag schützt u.a. auch gegen Privatisierungsabsichten der Heimbetreiber.

Die ÖTV faßte auf ihrem diesjährigen Gewerkschaftstag einen neuen Beschuß zur Tarifpolitik. Sie strebt einen einheitlichen Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte an, sie will eine Politik entfalten für bessere Eingruppierungen. Inwieweit dies die Konkurrenz verschärft und die Hierarchie festigt, wird nicht als Gefahr benannt. Die praktische Umsetzung solcher Überlegungen im positiven Sinne sind im Vertragswerk des Rehazentrums tarifiert. Insofern kommt den Tarifverträgen bundesweite Bedeutung zu.

Der Vertragstext ist sehr verständlich abgefaßt und er gilt für Arbeiter und Angestellte gleichermaßen. Im Vertragstext steht für alle Beschäftigten das Wort „Arbeitnehmerin“.

Die Dokumentation umfaßt diejenigen Bestimmungen, die besser sind als im BAT des Bundes, der Länder oder der kommunalen Arbeitgeberverbände. Nicht dokumentiert sind gleichlautende Bestimmungen. Teilweise schlechter als im BAT sind die Vereinbarungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und nicht aufgenommen wurde die Unkündbarkeitsklausel bei 15 Jahren Dienstzeit.

§ 8, Regelmäßige Arbeitszeit, Arbeitsbereitschaft.

„... Für die Berechnung des Durchschnitts der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit ist in der Regel ein Zeitraum von 8 Wochen zugrunde zu legen; dabei darf die Arbeitszeit nicht mehr als auf 10 Arbeitstage, innerhalb von 2 Wochen, verteilt werden. Dabei soll die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht überschreiten.“

2. Über die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit sind unter Beteiligung des Betriebsrates Dienstpläne so aufzustellen, daß Unterbrechungen der Arbeitszeit (geteilter Dienst) ausgeschlossen werden ... 5. In Abteilungen, deren Aufgaben Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit erfordern, muß an Samstagen und Sonntagen und Wochenfeiertagen dienstplanmäßig gearbeitet werden. Es müssen im Monat jedoch zwei Wochenenden arbeitsfrei sein ... 6. Die Arbeitszeit beginnt und endet an der Arbeitsstelle, bei wechselnden Arbeitsstellen an der jeweils vorgeschriebenen Arbeitsstelle oder am Sammelplatz... 7. ... Der Nachtdienst — mit Ausnahme der Dauernachtwachen — darf nicht mehr als 1/4 der gesamten monatlichen Arbeitszeit ausmachen.“

Die Arbeitszeitverkürzung für 1989 und 1990 sind im Tarif enthalten, sowie die zusätzlichen 2 freien Tage. Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit wird durch obige Bestimmungen eingegrenzt. Der BAT für Bund/Länder läßt bei der Berechnung der Arbeitszeit einen längeren Zeitraum zu, erlaubt geteilten Dienst, Saisonarbeit, behandelt die freien Wochenenden als „Soll-Bestimmung“ und gebietet der Schichtausdehnung keinen Einhalt.

§ 15, Erschwerniszuschläge.

„1. Arbeitnehmerinnen, die unmittelbar mit der Betreuung von geistig- oder mehrfachbehinderten Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von monatlich DM 90,00.“

2. Arbeitnehmerinnen, mit Ausnahme nach Abs. 1 und solche, die in der Verwaltung tätig sind, erhalten einen pauschalierten Zuschlag (Erschwernis-/Schmutzzulage) in Höhe von monatlich DM 60,00.“

§ 22, Erholungsurlaub.

„2. Das Urlaubsgeld ist vor Antritt des Urlaubs auszuzahlen. Es bemäßt sich nach dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst der letzten 3 Kalendermonate vor Urlaubsbeginn, wenn die Arbeitnehmerin für diese Zeit Urlaub gehabt hätte.“

4. Der Urlaub soll grundsätzlich zusammenhängend gewährt werden. Er kann auf Wunsch der Arbeitnehmerin in mehreren Teilen genommen werden. Dabei muß jedoch ein Urlaubsteil so bemessen werden, daß dieser mindestens die Hälfte des ihr zu stehenden Urlaubs beträgt.“

Im BAT für Bund/Länder ist der Urlaubsanspruch des Beschäftigten auf mindestens zwei volle Wochen beschränkt. Mit obiger Regelung, anteilig am Gesamturlaub, sind bei einer 5-Tage-Woche drei Wochen Urlaubsanspruch durchgesetzt.

§ 23, Dauer des Erholungsurlaubes, Zusatzurlaub.

„2. Arbeitnehmerinnen, die unmittelbar die Betreuung geistig- oder mehrfachbehinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener wahrnehmen, erhalten Zusatzurlaub, im Schicht- und Wechselschichtdienst 4 Tage, und ab Vollendung des 50. Lebensjahres 5 Tage; das gleiche gilt für Dauernachtwachen. Daneben erhalten Arbeitnehmerinnen, zu deren Aufgaben auch unmittelbar die Versorgung von Kranken und Verletzten gehört, einen weiteren Zusatzurlaub von zwei Arbeitstagen.“

3. Als Arbeitstage gelten alle Kalendertage, außer Samstage, Sonntage und gesetzliche Feiertage.“

Der BAT für Bund/Länder und den kommunalen Arbeitgeberverbänden sieht eine gestaffelte Regelung für den Zusatzurlaub vor; je mehr Schichtarbeit, deshalb eher Zusatzurlaub. Obige Regelung anerkennt den Grundsatz, daß Schichtdienst überhaupt belastend für den Beschäftigten ist und er deshalb mehr Freizeit benötigt.

§ 26, Arbeitsbefreiung.

„4. Zur Teilnahme an Tagungen und Sitzungen wird den gewählten Vertretern der Gewerkschaften Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes erteilt.“

Der BAT regelt nicht verbindlich die Freistellung von Mitgliedern des Vertrauensleutekörpers.

Der Tarifvertrag regelt des Weiteren die *Rechtsstandswahrung* für diejenigen Beschäftigten, die in Einzelarbeitsverträgen günstigere Arbeits- und Vergütungsbedingungen haben.

Der Tarifvertrag kann frühestens zum Jahresende 31. Dezember 1991 gekündigt werden und die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, ohne vorherige Kündigung tarifvertragliche Änderungen betreff der Arbeitszeit, der Vergütungen/Zuschläge und des Urlaubes, aufzunehmen.

Ein offenes Problem ist der Landschaftsverband Rheinland als Kostenträger für das Heim. Der Landschaftsverband (in dem SPD und Grüne die Mehrheit haben) habe während des gesamten Streiks eine „dubiose Rolle“ gespielt und auch bisher noch nicht erklärt, ob er den Abschluß übernehmen werde, berichtete der ÖTV-Sprecher auf der Pressekonferenz. Dies werde man erst bei den Pflegesatzverhandlungen zwischen dem Heim und dem LSV erfahren.

Quellenhinweis: Tarifvertragstexte vom 15.9.1988; Nachrichtenheft der AG für Kommunalpolitik — (irs)

Ausstellung 1000 Jahre russische Kunst

„Also die Ikone hat so etwas Reines!“

Aus und vorbei ist sie, die erste Etappe der Ausstellung „1000 Jahre Russische Kunst“, die vom 14.8. bis 23.10. im Schloß Gottorf (Schleswig) verweilte und demnächst als zweite und letzte Station in der „westlichen Welt“ in Wiesbaden ihre Tore öffnen wird (21.11. bis 29.1.89). Danach wird alles wieder zurück in die Sowjetunion verschickt.

Im Zeichen von Glasnost wurde der Christianisierung der Rus 988 n.u.Z.R. (orthodoxe Kirche) u.a. mit einer großen Ausstellung bedacht, nämlich eben dieser. Die Rus waren ein Volksstamm, aus dem verschiedene russische Völker hervorgegangen sind. Genauer gesagt, ließ sich im Jahre 988 Großfürst Wladimir taufen und somit wurden alle ihm Untergebenen auch orthodox-christlich. Die Ausstellung wurde am 2.6.88 von Gorbatschow in Moskau höchst persönlich eröffnet. Aber was wird denn nun ei-

gentlich gezeigt? Hauptsächlich Ikonen, nebenbei Keramik, Schmuck, Buchdruck und Gemälde. Ikonen sind Bilder, die innerhalb der orthodoxen Kirche der Anbetung von Heiligen dienen, die eine Funktion als Schutzpatrone innehaben. Sie werden geschmückt, geküßt und beweihräuchert. In der Ikone (in ihr werden nur Heilige oder Heilserlebnisse figürlich dargestellt) wird für den Beter der Heilige bzw. das Ereignis gegenwärtig. Es wird nicht erzählt, sondern erlebt. Die Ikone wird nach festen Regeln gemalt. Die Malweise ist meistens mittelalterlich, d.h. es gibt Symbolfarben, keine Perspektive in der Darstellung, stilisierte Körperteile. Sie hat sich über Jahrhunderte nicht weiterentwickelt. Sie kann auch als Spiegel der allgemeinen rückständigen Gesellschaftsstruktur gesehen werden. Die Ikonen wurden seit ihrer Entstehung etwa im 11. Jh. bis ins letzte Jahrhun-

dert in sogenannten „Schulen“, sprich Werkstätten hergestellt. Es waren zumeist Einzelstücke.

Erst im 18. Jh. wurde durch Peter den Großen in Rußland das Ende des Mittelalters eingeläutet. Seine Reformen erleichterten die Entstehung frühkapitalistischer Produktionsweisen in Rußland, z.B. nimmt sehr rasch die Zahl der Manufakturen zu. Dennoch herrschen nach wie vor feudale Verhältnisse und der Zar herrscht unumschränkter als zuvor. In den Manufakturen arbeiten v.a. Leibeigene. Gleichzeitig wird der innerrussische Markt gestärkt und nach Westen hin geöffnet. Diese Einflüsse schlagen sich natürlich auch in den Ikonen nieder, denn nun tauchen darin auch barocke Einflüsse auf. In dieser Zeit werden auch die ersten Porträts „nach dem Leben“ in Rußland gemalt. Die Ikonenmalerei wird zu einer besonderen — bislang war es die einzige — Kunstrichtung der darstellenden Kunst. Bis zum 19. Jh. war die Ikone nur den privilegierten Schichten zugänglich. „Im 19. Jh. wurde die Ikonenmalerei zu einer Kunstform für die breite Masse. Die großen Moskauer und Petersburger Ikonenwerkstätten bringen ihre Produkte auf den Markt. Viele dörfliche Ateliers entstehen, die den Markt mit primitiven, künstlerisch wertlosen Ikonen überschwemmen. Das Niveau der Ikone sinkt rapide ... dessen ungeachtet erwacht besonders im 19. Jh. das Interesse an der Vergangenheit und auch an den Ikonen neu.“ (Katalog) Im Zuge des Panslawismus also gab es eine chauvinistische Bewegung, die sich der allmählich untergehenden Werte annahm. Daß dann im Zuge der Massenproduktion das künstlerische Flair verloren ging, scheint die Verfasser des Kataloges sehr zu betrüben.

Warum nun gerade Schloß Gottorf? Das ist leicht erzählt. Im 17. Jh. versuchte man von Gottorf aus Handelswege nach Persien durch Rußland zu erlangen (dort gab es Seide). Das Ganze scheiterte an den Schweden, die bis dahin den Ostseeraum vollständig beherrschten. Anfang des 18. Jh. wurden diese im Rahmen einer Expansions-

politik der Russen von dort vertrieben. Nun holte Peter der Große Karl Friedrich von Gottorf an seinen Hof und verkuppelte ihn mit seiner Tochter Anna Petrowna. Nach dem Tode Peters gab es ein großes Machtgerangel und so ging der Zarentitel an Karl vorbei. Der Sohn aus dieser Ehe allerdings, (Karl Peter Ulrich) heiratete wieder an den Zarenhof, nämlich Sofie von Anhalt-Zerbst (die sich später zu „Katharina die Große“ mauserte). Dadurch erlangte er den Zarentitel, und die Gottorfer saßen bis zum Schluß fest im Sattel der Dynastie der Romanows.

Was aber steht nun hinter dieser Ausstellung? Auf alle Fälle viel Geld. Im Schloß wurden 14 Räume vollständig neu hergestellt. Die alte Schloßküche wurde reaktiviert und nun gibt es vom ortsansässigen Nobelhotel kulinarische Ergüsse serviert. Die Versicherung der Ausstellung beträgt satte 300 Millionen und die Ausstellung selbst hätte normalerweise um die 20 Millionen gekostet. Die Sowjetunion kam aber den westdeutschen Veranstaltern sehr entgegen und so wurden nur 2 Millionen gebraucht. Diese Summe wurde von der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein aufgebracht. Mittlerweile konnte diese Ausgabe aber durch Eintrittsgelder und Katalogverkauf wieder eingefahren werden. Ein kleines Kunstmekka ist das Schloß für eine kurze Zeit bei der ikoneninteressierten Kunstwelt geworden. Dabei ist Schloß Gottorf wieder zu europaweiter Anerkennung gekommen, so zumindest sagt es Professor Spielmann, der Leiter des Landesmuseums Gottorf. Dies liegt zum Großteil daran, daß die Werke noch nie zuvor außerhalb der Sowjetunion gezeigt worden sind.

So war denn der Besucherstrom beträchtlich. Erst kürzlich bejubelte man den 100000sten Besucher. Spielmann äußert sich darüber äußerst zufrieden und will versuchen, in mittelfristigen Abständen wieder solche Fische an Land ziehen. Dies wäre seiner Ansicht nach in der Wintersaison am besten, da gäbe es dann einen Aufschwung in der struktur-



Hat die Welt je so etwas gesehen: eine Schlange im goldenen Westen Gibt's da etwa Weihnachtsbutter?

schwachen Region. Teilweise hat der Professor damit recht, denn rund um Schleswig sind seit Eröffnungsbeginn keine Hotelbetten mehr zu bekommen. Es wird denn auch fast als Zumutung empfunden, auf die benachbarten Privatpensionen ausweichen zu müssen. Welch eine Entwürdigung für solch ein erlesenes Publikum!

Neben diesen lokalen Wirtschaftsinteressen muß es aber noch andere Interessen an dieser Ausstellung geben. Beim 100000sten Besucher war erst eine 66%ige Dekkung der Ausgaben gegeben, und man hatte nicht mit solch einem Andrang gerechnet. Man läßt es sich also etwas kosten. Hinweise auf andere Motive findet man in den diversen Ansprachen und Zeitungsartikeln, in denen immer wieder auf das westdeutsch-sowjetische Kulturabkommen von 1973 hingewiesen wird. Man möchte eben mehr von einander wissen. Die Zeichen der Geschichte stehen dabei günstig, gerade jetzt, wo die Perestroika so unheimlich gut bei den Herrschenden ankommt, und es sogar wieder einen Markt geben wird, da besinnen sich die Mittelschichten und Bourgeois wieder auf gutbürgerliche Gemeinsamkeiten. Man war ja eigentlich immer schon, zumindest geschichtlich betrachtet, miteinander verbunden. Einmal über die Dynastie, und dann der christliche Glaube als Kern der abendländischen Kultur. So gibt es nichts, aber auch gar nichts in der Ausstellung, das nicht mit Religion oder Kirche zu tun hat. Der ideologische Aspekt würde auch die Umbenennung von „1000 Jahre orthodoxe Kirche in Rußland“, dem eigentlichen Anlaß der Ausstellung in Moskau, in „1000 Jahre Russische Kunst“ erklären. Soll hier etwa suggeriert werden, daß es nie eine andere Kultur der Rus gegeben hat bzw. es keine andere, „wirkliche“ Kultur in der Sowjetunion gibt? Es wurde von den Verfassern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nicht alle Aspekte der russischen/sowjetischen Kultur beleuchtet werden. Das Riff soll also geschickt umfahren werden. So kommen Fragen danach, was denn eigentlich vor der Chri-

stianisierung an Kultur vorhanden war, erst gar nicht auf. Auch fällt es dann nicht weiter auf, wenn die russische Avantgarde nur insoweit erwähnt wird, als sie sich mit christlichen Motiven beschäftigt. Auffallend ist auch, daß die Domgemeinde Schleswig parallel zur Ausstellung eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „1000 Jahre orthodoxe Kirche in Rußland“ durchführte.

Immer wieder wird auch von der Ikone und ihrer Verankerung im russischen Volk geredet, dies aber nirgends belegt. Stattdessen wird — was mehr einleuchtet — auf ihre Funktion in den Kirchen bzw. in den Residenzen der Herrschenden (Schutzpatrone des Staates usw.) hingewiesen. Man findet keinen Hinweis, worauf sich diese Verankerung begründet, sofern sie tatsächlich bestand. Auch spielen die Arbeitsbedingungen, unter denen diese auch so heiligen Dinger hergestellt wurden, gar keine Rolle in der Ausstellung. Es wird immer nur von der reinen, guten Ikone gesäuselt; ab dem Zeitpunkt, zu dem sie für eine breitere Schicht erschwinglich wird, ist es auch schon vorbei mit der hehren Kunst. Auf solche Art von Kunst, die nur den privilegierten Geifern etwas gibt, die sich so nebenbei Krimsek und Kaviar „reinziehen“, kann man wohl getrost verzichten.

Natürlich ist nicht der größte Teil der Besucher dieser Sorte zuzurechnen. Das verbindende christliche Motiv scheint da eine große Rolle zu spielen. Dies würde auch den großen Erfolg der Ausstellung erklären. Die unermüdlichen Hinweise auf die Repressalien gegenüber der Kirche in der Sowjetunion und das erschlagende Dreinhauen auf die gemeinsame Vergangenheit und Kultur lassen einbrisantes Gemisch entstehen, daß eines Tages wieder als Teillegitimation für eine gewaltsame „Zusammenführung“ dienen könnte, zumal die Sowjetunion diesem Gerassel nichts entgegensezt, sondern es auch noch tatkräftig unterstützt.

Quellenhinweis: Katalog zur Ausstellung. ISBN 3-89258-005-7, 48.50 DM: diverse Schleswiger Nachrichten April-Oktober88 — (rwe)

Bismarck und danach

Die Politik der Sozialisten gegen Antisemitismus

Es gibt heute wenig praktische Zusammenarbeit z.B. der jüdischen Kultusgemeinden und der VVN gegen Antisemitismus und gegen Faschismus; während des Faschismus war eine entsprechende Zusammenarbeit unmöglich. Wie war die Politik der Sozialisten gegenüber dem Antisemitismus im Kaiserreich?

Für Marx war die Judenfrage kein zentrales Thema. In dem Artikel „Zur Judenfrage“, geschrieben 1843, setzt sich Marx mit zwei Schriften von Bruno Bauer auseinander. Er schreibt: „In Deutschland, wo kein politischer Staat, kein Staat als Staat existiert, ist die Judenfrage eine rein *theologische* Frage. Der Jude befindet sich im *religiösen* Gegensatz zum Staat, der das Christentum als seine Grundlage bekennt.“ (MEW 1, S. 351) Marx hebt die Notwendigkeit der Trennung von Kirche und Staat sowie vor allem die — damit nicht erledigte — Kritik der Religion hervor.

Eine Bündnispolitik für die Trennung von Kirche und Staat scheint es nicht gegeben zu haben. In der Sozialdemokratie selbst gab es teilweise antisemitische Positionen: Die Lassalleianer hofften auf politische und soziale Emanzipation durch ein Bündnis mit dem konservativen Staat und griffen die Marxisten ebenso wie die liberale Bourgeoisie als „verjudet“ an.¹ Engels setzt sich mit dem Antisemitismus 1876-78 im „Anti-Dühring“ auseinander: „Der bis ins Lächerliche übertriebne Judenhaß, den Herr Dühring bei jeder Gelegenheit zur Schau trägt, ist eine, wo nicht spezifisch preußische, so doch spezifisch ostelbische Eigenschaft.“ (MEW 20, S. 104)

Laut Massing hat es zwischen 1870 und 1890 mehrere Wellen massiver antisemitischer Propaganda gegeben, ihr Zentrum war zunächst preußisch-protestantisch, später dominierte die völkische Richtung. Hauptpersonen waren Wilhelm Marr, Adolf Stoecker, Otto Boeckel, Hermann Ahlwardt; die Auflagen ihrer Schriften waren horrend. In der ersten Phase, als der Hofprediger Stoecker, teilweise mit Rückendeckung von Bismarck und dem Kaiser, den Antisemitismus als direktes Manöver zur Spaltung und Verwirrung in die Arbeiterbewegung trug, wies das die Sozialdemokratie entschlossen und schließlich erfolgreich zurück. In der zweiten Phase aber, um das Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890 herum, ließen die Fronten anders. Der völkische „Radau-Antisemitismus“ stellte eine Verbindung mit der Landbevölkerung her. Die Agrarfrage war in der Sozialdemokratie umstritten, die Debatte über Antisemitismus wurde auf den Parteitagen 1891 und 1892 vertagt, fand aber 1893 statt.

Engels hatte 1890 in seinem Artikel „Über den Antisemitismus“ geschrieben: „Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, und dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben.“ (MEW 22, S. 50) Vier Jahre später schrieb er in „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“: „Wir können den Bauer, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen, ebensowenig wie den kleinen Handwerksmeister, der sich als Meister verewigen will. Diese Leute gehören zu den Antisemiten. Mögen sie zu diesen gehn, sich von diesen die Rettung ihres kleinen Betriebs versprechen lassen: haben sie dort erfahren, was es mit diesen glänzenden Phrasen auf sich hat und welche Melodien die Geigen spielen, von denen der antisemitische Himmel voll hängt, dann werden sie in stets wachsendem Maß einsehen, daß wir, die wir weniger versprechen und die Rettung in einer ganz andern Richtung suchen, daß wir doch die sicherern Leute sind.“ (MEW 22, S.

499) Revolutionäre Politik stand im Widerspruch zu existenzsichernden Forderungen für die Bauern; Untergang der alten Mittelklasse war unvermeidlich. Im von Bebel formulierten Beschuß von 1893 wird der Antisemitismus bezeichnet als „Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt“. Die Bedrohung wurde erheblich unterschätzt.

Quelle: ¹ Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, EVA 1986 — erschienen auf englisch 1949 —, S. 164; ² S. 195 — (ael)

wird Gottes Liebe und Sorge für sein Volk mit denen einer Mutter verglichen: Wie eine Mutter hat Gott die Menschheit und insbesondere sein auserwähltes Volk in seinem Schoß „getragen“; er hat es unter Schmerzen geboren; er hat es genährt und getröstet (vgl. Jesaja 42,14; 46,3-4; Jeremia 31,20). „Doch Zion sagt: Der Herr hat mich vergessen. Kann denn eine Frau ihr Kind vergessen, eine Mutter ihren eigenen Sohn? Und selbst wenn sie ihr Kind vergessen würde: Ich vergesse dich nicht. (Jesaja 49, 14-15)“

Das Ergebnis der Recherchen ist keine umwälzende feministische Theologie, sondern Grundlage der Würde der Frau bleibt das alte Rollenbild aus patriarchalischer Zeit, das Bild der Frau als Mutter und Jungfrau. Zunächst zur Mutter: „In dieser Bereitschaft, im Empfangen und Gebären eines Kindes, findet die Frau durch ihre aufrichtige Selbstingabe sich selbst“. In diesem Sinne antwortet Maria dem Engel, der ihr verkündet, daß sie die „Gottesgebäerin“ werden soll, mit dem Satz: „Ich bin die Magd des Herrn“. Die Würde der Frau, das ist ihre gottgewollte Einheit mit dem Kind. Diese Einheit bedeutet die „vollkommene Fülle“ all dessen, „was charakteristisch für die Frau und das ‚Weibliche‘ ist.“ „In diesem Sinne ist die Frau Vertreterin und Urbild der ganzen Menschheit: Sie vertritt das Menschsein, das zu allen Menschenwesen, Männern wie Frauen, gehört. Andererseits stellt das Ereignis von Nazareth eine Form der Verbundenheit mit dem lebendigen Gott dar, die nur der ‚Frau‘ Maria zukommen kann: Die Verbundenheit zwischen Mutter und Sohn. Die Jungfrau aus Nazareth wird tatsächlich Mutter Gottes.“

Ob der Papst wirklich annimmt, daß sein siebzig Seiten umfassendes Pamphlet die Frauen zur Besinnung und Umkehr bringt? Solange die Ausgebeuteten und Unterdrückten sich ihr Elend nicht ausreichend erklären und somit auch beseitigen können, werden sie immer dazu neigen, religiösen Hoffnungen Glauben zu schenken. Und wenn es nur so viel ist, daß auch für sie Maria zum Beispiel einer Mutter wird, die die tägliche Plage um das Kind auf sich nimmt und wunderbar dafür belohnt wird. Nicht jede päppelt ein Gotteskind groß, aber vielleicht doch eines, aus dem etwas Besonderes, Besseres wird. Je passender dafür die soziale Lage einer Frau ist — gut situierte Wohnung, besser verdienender Ehemann, beste Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten — desto eher treten solche Hoffnungen in den Bereich der Möglichkeiten. Nicht zufällig sind deshalb gerade solche sozialen Kreise für derartige religiöse, naturnah-biologistische Wesenserklärungen der Frau zugänglich. Im Müttermanifest der Grünen z.B. war einiges dazu zu lesen. Der Papst kann darauf rechnen, daß sein Apostolisches Schreiben auch außerhalb kirchlicher Grenzen wirkt. Mit seinem Angebot, daß eine besondere „Gnadenfülle“, „Fülle der Vollkommenheit“, „Urbild der ganzen Menschheit“ allen Frauen zugesprochen werden kann, nähert sich der Papst in verlockender Weise den Vorstellungen solcher feministischer Kreise, für die die Frau der bessere Mensch ist; und zwar unveräußerlich und angeboren. Hier kommen göttliche Gnade und feministische Natur zusammen. Im päpstlichen Jargon heißt das: „Aber die Gnade schiebt niemals die Natur bei Seite, noch hebt sie sie auf; sie trägt vielmehr zu ihrer Vervollkommenung und Veredelung bei.“

Nachgezeichnet: die Jungfrau

Die zweite Dimension der Berufung der Frau ist die Jungfräulichkeit. Auch sie ergibt sich aus der Natur der Frau: „In der freiwillig gewählten Jungfräulichkeit bestätigt sich die Frau als Person, das heißt als jenes vom Schöpfer von Anfang an um seiner selbst willen gewollte Wesen, und gleichzeitig realisiert sie den personalen Wert ihres Frauseins, indem sie zur ‚aufrichtigen Hingabe‘ an Gott wird, der sich in Christus offenbart hat, zu einer Hingabe an Christus, den Erlöser des Menschen und Bräutigam der Seelen: zu einer ‚bräutlichen‘ Hingabe also.“

Sklave sein, sich ausbeuten lassen, die dreckigste Arbeit verrichten, von früh bis spät schuften, tut niemand gern. Verrichtet werden diese Dinge nur unter Zwang und gegen Geld. Es gibt für die arbeitenden Klassen dazu keine Alternative im

Der Papst an die Frauen

Selbstingabe oder Vermännlichung

Die Kirche hat Probleme mit den Frauen. Sowohl in der evangelischen wie in der katholischen Kirche werden Forderungen gestellt: Die Frauen wollen das volle Pfarramt, sie kämpfen gegen das Zölibat und wollen sich nicht vollends Geburtenkontrolle und Abtreibung verbieten lassen. Die feministische Theologie rüttelt an dem patriarchalischen Gottesbild.

Auf den zahlreichen apostolischen Reisen des Papstes in die katholische Welt, waren es oftmals gerade seine getreuesten Frauen, die Ordensschwestern und Nonnen, die seine Ansprachen und feierlichen Hochämter mit Pfiffen und Buhrufen störten. So geschehen in den Niederlanden und den USA.

Der Heilige Vater hat bemerkt, daß ihm einige Schäfchen abtrünnig werden wollen. Da die wachsende Emanzipationsbewegung kirchliche Inhalte und Strukturen bedroht, sieht sich der Papst gezwungen, zum Ende des der Mutter Gottes und Heiligen Jungfrau Maria geweihten Jahres 1987/1988 mit einem sogenannten Apostolischen Schreiben zu reagieren.

Der Goldrahmen: die Würde

Das Thema des Apostolischen Schreibens lautet: „Die Würde und Berufung der Frau“.

Der Form nach ist dieses päpstliche Rundschreiben keine theoretische bzw. philosophische Abhandlung, die argumentierend ihre Positionen vorträgt. Wer argumentiert, begibt sich mit Begriffen und Kategorien in die unmittelbare Auseinandersetzung, er riskiert, auf Widerspruch zu treffen und widerlegt zu werden. Der Heilige Vater zieht es vor, in der „ihm lieb gewordenen Form“ einer Meditation zu den Frauen zu sprechen. Er versucht dadurch den Eindruck zu vermitteln, daß alle menschlichen Probleme und die Frage nach dem Frau-Sein durch die Heilige Schrift gelöst werden, wenn der Mensch sich gefühlsmäßig ihr öffnet. Da in vielen Kreisen der Frauenbewegung Gefühle und Zärtlichkeit bewußt an die Stelle „männlicher“ Analyse gesetzt werden, ist diese rhetorische Taktik des Apostolischen Schreibens durchaus erfolgversprechend.

Die Frauenbewegung richtet ihren Blick stark auf das Matriarchat, weil sie dort eine historische Zeit gefunden zu haben glaubt, die den Frauen Ansehen und Würde sicherte. Läßt sich das nicht, bei etwas emotionaler Bereitschaft, mit dem paradiesischen Urzustand der Schöpfung, den die Kirche zu präsentieren weiß, zur Deckung bringen? Beide suchen sie das Verlorene als das erstrebenswerte Ziel . . .

Wer besonders unterdrückt, benachteiligt und diffamiert wird, wer aufgrund seiner Besonderheit (sprich: als Frau) laufend angemacht wird, ist, so sagt er sich wohl, zugänglich für die ideologische Verklärung der fehlenden Würde. Diese sollen aber die Frauen ebenso wie die Männer grundsätzlich und unverlierbar dadurch gewonnen haben, daß „Gott sie nach seinem Bilde schuf“.

In Öldruck: die Mutter

Sorgfältig hat der Papst deshalb das Alte und Neue Testament auf passende Stellen hin durchwühlen lassen, in denen Gott weibliche Züge trägt. Er schreibt: „An verschiedenen Stellen

gegenwärtigen System. Der Papst bietet uns scheinbar eine an. Etwas tun, wofür man nicht bezahlt wird, soll gerade das sein, was positive menschliche Beziehungen aufbaut: Um der Liebe willen dem anderen Menschen dienen. Dies geschieht vor allen Dingen in den klassischen Bereichen wie Ehe, Familie, Haushalt, Kindererziehung und den vielfältigen sozialen Diensten. Diese Tätigkeiten werden den Frauen zugeschoben. Sie sind von Natur aus prädestiniert, die kahle, materialistische Welt mit ihrer fräulichen Liebe zu füllen. Erklären sich die Frauen dazu bereit, verwirklichen sie sich selbst und verändern diese böse Welt mehr als Männer dies durch große Taten tun. In diesem Sinne ist das Dienen der Frau eigentlich ein Herrschen: „Dieser Dienst ist es, der das Fundament zu jenem Reich legt, in dem dienen ... herrschen bedeutet“.

Die besondere Unterdrückung der Frau wird demnach nicht beseitigt durch Teilnahme an Produktion und Klassenkampf und Erringung der politischen Macht, sondern durch Rückzug in die alten Bereiche von Ehe, Familie und Mutterschaft, jene Orte, die gerade die Brutstätten für diese besondere Unterdrückung der Frauen sind.

Um nicht massenhaft Frauen für ihre Zwecke zu verlieren, Frauen, die — aus welchem Grunde auch immer — Ehe, Familie und Mutterschaft nicht praktizieren können und wollen, schafft die Kirche einen Ausweg für die Unverheiratete, Kinderlose, der Familie Überdrüssige. Als dienende Jungfrau kann sie ganz Frau bleiben: Christus wird zum Bräutigam, die soziale Gemeinschaft zur Familie, die Fürsorge an Armen, Kranken und Bedrückten zur Mutterschaft. Eine Verwirklichung der Frau durch Beruf und Teilnahme am öffentlichen Leben kommt mit keinem Worte vor; sie bleibt nur dem Mann vorbehalten. Für die Frau gibt es als Lebensziel nur die Mutterschaft in der einen oder anderen Form: „Die Jungfräulichkeit nimmt der Frau in der Tat nicht ihre besonderen Eigenschaften. Geistige Mutterschaft kennt vielfältige Formen. Im Leben der gottgeweihten Frauen ... wird sie sich als Sorge für die Menschen, besonders für die am meisten Bedürftigen äußern: Kranke, Behinderte, Ausgesetzte, Waisen, alte Menschen, Kinder, Jugendliche, Gefangene und, allgemein, Existenzien am Rand der Gesellschaft.“

Ein Programm, bei dem alle reaktionären Parteien und Regierungen nur jubeln können! Paßt es doch wunderbar auf deren Konzept, die soziale Bereiche der Gesellschaft finanziell und personell ausbluten und durch opferwillige Frauen versorgen zu lassen.

Wenn Frauen darauf reinfallen, ist es die alte Geschichte: Wer keine große Lust verspürt, sich in der Ehe und Mutterschaft mit Mann und Kindern abzuplagen, findet hier einen wohlgeordneten Ausweg ohne sich als Frau unmöglich zu machen. Naürlich wählen die wenigsten den Weg als Nonne und das Interesse, eine „alte Jungfer“ zu werden, ist auch nicht sehr groß. Was der Papst hier aber allgemein als Sinngebung für die Frau verspricht, läßt sich für Millionen frustrierter Frauen in ihrem Alltag verwerten. Hat eine Frau keine Kinder, freut man/frau sich für sie, wenn sie wenigstens ein Kinderfest veranstaltet. So ganz ohne Kinderersatz wäre es ja doch zu unverständlich. Solchen Ansichten hilft der Papst ein wenig nach. Mißverständnisse zwischen ihm und den Frauen kann es am ehesten noch geben, wenn sie auch folgende sexualethische Richtlinie verwirklichen sollen: „Eine Ordensfrau findet auf diese Weise in allen und jedem einzelnen den Bräutigam, den einen mit immer anderem Angesicht ...“

Der Lack ist ab: der Sündenfall

Vom Bild der Jungfrau und Mutter Maria ist im Laufe der Jahrhunderte der Lack abgefallen. Das weiß auch der Papst. Die Benachteiligung der Frau in unserer Gesellschaft, die spürbare Vorherrschaft des Mannes ist auch kirchlicherseits unbestritten. Dafür findet die Kirche eine plausible Erklärung: Sie greift auf den alten Mythos vom Sündenfall Adams und Evas zurück: Ja, es gab ein heiles, gerechtes Vorher. Es gab Verhältnisse, die gut gewesen sind, wo die Frau etwas galt. Aber menschliche Urschuld, die sich durch die Generationen fortpflanzt, hat alles verdorben. Und den Frauen, die eben

noch in Würde ihren Blick zur Mutter Gottes erheben durften, wird nun gesagt, daß es ihre eigene Sünde selbst ist, die sie zu Unterdrückten macht: „Sie sind von der erblichen Sündhaftigkeit belastet und tragen den ständigen ‚Sündenkeim‘ in sich, das heißt die Neigung zur Verletzung jener sittlichen Ordnung, die der Vernunftnatur und moralischen Würde des Menschen als Person entspricht.“ Eine Zwickmühle, aus der nicht herauszukommen ist. Wehrst du dich als Frau gegen die Vorherrschaft des Mannes, tust du gerade das, was für dich schädlich ist. Denn die Ursache deiner Unterdrückung ist von Anfang an Auflehnung und Widerstand. Hätte Eva nicht alles besser wissen wollen, gäbe es für sie heute noch die Gleichheit der Geschlechter. Also: Übe dich in freiwilliger Selbstingabe, um nicht erneut deine Unterdrückung zu provozieren. Logisch: Wer sich selbst unterwirft, braucht nicht mehr unterworfen zu werden!

Als Trostpflaster gilt, daß ja auch der Mann für seine Auflehnung gegen Gott bestraft wird, Genesis 3,19: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis du wieder zur Erde werdest, davon du genommen bist.“ Kann nicht von daher die Frau ihre Strafe leichter tragen? Genesis 3,16: „Und dein Verlangen soll nach deinem Manne sein, aber er soll dein Herr sein.“ Schöne Gerechtigkeit Gottes: Er darf ausgebeutet und sie noch zusätzlich von ihm unterdrückt werden. Verständlich, warum die Herrschenden der letzten zweitausend Jahren im christlichen Abendland diese Ideologie kräftig genutzt haben! Erst in dem Maße, wie sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten — Männer und Frauen — von solchen ideo-logischen Fesseln befreien, werden sie einen Ausweg aus dieser Zwickmühle finden.

Die Kirche ahnt natürlich, was in diesem Sinne auf sie zu kommt. Vorsorglich verwarnt der Papst in seinem Schreiben immer mal wieder beide — Mann und Frau — wenn sie mit allen Mitteln aus ihrem Elend auszubrechen suchen. „Sie sind von der erblichen Sündhaftigkeit belastet und tragen den ständigen ‚Sündenkeim‘ in sich, das heißt die Neigung zur Verletzung jener sittlichen Ordnung, die der Vernunftnatur und moralischen Würde des Menschen als Person entspricht. Diese Neigung kommt in der dreifachen Begierde zum Ausdruck, die der apostolische Text als Begierde der Augen, Begierde des Fleisches und Prahlen mit dem Besitz angibt (vgl. 1. Johannes 2,16).“

Damit hat der Papst natürlich alle im Griff: den kleinen Ladendieb, der nach der Schallplatte schiebt, wie den großen Börsenhai, der noch ein Atomkraftwerk bauen läßt!

Den brutalen Vergewaltiger genauso wie den kindisch Verliebten. Der stolze Autobesitzer wird neben den ausbeutenden Besitzer von Produktionsmitteln gestellt. Wer gierig seinen Hunger stillt, ist nicht besser als der, der unersättlich Kapital anhäuft. Fleißig werden sie alle in einen Topf geworfen. Die Lösung ist, daß sie sich in ihrer Begierde alle etwas mäßigen!

So sehr der Papst die Klassenfrage über einen Kamm schert, so konsequent bleibt er doch bei der getrennten Rollenzuordnung von Mann und Frau. Von ihr, der Frau, verlangt er eben doch ein bißchen mehr Mäßigung. Nichts ist schlimmer für sie, als wenn sie sich männlicher Verhaltensweisen bedient: „Daher darf auch der berechtigte Widerstand der Frau gegen die Aussage der biblischen Worte: ‚Er wird über dich herrschen‘ (Genesis 3,16), unter keinen Umständen zur ‚Vermännlichung‘ der Frauen führen. Die Frau darf nicht — im Namen der Befreiung von der ‚Herrschaft‘ des Mannes — danach trachten, sich entgegen ihrer fräulichen ‚Eigenart‘ die typischen männlichen Merkmale anzueignen. Es besteht die begründete Furcht, daß sich auf solchem Weg die Frau nicht ‚verwirklichen‘ wird, sondern vielmehr das entstellen und einbüßen könnte, was ihren wesentlichen Reichtum ausmacht.“ Klassenherrschaft muß Klassenherrschaft und Frau muß Frau bleiben!

Quellenhinweis: Apostolisches Schreiben MULIERIS DIGNITATEM von Papst Johannes Paul II. über die Würde und Berufung der Frau anlässlich des Marianischen Jahres; 15. August 1988. Herausgegeben vom Sekretariat des Deutschen Bischofskonferenz; L’Osservatore Romano, 7. Oktober 1988 — (edl. hel)

Arbeitsbedingte Erkrankungen

Ursachen beseitigen! Anerkennung als Versicherungsfälle!

Die bürgerliche Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz von den Opfern der kapitalistischen Profitwirtschaft, allenfalls kann man ein Ansteigen von Berufskrankheiten vermittelt entnehmen aus den wachsenden Klagen über die zunehmenden Kosten, die das Gesundheitswesen macht. Man muß schon Leser ärztlicher Spezialliteratur, gewerkschaftlicher oder sonstiger Experten sein, um etwas über die Entwicklung der arbeitsbedingten Erkrankungen zu erfahren. Da sich mit den Umwälzungen der kapitalistischen Produktion in den letzten Jahren sowohl durch die Anwendung neuer Arbeitsverfahren und neuer Arbeitsstoffe als

auch durch zunehmende Arbeitsintensität eine Reihe neuer Belastungen und Folgeerkrankungen ergeben haben, wollen wir im folgenden versuchen, dem Leser einen gewissen Überblick zu geben.

Aus allen Berichten und Untersuchungen geht hervor, daß neben der Erweiterung der Einspruchs- und Kontrollmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten eine weitergehende Anerkennung beruflich bedingter Erkrankungen in der Unfallversicherung die Zügellosigkeit der Kapitalisten dämpfen könnte. — (alk, gea, gka, mal, sul)

Betriebliche Untersuchung zu Schweißerarbeit und Gesundheit

Im ersten Halbjahr 1987 führten Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute bei Schörling Kommunalfahrzeuge, Werk Nord, eine Untersuchung über das Gesundheitsbefinden und die Arbeitsbedingungen von Schweißern durch. Im Vorwort seines Berichts schreibt der Betriebsrat: „Die Ergebnisse mahnen eindringlich, krankmachende Arbeitsbedingungen zu beseitigen. Dabei verstehen wir die betriebliche Arbeitssituation keineswegs als Ausdruck etwa eines mittelalterlichen Ausnahmezustandes. Etwa 4,1 Millionen (19%) der Erwerbstätigen arbeiten ‚praktisch immer oder häufig‘ in gebückter Körperhaltung, 4 Millionen (8%) arbeiten ‚praktisch immer oder häufig‘ in Rauch, Staub, Gasen oder Dämpfen. Die Chance des ‚durchschnittlichen‘ Beschäftigten, gesund alt zu werden, ist gering . . . Dieser unmenschlichen Entwicklung mit den Mitteln des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes entgegenzuwirken, wird der vorliegende Bericht dem Betriebsrat und den Vertrauensleuten Anlaß sein.“ Der nachfolgend in Auszügen dokumentierte Bericht gliedert sich in die Bestdandsaufnahme, die Entwicklung von Forderungen und die Untersuchung des rechtlichen Handlungsrahmens. Einige Verbesserungen, z.B. die Anschaffung eines Absauggeräts für Schleifstaub, wurden in Folge der Verhandlungen über den Bericht inzwischen durchgesetzt. Über weiteres laufen gegenwärtig Gespräche. Der vollständige Bericht kann über den Betriebsrat angefordert werden.

Schwerpunkt Schweißer- Arbeitsplätze

... Ausgehend von den informell bekannten und den beklagten Gesundheitsproblemen — im Unterschied zu frühe-

ren Jahren treten augenscheinlich schwere und ähnliche Erkrankungen häufiger auf — und Hinweisen aus Literatur und Presse beginnen Betriebsrat und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute Ende 1986 unter der Losung

„Arbeit darf nicht krank machen — Schweißerarbeit bei Schörling, Zweigwerk Nord“

mit Untersuchungen an den Schweißer-Arbeitsplätzen.

Im Dezember 1986 kündigt der Betriebsrat in einem Aushang eine Befragung der Schweißer an. Das Hauptaugenmerk soll vor allem auf zwei Dingen liegen:

- Gefährdung durch Gase, Rauche und Stäube und
- die Arbeit in Zwangshaltungen . . .

Fragebogen zur Gesundheit

Zur Erhebung über die Gesundheitslage der Schweißer (einschließlich „Schlosserschweißer“, also Schlosser mit regelmäßiger wiederkehrenden häufigen Schweißerarbeiten) führt der Betriebsrat im Januar 1987 eine Befragung durch. Alle 17 Schweißer und „Schlosserschweißer“ füllen den Fragebogen aus. Die Ergebnisse sind alarmierend.

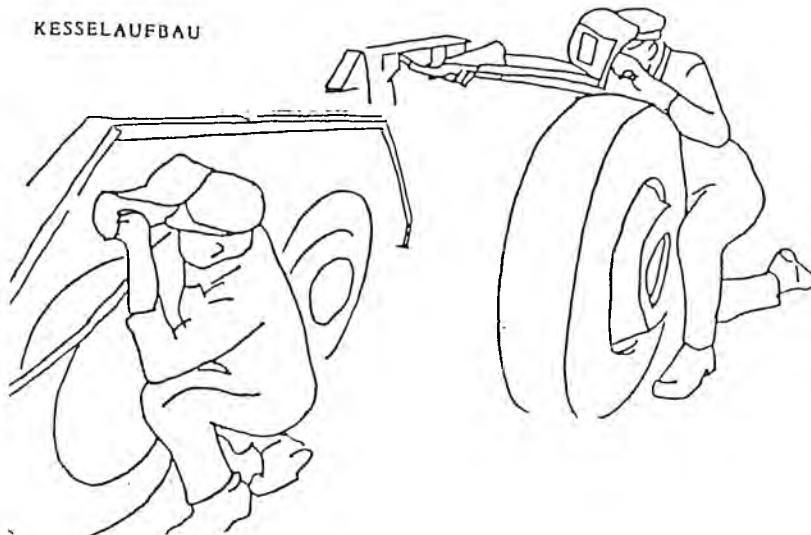
„Die Auswertung der Fragebögen ergab folgendes Ergebnis:

- 35% leiden häufig an Kopfschmerzen
- 29% leiden häufig an Kurzatmigkeit
- 29% haben häufig Schweißausbrüche ohne besondere Anstrengung
- 35% sind häufig nervös
- 24% leiden unter Appetitlosigkeit
- 29% sind häufig deprimiert
- 41% haben häufig Magenschmerzen
- 29% leiden unter Sehstörungen
- 24% haben häufig Konzentrationsstörungen
- 18% wird häufig schwindelig
- 47% fühlen sich vorzeitig müde oder schlaff
- 65% haben häufig Augenreizungen
- 41% haben schlechte Arbeitsbedingungen beim Meister gemeldet.

Doch auf die Frage, ob sich die Beantwortungen positiv verändert haben, antworteten nur ganze 12% mit Ja!

71% der Schweißer sind der Meinung, daß die Beschwerden auf die Bedingungen zurückzuführen sind, unter denen sie arbeiten müssen.“

aus: Der Betriebsrat informiert. Aushang



Schematische Zeichnung der Zwangshaltung von Schweißern.

Interpretation der Befragung zur Gesundheit

Die meist genannten Gesundheits- und Befindlichkeitsstörungen weisen eindeutig auf Anzeichen der in der Literatur mit Schweißertätigkeit in Verbindung gebrachten Erkrankungen hin. 41% leiden häufig unter Magenschmerzen, 35% unter Kopfschmerzen. Ohne Beseitigung der Ursachen dieser Beschwerden wird eine Prognose für bereits vorhandene oder zu erwartende akute Erkrankungen bei mehr als einem Drittel aller Schweißer wahrscheinlich.

Bei 65% treten häufig Augenreizungen auf, was u.a. auf die hohen Belastung der Augen durch reizende Stoffe hinweist. Auch hier dürfte bei Fortsetzung der Bedingungen eine Prognose auf bereits vorhandene oder mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende chronische Erkrankungen des Sehapparates zu stellen sein.

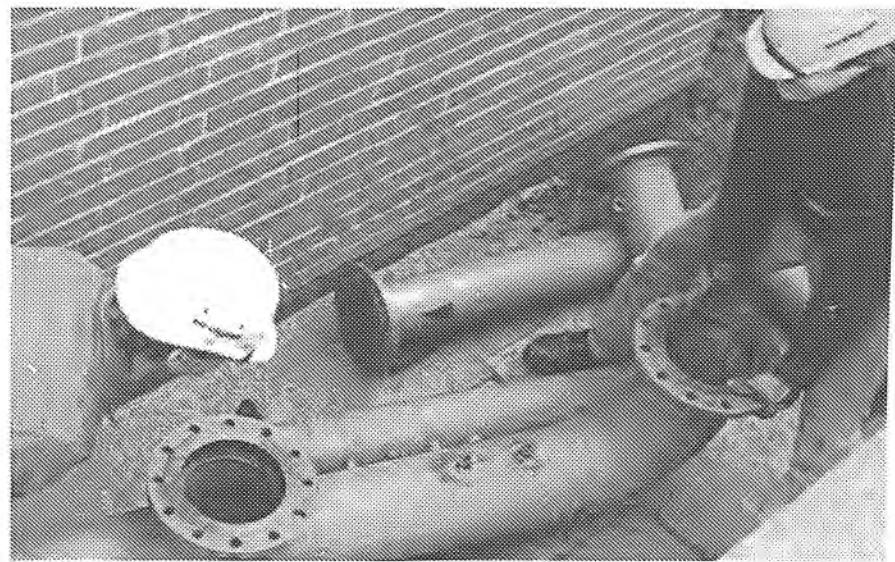
Bei den Angaben ist zu berücksichtigen, daß die Betroffenen insgesamt noch relativ jung sind, also den Belastungen noch einiges an Widerstand entgegenzusetzen haben. Dies wird allerdings abnehmen, die Wirkung der Beanspruchung damit steigen. 47% der Befragten sind jünger als 34 Jahre, 65% sind jünger als 39 Jahre.

Gleichzeitig erlaubt die Betriebszugehörigkeit Rückschlüsse. 59% der Betroffenen sind 5 bis 10 Jahre im Betrieb tätig, 35% sind 10 bis 15 Jahre im Betrieb tätig. Ein Arbeitswechsel, also Schweißen — Nicht-Schweißen, hat in der Regel nicht stattgefunden. Die Aussagen zur Befindlichkeit in Verbindung mit der Altersstruktur und der Betriebszugehörigkeit legen nahe, daß hier Verschleißarbeitsplätze vorliegen. Alter und Betriebszugehörigkeit sind jeweils so hoch, daß eindeutige Folgen der Arbeitsbedingungen bereits deutlich werden, andererseits schwere akute Erkrankungen noch nicht umfangreich ausgeprägt sind.

Die These, daß hier Verschleißarbeitsplätze vorhanden sind, wird auch in der Aussage zum Gesamtbelaestungsergebnis bestätigt. 47% fühlen sich vorzeitig „müde“ oder „schlaff“. Das heißt, daß die Beanspruchung offensichtlich so hoch ist, daß die Freizeit für eine vollständige Erholung nicht mehr ausreicht.

Der Handlungsbedarf, die belastenden Arbeitssituationen zu verändern ist hoch. Den Reklamationen von 41% der Schweißer bei den betrieblichen Vorgesetzten stehen allerdings nur 12% „Erfolgsmeldungen“ gegenüber. Das betriebliche „Arbeitsschutzsystem“ ist also unzulänglich zur Bewältigung der gestellten Aufgaben.

Anscheinend unveränderbare Arbeitsbedingungen allerdings, die die Tätigen vor die Alternative stellen, erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigungen hinnehmen zu müssen oder sich in die Arbeitslosigkeit (als Kranke?) verabschieden zu müssen, sind zutiefst inhuman.



Schlosserarbeiten im Anlagenbau — arbeiten auf engstem Raum mit sehr schweren Rohren.

Fragebogen zu den Arbeitsbedingungen

Die überaus hohe Zahl an Äußerungen (71%), die die Gesundheitsbeeinträchtigungen auf die Arbeitsbedingungen mit zurückführen, legt die Frage nach diesen Bedingungen nahe. Ein weiterer Fragebogen wurde deshalb von den „betrieblichen Experten“ — also den Schweißern selbst — beantwortet:

„Auch an diesem Fragebogen haben sich alle 17 Schweißer und Schlosserschweißer beteiligt . . .

Die Auswertung dieses Fragebogens ergab:

76% der Arbeitsplätze sind ihrer Größe angepaßt

29% finden den Arbeitsplatz zu eng und unübersichtlich

65% sind sehr belastenden Körperhaltungen ausgesetzt

71% werden körperlich einseitig belastet

82% haben schlechte Luft an ihrem Arbeitsplatz

47% werden durch Zugluft belästigt

76% sind ständig Lärm ausgesetzt

71% reicht die Beleuchtung für ihre Arbeit aus

35% stört die Arbeitshetze

35% finden ihre Arbeit zu monoton

29% arbeiten an grundierten Material

65% arbeiten an öl- oder fettbeschichteten Material

41% bearbeiten schlacke- oder zunderbesetztes Material

53% haben an ihrem Arbeitsplatz eine Absaugung

35% der Absaugungen sind in gutem Zustand

Doch nur bei 24% der Absaugungen reicht die Kapazität der Absaugungen aus.“

Interpretation der Befragung zu den Arbeitsbedingungen

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Befragung zur Gesundheit fällt auf, daß

anscheinend die hohen Bemängelungen bezüglich belastender Körperhaltung (65%) und einseitiger körperlicher Belastungen (71%) nicht in Gesundheitsstörungen deutlich werden. Allerdings dürfte dies am ersten Fragebogen liegen. Verschleißerscheinungen vor allem an den Knien und häufige „Frequentierung gerade orthopädischer Ärzte durch die Betroffenen sind durchaus vorhanden. Eine ergonomische Gestaltung der Arbeitsplätze oder andere Maßnahmen zur Entlastung müssen getroffen werden.“

Ein weiteres Kardinalproblem ist die Be- und Entlüftung, die Belastung durch Stäube, Rauche und Dämpfe . . .

Neben den wesentlich vom Schweißen verursachten Belastungen fällt auch die hohe Umgebungsbelastung auf. 47% arbeiten in Zugluft, 76% bei ständigem Lärm. Dies wirkt verstärkend auf die direkt mit dem Schweißen erfolgenden Belastungen . . .

Belastende Körperhaltungen

Um die Zwangshaltung bei der Schweißerarbeit näher zu erfassen . . . wurden exemplarisch von repräsentativen Arbeitshaltungen Schemenzeichnungen angefertigt . . . Zudem wurden, um dem Argument vorzubeugen, die Schemenzeichnungen würden nur Momentaufnahmen darstellen und die extremen Körperhaltungen zu anderer Zeit wieder ausgeglichen, die Arbeitsvorgänge in den einzelnen Bereichen nach Haltungsarten erfaßt.

Interpretation der Ergebnisse „Belastende Körperhaltung“

Selbst dem medizinischen Laien bleibt bei Betrachtung der Schemenzeichnungen nicht verborgen, daß bei dauerhafter Arbeit in derartigen Zwangslagen der Gang zum orthopädischen Facharzt vorprogrammiert ist. Neben der statischen Haltearbeit der Arme fällt vor allem die extreme Verkrümmung der Wirbelsäule auf und die häufige Belastung der Knie.

Verspannungen im Nacken und oberen Rückenbereich gehören nach Befragen bei fast allen Schweißern zu den „Alltagsbeschwerden“.

Erschwendend zu den Belastungen aus Zwangshaltungen kommt hinzu, daß die Arbeitsvorgänge im Tagesverlauf nicht wechselnde Organe beanspruchen und so zur Entlastung etwa des Stütz- und Bewegungsapparates beitragen, sondern eine Verstärkung der Beanspruchung nur ganz bestimmter Körperteile bewirken. Die Haltungsabfolge „stehen — stehen gebeugt — stehen stark gebeugt“ ist fast an allen Arbeitsplätzen zu finden. Die Haltungsart „sitzten normal“ kommt dagegen im Arbeitsgeschehen der Schweißer nicht vor. Neben konkreter Arbeitsgestaltung ist also mindestens ein Arbeitswechsel zur Entlastung geboten.

II. ANFORDERUNGEN

Die Bestandsaufnahme der Gesundheitsbefindlichkeit und der Arbeitsbedingungen der Schweißer läßt keinen Zweifel daran, daß Verbesserung der Arbeitsgestaltung geboten ist. Nach Rücksprache mit den Schweißern und Beratung im Betriebsrat halten wir die im Nachfolgenden beschriebenen Änderungen für erforderlich.

A) Gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe

1. Erfassung und Erstellung einer Liste über alle Stoffe in zu verschweißenden Grundstoffen ...
2. Messungen der Schadstoffkonzentration am Arbeitsplatz.
3. Ersetzung der gesundheitsschädlichen Stoffe durch nicht oder weniger gesundheitsschädliche Stoffe ...
6. Verbesserung der Absaugung und Verringerung von Schadstoffen am Arbeitsplatz ...

Solange obige Verbesserungen nicht realisiert sind, haben ständig zehnmi-

nütige Erholpausen in einwandfreier Atemluft stattzufinden ...

B) Belastende Körperhaltung

1. Arbeiten in den Positionen Bücken/ Hocken/Knien/Überkopf sind auszuschalten oder soweit wie möglich zu vermeiden durch Gestaltung der Arbeitsplätze.
2. Die Arbeitshaltung „stehen stark gebeugt“ ist durch Gestaltung der Vorrichtungen zu reduzieren.
3. Aufgabenwechsel, -erweiterung, -anreicherung ist zur Vermeidung einseitiger Belastungen des Haltungs- und Bewegungsapparats zu organisieren.
4. Nicht korrigierbare Verschleißarbeits-

plätze sind zu automatisieren (Handhabungsautomaten) bei gleichzeitiger Qualifikation der Schweißer zu Anlagenführern ohne negative sozialen Auswirkungen ...

*

6. Solange die Punkte 1 bis 4 nicht umgesetzt worden sind, soll für die Schweißer einmal wöchentlich während der Arbeitszeit und auf Betriebskosten zur wenigsten teilweisen Linderung der Beanspruchungen durch Zwangshaltung die Möglichkeit zu medizinischer Massage bestehen ...

Quellenhinweis: Bericht des Betriebsrats der Firma Schörling Kommunalfahrzeuge, Zweigwerk Nord, Hauptstr. 8, 2818 Häuslingen

In der Reifenproduktion entstehen täglich krebserzeugende Arbeitsstoffe

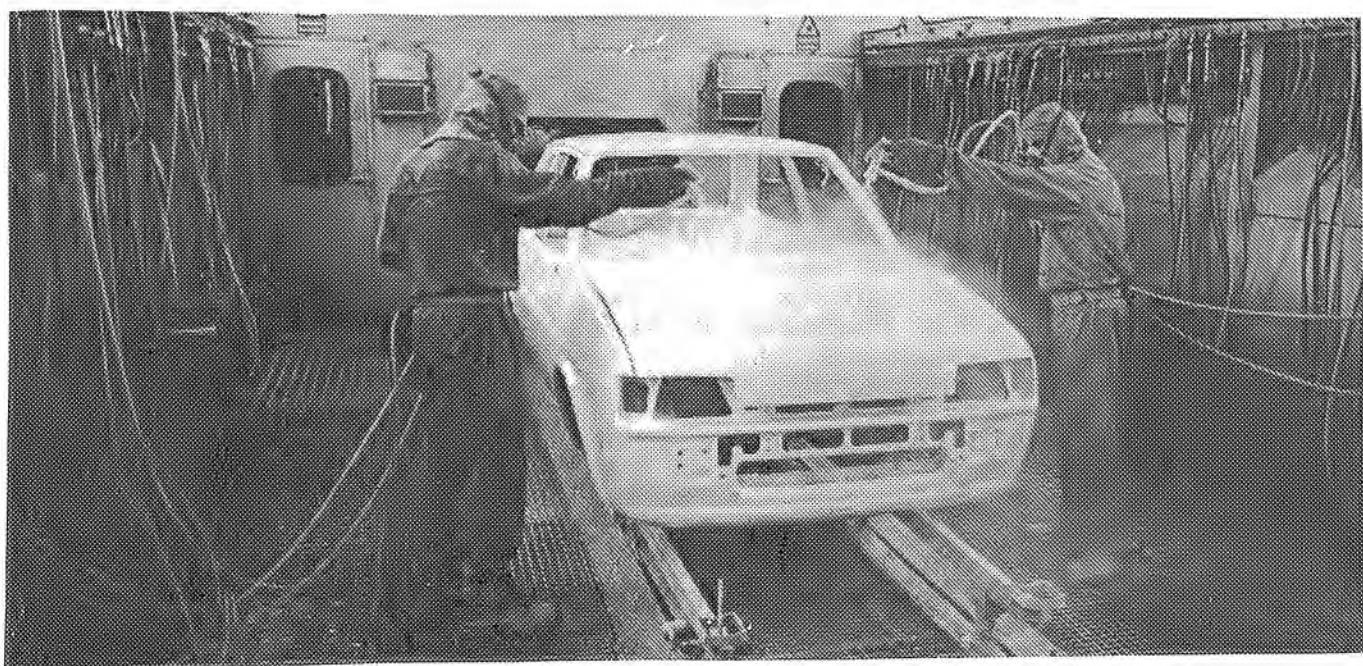
Bekannt war es schon lange, daß bei der Reifenproduktion Nitrosamine freigesetzt werden. Es gab auch schon mal die eine oder andere Absauganlage bei Continental in Hannover. Wirklich getan wurde nichts.

Im Herbst 1986 hat die Bundesregierung die Gefahrstoffverordnung geändert. Ab sofort gehören die Nitrosamine zu den krebserzeugenden, erbgutverändernden und fruchtschädigenden Gefahrstoffen, die in der Produktion nicht verwendet werden dürfen und nicht entstehen dürfen. In der Reifenproduktion ändert sich nichts.

Im April 1987 erscheint in der Neuen Presse in Hannover ein ganzseitiger Artikel über Continental. Der Artikel enthüllt, daß die Nitrosamine zwar verboten sind, aber nicht einmal eine Ausnahmegenehmigung vorliegt; daß das Gewer-

beaufsichtsam zwar die Produktion einstellen lassen könnte, aber nicht einmal über ein Bußgeld nachdenkt, denn schließlich bemüht sich ja Continental seit Jahren, Ersatzstoffe zu finden. Nur ist von diesen Bemühungen in den Werken nichts zu spüren.

Die Nitrosamine entstehen bei der Vulkanisation des Gummis. Sie dünnen nach dem Produktionsprozeß aus. Deshalb ist die Nitrosaminkonzentration in den Lagern am größten. Nach einer Veröffentlichung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz beträgt die Nitrosaminkonzentration an 40% aller Arbeitsplätze in der Gummiindustrie über 4 Millionst Gramm pro Kubikmeter Luft. In allen anderen Arbeitsbereichen, in denen auch Nitrosamine entstehen, wie der Lederindustrie, Gießereien, Metallbearbeitung, liegen über 90% der Arbeitsplätze unter



Arbeiten mit hochgiftigen Stoffen in einer Lackstraße.

1 Millionstel, und verboten sind sie ganz.

In den Berichten der Berufsgenossenschaften sind von 1978 bis 1986 206 Fälle von Schleimhautveränderungen aufgeführt, die auf Nitrosamine zurückgeführt waren. 149 Fälle davon waren Krebs. Von diesen 149 Krebsfällen waren 106 Personen aus Chemieberufen. Es ist eine heimtückische Krankheit, denn sie wird, ohne daß der einzelne es merkt, eingetauscht und kommt Jahre später zum Ausbruch. Mehr noch. Sie ist nicht einmal als Berufskrankheit anerkannt.

Wie steht es jetzt zwei Jahre nach Änderung der Gefahrstoffverordnung bei Continental?

1. Die Firma hat — wie alle Reifenfirmen — inzwischen eine Ausnahmegenehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes!

2. Absaugeinrichtungen wurden verbessert und neu installiert. Das heißt zweierlei: Die Nitrosamine werden so wie sie sind an die Luft geblasen und in vielen Bereichen weiter eingetauscht. Zum Beispiel bei der Reifennachkontrolle ist der Arbeiter natürlich mit dem Kopf näher an dem Reifen als die Absauganlage.

3. Es wurden extra Pausenräume eingerichtet, so daß die Arbeiter wenigstens beim Essen nicht noch die Nitrosamine einatmen müssen.

4. Laut Fachleuten ist es denkbar, daß das Problem für den Reifenbereich in vier bis fünf Jahren gelöst ist bis auf

Restgrenzwerte im Lagerbereich durch — Absaugeinrichtungen mit Nachverbrennung,
— Austausch eines Teils der Zusatzstoffe bei den Kautschukmischungen,
— Verbot von Gabelstablern mit Dieselmotoren, da die Abgase dieser Motoren das Freisetzen der Nitrosamine verstärken.

5. Daraus wird deutlich, daß die chemische Ursache der Nitrosamine nicht

vollständig geklärt ist. Sehr viel schlimmer sieht es deshalb im Bereich der Produktion von Technischen Gummis aus. Da hier der Vulkanisationsprozeß viel vielfältiger ist, deshalb z.B. ein Absaugen viel schwieriger ist, viel mehr manuelle Nacharbeiten notwendig sind, seien Fachleute bisher keine Möglichkeit, das Einatmen der giftigen Gase abzustellen und schon gar nicht bei der wohl wieder zunehmenden Heimarbeit.



Gebeugte Haltung beim staubenden Linsenschleifen.

Türkische Arbeiter erkranken und sterben zehn Jahre früher an Herzkrankheiten

Am 26.5.1988 wurde in Frankfurt im Türkische-Deutschen Club über die Gründung einer Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung beraten. Ärzte der Medizinischen Klinik und Poliklinik der Universität Gießen setzen sich dafür ein, weil sie auf Grund ihrer Erfahrungen und Untersuchungen „eine deutliche, bisher in medizinischen Kreisen nicht bekannte Zunahme der koronaren Herz-erkrankungen bei jungen, in der Bundesrepublik lebenden Türken“ fanden. Durch rechtzeitige Diagnostik und Vorbeugung solle ein weiterer Anstieg der Todesfälle bzw. eine Zunahme der invalidisierenden Herz- und Gefäßleiden gebremst werden. Sie weisen vor allem auch darauf hin: „Wichtig ist nun, daß viele der an Herzleiden verstorbenen jugendlichen Patienten durch eine rechtzeitige Erkennung gerettet hätten werden können.“

1986 lebten 1 425 721 Türken in der BRD. 84,5% waren jünger als 45 Jahre, 56,8% lebten zehn Jahre und länger in der BRD, 29,6% lebten fünf bis zehn Jahre in der BRD. In Hessen lebten 1986

136 013 Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei, 83% waren jünger als 45 Jahre.

Von Dr. Bilgin und Kollegen wurden die Todesursachen der in Hessen verstorbenen türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter untersucht:

„Die folgenden Angaben beziehen sich auf Verstorbene, die in Hessen lebten und innerhalb der BRD verstarben, und somit im Rahmen der Überführung in die Türkei vom türkischen Generalkonsulat in Frankfurt/Main erfaßt wurden. Dagegen sind ehemalige Gastarbeiter, z.B. berentete Schwerstkranke oder Todkranke, die vor ihrem Ableben in die Heimat zurückgekehrt waren bzw. solche Arbeiter, die während eines Heimurlaubs akut verstarben, in den folgenden Angaben nicht mit erfaßt.“

Im Zeitraum von 1974 bis 1986 verstarben insgesamt 2 059 der in Hessen lebenden Türken. In der folgenden Tabelle findet sich eine Todesursachenstatistik gemäß den Angaben auf den Leichenschauscheinen aus den Jahren 1974, 1975, 1983 und 1986.

	Todesursachen			
	1974	1975	1983	1986
Gesamt	183	156	175	159
Frauen	41	37	29	19
Männer	75	70	113	114
Kinder,m	39	32	22	18
Kinder,w	28	17	11	8
Herzleiden	22	20	69	72
Unfälle	82	62	36	28
Selbstmord	5	3	7	6
Mord	8	5	6	6
Krebs	5	7	12	22
<i>Natürlicher Tod ohne nähere Angaben:</i>				
a) Kinder	32	28	12	4
b) Erw.	15	12	15	6
and. Urs.	19	18	18	15
<i>Durchschnittliches Lebensalter:</i>				
gesamt	—	—	24	32,2
Herzleiden	—	—	38	39,6

(...) Die Anzahl der Todesfälle ist in den letzten zwölf Jahren im wesentlichen gleich geblieben. Dagegen zeigt eine Analyse der Todesursachen eine deutliche Abnahme der Säuglings- und Kindersterblichkeit und der Unfalltoten sowie eine Zunahme der Sterblichkeit an Herzkrankheiten und Krebsleiden im mittleren Lebensalter . . .“

An der medizinischen Poliklinik der Justus Liebig Universität Gießen wurden

302 Patienten — 156 türkische und 146 deutsche —, die im gleichen Zeitraum zur diagnostischen Klärung bzw. Weiterbehandlung überwiesen wurden, verglichen:

— Bei den deutschen Patienten wurde die Einweisungsdiagnose KHK (= koronare Herzkrankheit = Verengung der Herzkrankgefäß, was zum Herzinfarkt führen kann) in 75% der Fälle bestätigt. Bei den türkischen Patienten stimmte die Einweisungsdiagnose nur in 33% mit dem letztlichen Untersuchungsergebnis überein. Bei einem Drittel der türkischen Patienten wurde keine koronare Herzkrankheit festgestellt, bei dem letzten Drittel der türkischen Patienten lag eine koronare Herzkrankheit vor bei anderer Einweisungsdiagnose.

Die türkischen Patienten waren im Mittel 10 Jahre jünger als die westdeutschen.

Um zu beweisen, daß die erhöhte Sterblichkeit in so jungen Jahren an Erkrankungen der Herzkrankgefäß an den Lebensumständen liegt, wurde sie verglichen mit der Sterblichkeit an Herzkrankungen in der Türkei: 1981 betrug die Mortalität an Herzkrankungen in der Türkei 34,2%, im Jahr 1985 betrug sie 29,7%.

Der hauptsächliche Grund für die erschreckende Zunahme der Erkrankungshäufigkeit und der Sterblichkeit an Herzkrankungen der türkischen Arbeiter in der BRD seien die zunehmenden sog. Risikofaktoren wie Rauchen, Fettstoffwechselstörungen und Zuckerkrankheit,

die durch die veränderte Ernährung und Stress bedingt seien. Hier sei mit Aufklärung und Vorbeugung anzusetzen.

Die ausländischen Arbeiter, vor allem die türkischen Arbeiter, müssen in der BRD die schwersten und dreckigsten und giftigsten Arbeiten machen. Sie wurden als Kerngesunde aus der Türkei rekrutiert. Die meisten wurden von westdeutschen Ärzten genauestens untersucht, um jegliche körperliche oder psychische Schwäche bzw. Erkrankung auszuschließen und so ihre Eignung für schwerste körperliche Arbeit festzustellen. Nach zehn Jahren sind sie verbraucht, krank oder tot.

Die Untersuchungen geben nur die Spitze des Eisbergs wieder, weil sie jene türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die bereits ruiniert wieder zurückgekehrt sind, gar nicht erfassen können. Das Interesse der Kapitalisten an schneller Rotation ausländischer Arbeitskräfte ergibt sich aus diesen Erfahrungen, daß diese Sorte Arbeit, für die sie ausländische Arbeitskräfte aufkaufen, keine zehn Jahre auszuhalten ist. Sie beabsichtigen, die Altersverteilung der ausländischen Bevölkerung bis 1990 um sieben bis zehn Jahre in Richtung jünger zu verschieben.

Insgesamt hat sich der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung in der BRD verschlechtert, weil die Arbeits- und Lebensbedingungen sich rapide verschlechtert haben. Die sog. Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist nur eine Folge davon. Die türkischen Arbeiter sind besonders brutalen Arbeitsbedingungen unterworfen und können sich wegen politischer Rechtlosigkeit als Ausländer noch weniger dagegen wehren.

Quellenhinweis: Memorandum zur Gründung einer Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung mit Anlagen, Dr. Bilgin und Prof. Dr. Klör, Gießen. — Der Artikel ist bereits in Informationsdienst Gesundheitspolitik 13/88 erschienen.



„Im produzierenden Gewerbe weisen besonders die Werften und die gummi- und asbestverarbeitende Industrie eine hohe Ausländerquote von 32% bzw. 21% auf. Angesichts der hier vorhandenen spezifischen Arbeitsbedingungen ... kommen diese Wirtschaftszweige ohne die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte kaum mehr aus.“ (Jahresbericht der Handelskammer Hamburg 1973) Durchschnittlich 7,7% der Lohnabhängigen in der BRD waren 1986 ausländischer Herkunft, in den Branchen mit den schwersten Arbeitsbedingungen sind es weit mehr: Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung 15,9%; Metallerzeugung und -bearbeitung 15,2%, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 14,6%; Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe 12,5%, Bauhauptgewerbe 12,1% (Statistisches Jahrbuch 1987).

— Diese „anderen“ Einweisungsdiagnosen lauteten: fünfzehnmal keine, zwölfmal funktionelle Oberbauchbeschwerden, fünfmal Depressionen, dreimal Hochdruck, zweimal Rheuma und siebenmal andere Diagnosen. Die einweisenden Ärzte konnten sich die Beschwerden der türkischen Patienten nicht bzw. nur psychisch erklären, was u.a. auch daran liegen mag, daß die türkischen Patienten viel jünger sind.

— Unter den 125 westdeutschen Patienten mit KHK waren 27 Frauen. Das durchschnittliche Alter betrug 57 Jahre (45 bis 74 Jahre). Die 21 westdeutschen Patienten, bei denen keine KHK bestätigt wurde, waren im Durchschnitt 50 Jahre (35 bis 69) alt.

Unter den 97 türkischen Patienten mit KHK waren 4 Frauen. Das durchschnittliche Alter betrug 47 Jahre (36 bis 60). Die 59 türkischen Patienten, bei denen keine KHK bestätigt wurde, waren im Durchschnitt 41 Jahre alt (30 bis 62).

Aus der IG Metall-Presse dokumentiert: Unzumutbare Arbeiten

Über-Kopf-Arbeit in der Endmontage des Bochumer Opel-Werks: „Spätestens in der fünften Stunde sind die Arme bleischwer, der Rücken schmerzt, und der Kopf tut dir so weh, daß du glaubst, mit der nächsten Bewegung wird er zerspringen.“ So die Schilderung eines Arbeiters, der Schicht für Schicht am Unterboden der über seinem Kopf langsam schwebenden Autos arbeiten muß. Dadurch haben 80 Prozent der Betroffenen, so ermittelte der Betriebsrat in einer Umfrage, häufig Rückenschmerzen, und drei Viertel fühlen sich häufig erschöpft und zerschlagen. 1985 forderte der Betriebsrat die Abschaffung der Über-Kopf-Arbeit in der Endmontage. Die Geschäftsleitung lehnte den Einsatz von

Hängeförderern, die die Karosserie um 75 bis 90 Grad schwenkt, ab. Im September 1986 begann die Einigungsstelle mit ihrer Arbeit, die fünf Opel-Werksärzte behielten Recht mit ihrer Auffassung, daß die 700 betroffenen Arbeiter unzumutbaren Bedingungen ausgesetzt sind: Die Über-Kopf-Arbeit ist gesundheitsschädlich. Der von der Werksleitung beauftragte Gutachter, Prof. Dr. Laczak von der Westberliner Technischen Universität, ging noch einen Schritt weiter. Er stellte fest: „Die vorgefundene Belastungen sind überwiegend so hoch, daß schnellstens Maßnahmen ergriffen werden müssen, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden.“ (Aus: „metall“ Nr. 8, 15.4.88)

Gefährliche Schmiermittel

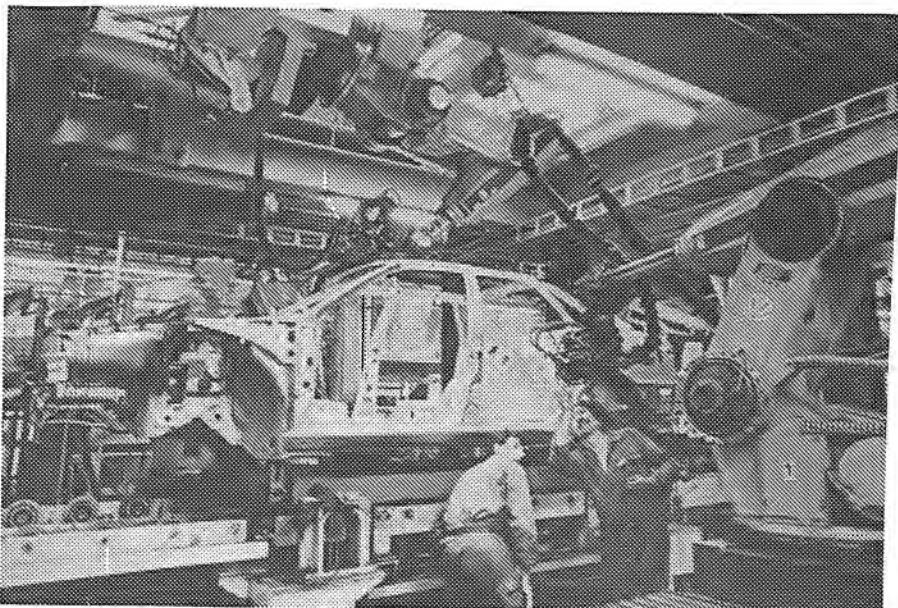
„Die Haut an Fingern und an Händen ist zerstört, das rohe Fleisch sichtbar, Fingernägel lösen sich aus dem Nagelbett. Ekzeme an Armen, Händen und Gesicht, tränende Augen, triefende Nase, Übelkeit und Magenbeschwerden.“ Dies ist keine Beschreibung eines von verschiedenen Krankheiten geplagten, durch Viren oder Bakterien infizierten Menschen, sondern die Darstellung der Wirkungen von hochgiftigen Kühlenschmiermitteln auf die Gesundheit eines 53 Jahre alten Arbeiters, der seit 23 Jahren Metallschleifer bei der Firma Orenstein & Koppel ist. Der Arbeiter ist in den letzten Monaten bereits dreimal arbeitsunfähig gewesen. Er ist mit seinen Beschwerden kein Einzelfall in dem zum Hoesch-Konzern gehörenden Maschinenbaubetrieb. Seit 1987 klagen vor allem die Beschäftigten in der Verchromerei über derartige Beschwerden. Von den dort 80 Arbeitenden haben vier einen Antrag auf Anerkennung einer Berufsunfähigkeitserkrankung gestellt. Der Bescheid der Berufsgenossenschaft steht seit 1987 aus!

Die Ursachen der Erkrankungen: Werkstücke werden geschliffen, dabei sind die Arbeiter ständigem Sprühregen feinster Aerosole ausgesetzt. Diese mit Kühlenschmiermitteln und anderen Stoffen angereicherten Nebel legen sich auf alle bloßen Hautstellen, ätzen die Arbeitskleidung ein und werden auch eingearmt. Aus arbeitstechnischen Gründen dürfen keine Schutzhandschuhe getragen werden.

Auf Drängen des Betriebsrates wurden 1987 zweimal Wasserproben genommen, die Luft gemessen. Nach monatelangen Warten auf das Ergebnis der Berufsgenossenschaft waren die Proben plötzlich nicht mehr auffindbar. Die Probeentnahme wurde im März 1988 wiederholt. Nach mehrmaligen Nachfragen erhielt der Betriebsrat die lapidare Antwort, daß die Ursachen der Hauterkrankung nicht festzustellen sind. Die Berufsgenossenschaft gibt den unverschämten Ratschlag, die geschädigten Arbeiter durch bisher noch nicht geschädigte auszutauschen. Der staatliche Gewerbeärzt muß sich auf Drängen der IG Metall die schädlichen Belastungen im Betrieb ansehen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. (Aus: „metall“ Nr. 18, 2.9.88)

Schleichende Vergiftung

Chlorkohlenwasserstoffe werden vor allem in der Metallindustrie und in chemischen Reinigungen eingesetzt. Die IG Metall in Baden-Württemberg untersuchte den Einsatz des als krebsverdächtig eingestuften Reinigungsmittel Perchloroethylen (Per) und stellte fest, daß jeder zweite Metallbetrieb Per verwendet oder andere Chlorkohlenwasserstoffe (CKW), wie zum Beispiel Trichlorethen oder Dichlomethan. Von den 1986 rund



Über-Kopf-Arbeit muß immer noch verrichtet werden.

195000 Tonnen CKW-Stoffen, flossen etwa 97000 Tonnen als Kaltreiniger und zum Entfetten in die Betriebe.

CKW sind gut fettlöslich und reichern sich vor allem im Fettgewebe der Menschen an. So schädigen sie Nieren, Leber und das Nervensystem. Die möglichen Nervenschäden durch chlorierte Lösemittel sind heimtückisch, denn sie äußern sich oft in Symptomen, die von den Beschäftigten, wenn sie jahrelang mit relativ niedrigen Konzentrationen arbeiten mußten, selten mit den Reinigungschemikalien in Verbindung gebracht werden. Der Heidelberger Nierenexpert und Chefarzt der Reha-Klinik, Prof. Huber, beschreibt das chronische Lösungsmittelsyndrom: „Zunächst klagen die Betroffenen vorwiegend über Kopfschmerzen, über Schwindel und Nachlassen des Antriebes. Sie fühlen sich abgeschlagen, ihre Leistungsfähigkeit läßt nach. Das kann bis zum frühzeitigen Gehirnabbau gehen, bis zum Persönlichkeitsverfall. Für die Betroffenen ist das verheerend.“ Zerstörte Nervenzellen können sich nicht wieder erholen. Trotzdem sind bis heute in der Bundesrepublik, im Gegensatz zu skandinavischen Ländern, Lösemittelschäden nicht als Berufskrankheit anerkannt.

Obwohl die Weltgesundheitsorganisation den Krebsverdacht bei Per ausdrücklich bestätigt, sieht die MAK-Kommission (Festlegung von Höchstwerten der gefährlichen Arbeitsstoffe, die sogenannte Maximale Arbeitsplatz-Konzentration) „keinen Anhalt für krebsförderndes Potential“. Huber hält die Ergebnisse der Studien mit 4000 Beschäftigten im anglo-amerikanischen Raum, die sich auf 14 Untersuchungen beziehen, dagegen: Todesfälle an Lungenkrebs, Leberkrebs, Genital-, Nieren- und Bauchspeichelkrebs lagen weit höher als der Durchschnitt.

Die MAK-Kommission, eingesetzt von der Deutschen Forschungsgemein-

schaft, besteht aus Wissenschaftlern und Vertretern der Industrieunternehmen. Sie mutet den Beschäftigten ein Vielfaches an Per zu, was das Bundesgesundheitsamt für geboten hält. Die Grenzwerte am Arbeitsplatz und für zu Hause unterscheiden sich durch den Faktor 70 beziehungsweise 3450.

200 Beschäftigte der Lufthansa-Werft in Hamburg arbeiten mit 180 Grad erhitzten Per und reinigen damit Triebwerke. Messungen lagen weit unter den zulässigen MAK-Werten. Eine Blutuntersuchung ergab, daß fast die Hälfte der Belegschaft weit überhöhte Werte aufwies. Zwei der vier Dampfbäder wurden stillgelegt. (Aus: „Der Gewerkschafter“ 4/88)

Kaum Schutz der Gesundheit

Die Arbeiterkammer Bremen ermittelte in der bremischen Metallindustrie, daß insbesondere Lärm und schlechtes Licht mit steigender Dauer der Anwesenheit im Betrieb als Belastung empfunden werden. Drei von vier Befragten beurteilten Überstunden als anstrengend oder sogar auf Dauer nicht durchhaltbar. Auch Nacht- und Schichtarbeit nagt an körperlicher und nervlicher Substanz. Die Gesundheitsfolgen: chronische Appetitstörungen, Störungen der Magen- und Darmfunktionen, Herz-Kreislaufbeschwerden und erhöhtes Unfallrisiko.

„Gerade in Betrieben, die an der Spitze der technischen Entwicklung stehen“ — die Konzerne vorneweg — „und intensiv rationalisieren, verstärken sich bestimmte Belastungen. Im Produktionsbereich gehören dazu unter anderem das Arbeitstempo, Monotonie, kurze Taktzeiten, soziale Isolation. Im Verwaltungsbereich nennen die Betroffenen vor allem Augenbelastungen, soziale Isolation und Zwangshaltungen. Hinzu kommen zunehmende Leistungskontrollen und Leistungsverdichtung.“ (Aus: „Der Gewerkschafter“ 4/87)



Reaktionäre Gesundheitspolitik

Die Regierungsfraktionen haben den vorliegenden Gesetzentwurf zur Abschaffung von Leistungen der Krankenversicherungen nochmals verschärft, die „Selbstbeteiligung“ der Kranken bei Medikamenten, Bädern, Massagen, Brillen, Krankenhausaufenthalt, Zahnersatz soll steigen, wer wenig krank wird, soll prämiert werden. Die Versicherungsgemeinschaft wird angegriffen, und die Kapitalisten werden „entlastet“. Proteste von Gewerkschaften, Verbänden von chronisch Kranken, Ärzten, Krankenkassen will die Regierung niederbügeln. Dem konservativen Hartmann-Bund hat Bundeskanzler Kohl schlicht Lüge vorgeworfen, nachdem der Ärzteverband eigene Protestaktionen beschlossen hatte.



Jugoslawien: Hintergründe des Nationalitätenkonflikts

Der jugoslawische Nationalitätenkonflikt ist in den vergangenen Wochen vor allem von Seiten der serbischen Parteiführung weiter angeheizt worden. Im ganz überwiegend albanischen Kosovo herrscht seit 1981 Kriegsrecht, zeitweise etwas gemildert. Ständig sind Miliz- und Polizeitruppen aus anderen Regionen Jugoslawiens dort stationiert. Offen fordert die serbische Parteiführung eine Änderung der jugoslawischen Verfassung, um die autonomen Rechte der Republik Kosovo einzuschränken. Auf der jüngsten ZK-Sitzung sollte darüber beraten werden. Auch von den Imperialisten, die auf weitere wirtschaftliche Einbrüche hoffen, war die Sitzung aufmerksam beobachtet. Welche Beschlüsse wurden dort gefasst?



Gegen Pflegenotstand

Der schon jahrelang aufflackernde Protest gegen schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Bezahlung in den Krankenanstalten, Alters- und Pflegeheimen nahm etwa vor einem Jahr organisierte Formen des Widerstands an. Anfang November 1987 mobilisierten die ÖTV und die Personalvertretungen zu einer Demonstration und Kundgebung, an der über 5000 Leute teilnahmen. Der Haushalt 1988 sah dann gegenüber 510 geforderten, 120 Stellen mehr vor. Die ÖTV mobilisiert jetzt bayernweit zu einer Demonstration nach München, die am 5. November 1988 stattfinden wird. Wie versucht die Reaktion mit christlicher Nächstenliebe und dem Subsidiaritätsprinzip Punkte zu machen?



Perestroika auf dem Vormarsch

Der am 21. Oktober vorgelegte Entwurf zur Verfassungsreform in der Sowjetunion schreibt dem neuen Staatspräsidenten umfassende Vollmachten zu, darunter die Ernennung der höchsten Regierungsbeamten, den Vorsitz im Verteidigungsrat und die Befugnis, Gesetze zu unterzeichnen. Gorbatschow, Urheber und zugleich erster Anwärter auf die Staatspräsidentschaft, hat sich die Reform auf den Leib geschnitten. Unmittelbar vor der Vorlage des Entwurfs hat er, durch putschartiges Einberufen des Zentralkomitees der KPdSU und des Obersten Sowjets, wichtige Widersacher entmachtet und damit personelle Bezugspunkte für den Widerstand, den seine Politik hervorruft, aus dem Wege geräumt.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich. Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7 Postfach 260226

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

– Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldf parkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider: 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung 5000 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Postfach 260226 Telefon 0221/211658 Konten Postgiroamt

Köln BLZ 37010050 Kto Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 37010111 Kto Nr. 1144393600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen für Auslandsberichterstattung Rudiger Lotzer für Aus Verbänden und Parteien Martin Lopp für Reportagen und Berichte regional Gunter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft Diskussionsbeiträge Angela Lux für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Kustler

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM der AG Medien in der Volksfront AGMe. des NH Chemie AGCH der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG der AG Jugend Militär und Gefängnisse in der Volksfront

AGJ der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB der AG für Kommunalpolitik AGK. der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront Vf

Druck Graphischer Betrieb Henke Rollenoffset Kof. Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Beilage Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken